

Freistaat Bayern

Haushaltsplan 2026/2027

Einzelplan 04

für den Geschäftsbereich
des Bayerischen Staatsministeriums
der Justiz

Inhalt

	Seite
Vorwort	3
Allgemeine Erläuterungen zur Veranschlagung der Haushaltsmittel 2026 und 2027	5
Vorbemerkung zum Geltungsbereich der Regelungen zur dezentralen Budgetverantwortung	6
Titelumsetzungen im Doppelhaushalt 2026/2027	7
Kapitel 04 01 Ministerium	8
Kapitel 04 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 04	18
Kapitel 04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften	28
Kapitel 04 05 Justizvollzugsanstalten	60
Abschluss	95
Übersicht Verpflichtungsermächtigungen	96
Anlage S Sonderausweis der staatlichen Hochbaumaßnahmen mit mehr als 3 Mio. € Gesamtkosten im Einzelfall für den Bereich des Epl. 04	99
Stellenplan	127

Vorwort zum Einzelplan 04

Bayerisches Staatsministerium der Justiz

A. Aufgaben und Aufbau des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz

Der Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz umfasst insbesondere die ordentliche Gerichtsbarkeit und die Strafrechtspflege, den Justizvollzug, die Angelegenheiten der Rechtsanwälte und das Notariatswesen. Dem Ministerium gehören derzeit gut 250 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an. Es ist oberste Dienstbehörde für knapp 15.000 Richter, Staatsanwälte, Rechtspfleger, Bewährungshelfer, Gerichtshelfer, Beamte und tarifliche Arbeitnehmer sowie für rd. 6.200 Bedienstete im Justizvollzug. Das Bayerische Staatsministerium der Justiz wirkt bei der Gesetzgebung des Bundes und des Freistaates Bayern vor allem auf den Gebieten des Zivil- und Strafrechts sowie des Verfahrensrechts mit. Ferner ist es zu Entscheidungen und zur Mitwirkung in Gnadensachen befugt. Das dem Bayerischen Staatsministerium der Justiz angegliederte Landesjustizprüfungsamt ist verantwortlich für das Prüfungswesen sämtlicher Qualifikationsebenen der Fachlaufbahn Justiz.

Zum Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz gehören am 1. Januar 2026:

- Das Bayerische Oberste Landesgericht,
 - 3 Oberlandesgerichte,
 - 3 Generalstaatsanwaltschaften,
 - 22 Landgerichte,
 - 22 Staatsanwaltschaften,
 - 73 Amtsgerichte mit 1 Zweigstelle,
 - 34 Justizvollzugsanstalten (einschließlich 1 Einrichtung für Abschiebungshaft) mit 1 angeschlossenen Einrichtung für Sicherungsverwahrung, 1 angeschlossenen Einrichtung für Abschiebungshaft sowie 5 angeschlossenen Jugendarrestanstalten,
- die Bayerische Justizvollzugsakademie in Straubing.

In die Verwaltungsabteilung des Oberlandesgerichts Bamberg ist die Bayerische Justizakademie in Pegnitz eingegliedert.

Beim Oberlandesgericht München ist aufgrund des Art. 68 Abs. 1 der Verfassung des Freistaates Bayern der Bayerische Verfassungsgerichtshof gebildet. Die Einnahmen und Ausgaben für den Verfassungsgerichtshof sind daher im Einzelplan 04 veranschlagt.

B. Wesentliche organisatorische Änderungen gegenüber dem Vorjahr

Im Rahmen des Projekts „Verwaltung 21“ wurde die amtsgerichtliche Zweigstelle in Miltenberg mit dem Hauptgericht in Obernburg am Main zusammengelegt.

Im Rahmen eines modernen und zeitgemäßen Gesamtkonzepts für den bayerischen Justizvollzug sowie einer sparsamen Haushaltsführung wurden die Justizvollzugsanstalten Ingolstadt und Neuburg an der Donau sowie die Jugendarrestanstalt Landau an der Isar geschlossen.

C. Gliederung der Einnahmen und Ausgaben

1. Eine Einzelaufgliederung der Einnahmen und Ausgaben des Einzelplans nach ökonomischen Gesichtspunkten sowie des Zuschussbedarfs enthält der **Einzelplanabschluss**.

2. Gliederung der Ausgaben nach großen Gruppen (ohne Personalausgaben)

	2025 Tsd. €	2026 Tsd. €	2027 Tsd. €
2.1 Sächliche Verwaltungsausgaben			
Auslagen in Rechtssachen	531.590,9	550.590,9	550.590,9
Versorgung der Gefangenen	45.055,8	47.055,8	47.055,8
Arbeitsbetriebskosten der Justizvollzugsanstalten	15.761,3	15.761,3	15.761,3
Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	341.353,3	333.822,0	331.685,9
	933.761,3	947.230,0	945.093,9
2.2 Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen			
Entschädigungen an Beschuldigte in Strafsachen	6.211,3	6.211,3	6.211,3
Arbeitsentgelt, Ausbildungsbeihilfe, Ausgleichsentschädigung, Überbrückungsleistung bei Bedürftigkeit und Taschengeld für Gefangene	17.750,0	24.750,0	24.750,0
Beiträge für die Gefangenen zur Bundesagentur für Arbeit	4.300,0	4.300,0	4.300,0
Sonstige Zuweisungen und Zuschüsse	21.797,4	23.215,0	23.165,0
	50.058,7	58.476,3	58.426,3
2.3 Baumaßnahmen			
Baumaßnahmen bis einschließlich 3 Mio. € Gesamtkosten im Einzelfall	29.939,9	28.205,4	27.529,6
Hochbaumaßnahmen mit mehr als 3 Mio. € Gesamtkosten im Einzelfall	188.000,0	148.050,0	148.000,0
	217.939,9	176.255,4	175.529,6
2.4 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen			
Beschaffung von Fahrzeugen	1.850,0	2.065,6	2.065,6
Beschaffung von Einrichtungsgegenständen und Geräten (einschl. Kosten der Datenverarbeitung)	75.866,5	74.302,3	72.403,4
	77.716,5	76.367,9	74.469,0
2.5 Besondere Finanzierungsausgaben			
Justizstatistik	250,8	243,0	243,0
Globale Minderausgabe	-47.589,6	-50.389,6	-50.389,6
Sonstige Ausgaben	5,3	11,0	11,0
	-47.333,5	-50.135,6	-50.135,6

D. Personalsoll

Eine Gesamtübersicht über das Personalsoll A (gebundene Stellen) und das Personalsoll B (sonstige Stellen) enthält die **Gesamtübersicht zum Stellenplan**. Die Gesamtübersicht ist insbesondere nach Stellen für Beamte und Arbeitnehmer gegliedert.

Allgemeine Erläuterungen zur Veranschlagung der Haushaltsmittel 2026 und 2027

Die veranschlagten Einnahmen und Ausgaben sind gemäß Art. 17 BayHO und VV Nr. 2 hierzu grundsätzlich einzeln erläutert.

Die nachfolgenden allgemeinen Erläuterungen dienen insbesondere zur Vermeidung von Wiederholungen bei einer Vielzahl der in Betracht kommenden Titel:

1. Geringfügige Änderungen (Minderungen oder Erhöhungen) gegenüber dem Vorjahr sind aus Vereinfachungsgründen grundsätzlich nicht erläutert. Als geringfügig gelten dabei
 - 1.1 Änderungen bis einschließlich 10 000 €,
 - 1.2 Änderungen unter 10 % des Vorjahresansatzes, soweit der Änderungsbetrag 20 000 € nicht überschreitet.
2. Bei den Titeln 421 0. (Bezüge der Mitglieder der Staatsregierung), 422 0. (Bezüge der planmäßigen Beamten [Richter]), 422 2. (Anwärterbezüge), 422 3. (Bezüge der abgeordneten Beamten [Richter]) und 428 0. (Entgelte der Arbeitnehmer) sind Betragsänderungen nicht erläutert, soweit sie ausschließlich auf Besoldungs- oder Tarifierhöhungen und Stellenänderungen beruhen.
Für das Vergabebudget für die Leistungsbezüge und Leistungsprämien sind in den jeweiligen Sammelkapiteln eigene Titel 422 45 (Beamte) und 428 45 (Arbeitnehmer) ausgebracht.
3. Die im Stellenplan enthaltenen Amtsbezeichnungen für Beamte entsprechen den Bestimmungen des Bayerischen Besoldungsgesetzes. Sie sind in maskuliner und femininer Form ausgebracht.
4. Die Hochbaumaßnahmen mit mehr als 3 Mio. € Gesamtkosten sind im Einzelnen in der Anlage S dargestellt und erläutert.
5. Hinweise zu den Zweckbestimmungsseiten:
Die Zweckbestimmungsseiten wurden wie in den Vorjahren automatisiert erstellt. Dabei werden
 - 5.1 die Gruppierungsnummern der neu ausgebrachten Titel unterstrichen,
 - 5.2 bei wegfallenden Titeln in der Betragsspalte drei Sterne (***) ausgedruckt,
 - 5.3 im Kapitel- bzw. Einzelplanabschluss die Ausgaben der Hauptgruppe 5 nach „Sächliche Verwaltungsausgaben“ (Obergruppen 51 bis 54) und „Ausgaben für den Schuldendienst“ (Obergruppen 56 bis 59) getrennt,
 - 5.4 im Kapitel- bzw. Einzelplanabschluss die Ausgaben der Hauptgruppe 8 nach „Sonstige Sachinvestitionen“ (Obergruppen 81 und 82) und „Investitionsförderungsmaßnahmen“ (Obergruppen 83 bis 89) getrennt,
 - 5.5 beim Einzelplanabschluss auch die Verpflichtungsermächtigungen mit erfasst und
 - 5.6 bei den Hochbauausgaben der Anlage S im jeweiligen Kapitel eine fiktive Haushaltsstelle „710 00“ verwendet; die Einzelaufschlüsselung auf die zutreffenden Titel (710 01 bis 748 69) ergibt sich aus der Anlage S.

Vorbemerkung zum Geltungsbereich der Regelungen zur dezentralen Budgetverantwortung

Gemäß Nr. 12.8 DBestHG gelten die in Nrn. 12.1 bis 12.7 DBestHG 2026/2027 zur dezentralen Budgetverantwortung getroffenen Regelungen nicht für:

- Kap. 04 01 Tit. 111 02 und 459 01,
- Kap. 04 02 Tit. 526 01,
- Kap. 04 04 Tit. 111 01, 111 02, 111 03, 112 01, 526 21 bis 526 33,
- Kap. 04 05 Tit. 112 01, 516 01, 823 10 und
- Kap. 04 05 TG 71 und TG 72.

Titelumsetzungen im Doppelhaushalt 2026/2027

Es wurden folgende Titelumsetzungen durchgeführt:

	bisher Kapitel/Titel	neu Kapitel/Titel
Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 04	04 02/702 01	04 04/701 01

04 01 Ministerium

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2026	2027	A	Soll 2025
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2024
1	2	3	4	5	C	Ist 2023
						Tsd. €
Einnahmen						
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen						
111 01-5	011	Gebühren, Beiträge, tarifliche und gebührenartige Entgelte	22,0	22,0	A	22,0
					B	25,1
					C	22,7
<u>111 02-4</u>	011	Notenverbesserungsgebühr <i>Vgl. Vermerk zu Tit. 459 01.</i>	---	---	A	
119 01-7	011	Einnahmen aus Veröffentlichung	---	---	A	---
119 11-5	011	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen	---	---	A	---
119 49-1	011	Vermischte Einnahmen	0,5	0,5	A	0,5
					C	4,0
124 01-0	011	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung <i>Die Mehreinnahmen in Zusammenhang mit der Durchführung von Veranstaltungen im Justizpalast in München erhöhen die Ausgabebefugnis bei Kap. 04 01 Gr. 517. Der Stiftung Opferhilfe können Räume des Staatsministeriums der Justiz zur unentgeltlichen Nutzung überlassen werden. Sie kann ferner im bescheidenen Umfang auf sonstige Infrastruktur (z. B. zentrale Dienste, Personal) des Ministeriums unentgeltlich zugreifen.</i>	2,0	2,0	A	2,0
					C	0,9
Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen						
231 01-0	011	Sonstige Erstattungen vom Bund	---	---	A	---
232 01-9	011	Sonstige Erstattungen von Ländern	---	---	A	---
271 01-1	011	Erstattungen von der EU <i>Vgl. Vermerk zu Tit. 531 11.</i>	---	---	A	---
Gesamteinnahmen			24,5	24,5	A	24,5
					B	25,1
					C	27,6
Ausgaben						
Personalausgaben						
421 01-0	011	Bezüge der Mitglieder der Staatsregierung	267,3	286,5	A	255,2
					B	246,0
					C	254,8
422 01-9	011	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter	12.754,4	12.906,3	A	12.399,5
					B	12.013,9
					C	12.471,2
422 31-3	011	Bezüge und Nebenleistungen der abgeordneten Beamten und Richter	3.154,9	3.192,4	A	1.850,9
					B	2.971,7
					C	1.529,0
422 41-1	011	Mehrarbeitsvergütungen für Beamte	---	---	A	---

Erläuterungen

Zu 04 01/111 02

Der neue Titel wird für die Einführung einer Notenverbesserungsgebühr für die Erste und Zweite Juristische Staatsprüfung benötigt.

Zu 04 01/271 01

Der Titel ist zum Nachweis entsprechender EU-Erstattungen bei der Neugestaltung des sog. Weiße-Rose-Saals im Justizpalast vorgesehen. Vgl. auch Koppelungsvermerk zu Tit. 531 11.

Zu 04 01/421 01

Amtsgehalt einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

	2026	2027
	Tsd. €	Tsd. €
Davon		
Dienstaufwandsentschädigungen	7,8	7,8

Zu 04 01/422 01 (und 422 31)

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

Zu 04 01/422 41 (und 428 41)

Vgl. Kap. 04 02 Tit. 422 41 und 428 41.

04 01 Ministerium

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2026	2027	A B C	Soll 2025 Ist 2024 Ist 2023 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
428 01-3	011	Entgelte der Arbeitnehmer	2.897,7	2.960,7	A B C	3.183,2 2.795,9 2.710,2
428 11-1	011	Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer	60,0	60,0	A B C	60,0 58,4 26,4
428 21-9	011	Entgelte der Arbeitnehmer	232,5	237,5	A B C	213,2 224,3 196,7
428 41-5	011	Überstundenentgelte für Arbeitnehmer	---	---	A B C	--- 26,0 14,3
453 01-1	011	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	50,2	50,2	A B C	50,2 42,8 63,6
459 01-5	011	Prüfungsvergütungen <i>Die Mittel sind übertragbar. Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Einnahmen bei 111 02. Verpflichtungsermächtigung 2026 Tsd. € 12.600,0 Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2026 in Höhe von 12.600,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i> 2027 Tsd. € 3.900,0 2028 Tsd. € 2.900,0 2029 Tsd. € 2.900,0 2030 Tsd. € 2.900,0 Verpflichtungsermächtigung 2027 Tsd. € 1.000,0 <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	4.750,0	4.750,0	A B C	3.550,0 3.038,2 2.338,1
Sächliche Verwaltungsausgaben						
511 01-1	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände <i>Verpflichtungsermächtigung 2026 Tsd. € 300,0 Verpflichtungsermächtigung 2027 Tsd. € 300,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	557,8	557,8	A B C	610,0 487,3 491,3

Erläuterungen

Zu 04 01/428 01

Entgelte einschließlich Zulagen und Jahressonderzahlung sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 04 01/428 11

Veranschlagt sind Mittel für die Einstellung von Aushilfsbeschäftigten zur Abdeckung eines vorübergehenden Bedarfs an Arbeitsleistung.

Zu 04 01/428 21

Entgelte einschließlich Zulagen und Jahressonderzahlung sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 04 01/428 41

Vgl. Erläuterung zu Titel 422 41.

Zu 04 01/453 01

	2026	2027
	Tsd. €	Tsd. €
1. Trennungsgeld	30,0	30,0
2. Umzugskostenvergütungen	20,2	20,2
Zusammen	50,2	50,2

Mitveranschlagt sind Kosten für an die Europäische Union entsandte Beamte (EU-Stellenpool).

Zu 04 01/459 01

	2026	2027
	Tsd. €	Tsd. €
1. Prüfervergütungen	1.413,5	1.413,5
2. Entgelte an Aufsichtskräfte	75,0	75,0
3. Sachbedarf	75,0	75,0
4. Mieten für Prüfungsräume	800,0	800,0
5. Reisekosten der Prüfer	125,0	125,0
6. E-Examen	2.261,5	2.261,5
Zusammen	4.750,0	4.750,0

2026 gegenüber 2025:

Mehr 1.200,0 Tsd. € für die Digitalisierung der juristischen Staatsexamen.

Zu 04 01/511 01

	2026	2027
	Tsd. €	Tsd. €
1. Geschäftsbedarf	228,7	228,7
2. Bücher und Zeitschriften	172,9	172,9
3. Kommunikation	39,0	39,0
4. Entgelte für Postdienstleistungen	55,8	55,8
5. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	55,8	55,8
6. Sonstiges	5,6	5,6
Zusammen	557,8	557,8

2026 gegenüber 2025:

22,8 Tsd. € weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,

29,4 Tsd. € weniger zur Haushaltskonsolidierung,

52,2 Tsd. € weniger.

04 01 Ministerium

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2026	2027	A	Soll 2025
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2024
1	2	3	4	5	C	Ist 2023
						Tsd. €
						6
514 01-8	011	Haltung von Dienstfahrzeugen	79,1	79,1	A	88,2
					B	107,6
					C	64,3
514 11-6	011	Dienst- und Schutzkleidung	2,7	2,7	A	2,8
					B	2,6
					C	2,4
517 01-5	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	64,3	64,3	A	67,7
					B	11,9
					C	10,3
517 05-1	011	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	---	---	A	---
518 01-4	011	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	1,9	1,9	A	2,0
					B	3,6
					C	3,1
518 11-2	011	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge sowie für Software	85,5	85,5	A	90,0
					B	36,1
					C	16,4
518 18-5	011	Ausgaben für Leasing von Dienstfahrzeugen	28,5	28,5	A	30,0
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2026 Tsd. € 57,0</i>			B	40,6
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2027 Tsd. € 57,0</i>			C	31,8
		<i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2026 in Höhe von 57,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i>				
		<i>2027 bis 2028 jährlich Tsd. € 28,5</i>				
		<i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2027 in Höhe von 57,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i>				
		<i>2028 bis 2029 jährlich Tsd. € 28,5</i>				
519 01-3	011	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	22,4	22,4	A	25,0
					B	109,5
					C	108,4
527 01-3	011	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	281,1	281,1	A	313,3
					B	225,8
					C	191,0
529 01-1	011	Zur Verfügung des Staatsministers für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	23,4	23,4	A	26,0
					B	14,4
					C	17,2
531 01-7	011	Herausgabe amtlicher Blätter	8,9	8,9	A	10,0
					B	0,1
					C	0,1
531 11-5	011	Öffentlichkeitsarbeit, Fachveröffentlichungen	311,6	311,6	A	400,0
		<i>Gegenseitig deckungsfähig mit 531 21 und 04 02/531 21.</i>			B	364,9
		<i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Einnahmen bei 271 01.</i>			C	587,3
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2026 Tsd. € 300,0</i>				
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2027 Tsd. € 300,0</i>				
		<i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>				
531 21-3	013	Sonstige Veröffentlichungen	16,9	16,9	A	18,8
		<i>Gegenseitig deckungsfähig mit 531 11 und Kap. 04 02 Tit. 531 21.</i>			B	20,1
		<i>Die Mittel sind übertragbar.</i>			C	17,8

Erläuterungen

Zu 04 01/514 01	2026 Tsd. €	2027 Tsd. €
1. Betriebsstoffe	55,0	55,0
2. Wartung, Reparaturen und Sonstiges	24,1	24,1
Zusammen	<u>79,1</u>	<u>79,1</u>

Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung:		
Kosten wie vor	79,1	79,1
Personalausgaben	430,6	430,6
Beschaffung von Dienstfahrzeugen	-	-
Ausgaben für Leasing/Miete (siehe Tit. 518 18)	28,5	28,5
Zusammen	<u>538,2</u>	<u>538,2</u>

Bestand an Dienstfahrzeugen:	Soll 2026	Soll 2027	Soll 2025	am 01.02.2025 gesamt	davon geleast/ gemietet
Personenkraftwagen einschließlich Kombis	9	9	8	8	8
Lastkraftwagen	-	-	-	-	-
2026 gegenüber 2025:					
4,9 Tsd. €					weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
4,2 Tsd. €					weniger zur Haushaltskonsolidierung,
<u>9,1 Tsd. €</u>					<u>weniger.</u>

Zu 04 01/514 11

Für 7 planmäßige Beamte des Offiziantendienstes ist ein Dienstbekleidungszuschuss von jährlich je 123 € veranschlagt. Ferner sind u.a. 2,0 Tsd. € Dienstkleidungszuschüsse an die ausschließlich mit der Führung staatseigener Personenkraftwagen beauftragten Kraftwagenführer vorgesehen.

Zu 04 01/517 01

Veranschlagt sind:

Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung, Steuern und Abgaben sowie Geräte und Ähnliches.

Zu 04 01/519 01

Die Mittel für die Unterhaltung des Justizpalastes in München sind im Wesentlichen bei 04 04/519 01 veranschlagt.

Zu 04 01/527 01

2026 gegenüber 2025:

17,4 Tsd. € weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,

14,8 Tsd. € weniger zur Haushaltskonsolidierung,

32,2 Tsd. € weniger.

Zu 04 01/531 11 und 04 01/531 21

Die Öffentlichkeitsarbeit hat die Aufgabe, den Bürgerinnen und Bürgern Informationen über den Inhalt von Gesetzen und deren Änderungen sowie sonstige staatliche Maßnahmen zu vermitteln. Sie sollen damit über ihre Rechte und Pflichten informiert werden, um sie in die Lage zu versetzen, von den durch die Rechtsordnung eröffneten Möglichkeiten im persönlichen Bereich in angemessener Weise Gebrauch machen zu können.

Zur Öffentlichkeitsarbeit des Justizministeriums zählen neben Informationen der Bevölkerung durch die Herstellung und Herausgabe von Publikationen auch Informationen durch Internetauftritt, Multimediabeiträge, Durchführung von Informationsveranstaltungen/Kongressen, Messeauftritte, der Tag-der-offenen-Tür sowie andere öffentlichkeitswirksame Maßnahmen. Aus dem Ansatz können insbesondere auch die Kosten für öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen im Baubereich (z.B. Spatenstiche, Einweihungsfeiern) finanziert werden. Darüber hinaus fallen Kosten an für die klassische Pressearbeit (Pressebetreuung, Pressekonferenzen, Pressefotos, Presseveranstaltungen u. a.). Mitveranschlagt sind u. a. die Kosten für die Neugestaltung des sog. Weiße-Rose-Saals im Justizpalast und die im Zusammenhang mit der Verleihung des Staatspreises für digitale Meinungsfreiheit (siehe Kap. 04 02 Tit. 681 02) anfallenden Sachkosten (u. a. Reisekosten/Aufwandsentschädigung an externe Jury-Mitglieder).

2026 gegenüber 2025:

19,4 Tsd. € weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,

19,0 Tsd. € weniger zur Haushaltskonsolidierung,

50,0 Tsd. € weniger infolge Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf,

88,4 Tsd. € weniger.

04 01 Ministerium

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2026	2027	A B C	Soll 2025 Ist 2024 Ist 2023 Tsd. €
1	2	3	4	5	6	
546 49-4	011	Vermischte Verwaltungsausgaben	18,0	18,0	A B C	20,0 31,6 27,0
547 01-9	011	Ausrichtung der Justizministerkonferenz <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	---	---	A C	--- 10,5
Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
684 01-2	011	Beiträge an deutsche Vereine und Gesellschaften sowie an internationale Organisationen <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	23,5	23,5	A B C	23,5 7,7 7,7
686 02-9	011	Forschungsaufgaben im Bereich der Rechtspflege (ohne Strafvollzug) <i>Gegenseitig deckungsfähig mit Kap. 04 02 Tit. 526 11. Die Mittel sind übertragbar.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2026 Tsd. € 100,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2027 Tsd. € 100,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	162,2	162,2	A C	171,7 -0,4
Sonstige Sachinvestitionen						
811 01-8	011	Erwerb von Dienstfahrzeugen	---	---	A	---
812 01-7	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen <i>Verpflichtungsermächtigung 2026 Tsd. € 600,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2027 Tsd. € 600,0</i> <i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2026 in Höhe von 600,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i> <i>2027 bis 2028 jährlich Tsd. € 300,0</i> <i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2027 in Höhe von 600,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i> <i>2028 bis 2029 jährlich Tsd. € 300,0</i>	325,6	325,6	A B C	140,0 53,9 161,0
Titelgruppen						
99 Kosten der Datenverarbeitung						
<i>Für das Scannen der Personalbestandsakten im Rahmen des Projekts DiPA-PRO kann ab dem Jahr 2027 aus den Titeln der TG die Titelgruppe 99 bei Kap. 06 05 verstärkt werden.</i>						
511 99-4	011	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	157,9	157,9	A B C	176,0 212,9 170,4
514 99-1	011	Verbrauchsmittel	49,3	49,3	A B C	55,0 32,0 28,9
518 99-7	011	Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen sowie für Software	8,1	8,1	A	8,5
519 99-6	011	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	29,5	29,5	A B C	32,9 29,5 10,6
525 99-8	011	Aus- und Fortbildung	16,8	16,8	A B C	18,7 6,1 6,2

Erläuterungen

Zu 04 01/546 49

Veranschlagt sind:

Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungsreisen, Kosten augenärztlicher Untersuchungen und sonstige vermischte Ausgaben.

Davon können Billigkeitsleistungen bis zu 10,0 Tsd. € sowie Auslagen aus Anlass des Besuchs ausländischer Juristen und Besuchergruppen zur Information über Rechtseinrichtungen in Bayern gedeckt werden.

Zu 04 01/684 01

	2026	2027
Beiträge	Tsd. €	Tsd. €
- Deutsche Vereinigung für Jugendhilfe und Jugendgerichtshilfe e.V.	0,1	0,1
- Internationale Rechtsbibliothek e.V. in München	1,0	1,0
- Herausgabe der "Zeitschrift für Strafvollzug und Straffälligenhilfe"	5,0	5,0
- Gesellschaft für Rechtsvergleichung in Freiburg i. B.	0,2	0,2
- Verein zur Förderung eines Instituts für Anwaltsrecht in München	0,8	0,8
- European Judicial Training Network (EJTN)	3,3	3,3
- Rechts- und Justizstandort Bayern e.V.	0,1	0,1
- Beitrag für das "Bayerische Bündnis für Toleranz"	13,0	13,0
Zusammen	23,5	23,5

Zu 04 01/686 02

Beteiligung an kriminologischen und anderen Forschungsvorhaben.

Zu 04 01/812 01

	2026	2027
Veranschlagt sind Ausgabemittel für:	Tsd. €	Tsd. €
1. Erneuerung der Medientechnik Säle 134 und 270	200,0	200,0
2. Dienstzimmereinrichtungen	106,7	106,7
3. Maschinen und Geräte	18,9	18,9
Zusammen	325,6	325,6

2026 gegenüber 2025:

7,8 Tsd. €	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
6,6 Tsd. €	weniger zur Haushaltskonsolidierung,
200,0 Tsd. €	mehr für die Erneuerung von Medientechnik in den Sälen 134 und 270,
185,6 Tsd. €	mehr.

Zu 04 01/99

Aufrechterhaltung des automationsunterstützten Verfahrens zur Verwaltung des Schriftgutes auch im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung des Dokumentenmanagementsystems (DMS) sowie Ersatzbeschaffungen für derzeit eingesetzte DV-Systeme. In der Systemverwaltung und der Benutzerbetreuung sind insgesamt drei Bedienstete beschäftigt.

Zu 04 01/511 99

	2026	2027
	Tsd. €	Tsd. €
1. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	41,5	41,5
2. EDV-Leitungsmieten und laufende Fernmeldekosten	-	-
3. Mieten und Wartung	116,4	116,4
4. Bücher und Zeitschriften	-	-
5. Sonstiges	-	-
Zusammen	157,9	157,9

Neben den vertraglich festgelegten Aufwendungen fallen insbesondere die Ausgaben für die Fortführung des automationsunterstützten Verfahrens zur Verwaltung des Schriftgutes im Zusammenhang auch mit der Fortentwicklung des Dokumentenmanagementsystems eGov-Suite an.

2026 gegenüber 2025:

9,8 Tsd. €	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
8,3 Tsd. €	weniger zur Haushaltskonsolidierung,
18,1 Tsd. €	weniger.

04 01 Ministerium

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2026	2027	A	Soll 2025
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2024
1	2	3	4	5	C	Ist 2023
						Tsd. €
						6
526 99-7	011	Ausgaben für Sachverständige	197,4	197,4	A	220,0
					B	343,9
					C	91,1
533 99-8	011	Nebenkosten der Datenverarbeitung	---	---	A	---
534 99-7	011	Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung und Ähnliche	78,9	78,9	A	88,0
					C	308,4
812 99-0	011	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	148,0	148,0	A	165,0
					B	63,9
					C	56,9
		Summe der Titelgruppe	685,9	685,9	A	764,1
					B	688,2
					C	672,4
		Gesamtausgaben	26.866,3	27.142,9	A	24.365,3
					B	23.623,1
					C	22.024,2
		Abschluss				
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	24,5	24,5	A	24,5
					B	25,1
					C	27,6
		Gesamteinnahmen	24,5	24,5	A	24,5
					B	25,1
					C	27,6
		Personalausgaben	24.167,0	24.443,6	A	21.562,2
					B	21.417,2
					C	19.604,5
		Sächliche Verwaltungsausgaben	2.040,0	2.040,0	A	2.302,9
					B	2.080,4
					C	2.194,4
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	185,7	185,7	A	195,2
					B	7,7
					C	7,3
		Sonstige Sachinvestitionen	473,6	473,6	A	305,0
					B	117,8
					C	217,9
		Gesamtausgaben	26.866,3	27.142,9	A	24.365,3
					B	23.623,1
					C	22.024,2
		Zuschuss	26.841,8	27.118,4	A	24.340,8
					B	23.598,0
					C	21.996,6

Erläuterungen

Zu 04 01/526 99

2026 gegenüber 2025:

12,2 Tsd. €	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
10,4 Tsd. €	weniger zur Haushaltskonsolidierung,
<hr/> 22,6 Tsd. €	weniger.

Zu 04 01/812 99

2026 gegenüber 2025:

9,2 Tsd. €	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
7,8 Tsd. €	weniger zur Haushaltskonsolidierung,
<hr/> 17,0 Tsd. €	weniger.

04 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 04

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2026	2027	A	Soll 2025
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2024
					C	Ist 2023
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
		Einnahmen				
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen				
231 01-8	051	Erstattungen des Bundes im Rahmen des Förderprogrammes zur Erneuerung von RLT-Anlagen <i>Die Ist-Einnahmen erhöhen die Ausgabebefugnis bei 04 04/519 01 und 04 05/519 01.</i>	---	---	A	---
271 01-9	051	Erstattungen von der EU zur Durchführung von Twinning-Projekten <i>Vgl. Vermerk zu 04 04/527 01.</i>	---	---	A	---
281 01-7	051	Erstattung von Prozesskosten	1,0	1,0	A B C	1,0 1,0 34,1
<u>282 01-6</u>	051	Erstattungen Dritter für die Teilnahme an Maßnahmen zum Gesundheitsmanagement <i>Vgl. Vermerk zu 525 21.</i>	---	---	A	
		Gesamteinnahmen	1,0	1,0	A B C	1,0 1,0 34,1
		Ausgaben				
		Personalausgaben				
422 41-9	051	Mehrarbeitsvergütungen für Beamte <i>Zur Verstärkung der in den anderen Kapiteln ausgebrachten Leertitel.</i>	900,0	900,0	A	250,0
422 44-6	059	Zuschläge zur Gewinnung von IT-Fachkräften gem. Art. 60a BayBesG <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	100,0	100,0	A B C	100,0 78,6 97,4
422 45-5	059	Leistungsbezüge für Beamte <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	633,3	633,3	A B C	633,3 626,4 646,2
428 41-3	051	Überstundenentgelte für Arbeitnehmer <i>Zur Verstärkung der in den anderen Kapiteln ausgebrachten Leertitel.</i>	200,0	200,0	A	200,0
428 45-9	059	Leistungsprämien für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	363,8	363,8	A B C	363,8 367,3 366,4
443 16-5	841	Ausgaben für den Vollzug des Gesetzes über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit (ASiG)	175,0	175,0	A B C	175,0 218,5 233,1
459 11-1	012	Belohnungen für Vorschläge zur Verbesserung der Verwaltung	8,0	8,0	A B C	8,0 0,1 0,3
459 31-7	841	Aufwandsentschädigung für ins Ausland entsandte Staatsbedienstete <i>Der Leertitel ist verstärkungsfähig zu Lasten aller Ansätze für Trennungsgelder (453 01) des Einzelplans.</i>	---	---	A C	--- 4,7

Erläuterungen

Zu 04 02/271 01

Veranschlagt sind Erstattungen der Europäischen Union zur Durchführung von Twinning-Projekten.

Zu 04 02/281 01

Veranschlagt sind insbesondere Erstattungen der Parteiaufwendungen des Staates in verwaltungsgerichtlichen Verfahren.

Zu 04 02/422 41

2026 gegenüber 2025:

162,5 Tsd. € mehr infolge haushaltsneutraler Umschichtung aus 04 04/427 01,

162,5 Tsd. € mehr infolge haushaltsneutraler Umschichtung aus 04 04/453 01,

325,0 Tsd. € mehr infolge Anpassung an den zusätzlichen Bedarf,

650,0 Tsd. € mehr.

Zu 04 02/443 16

Veranschlagt sind die Ausgaben für einen sich ergebenden externen Beratungsbedarf zur Gewährleistung eines arbeitsmedizinischen und sicherheitstechnischen Arbeitsschutzes nach § 16 ASiG. Die Ausgaben für entsprechende Schulungsmaßnahmen und Fortbildungsveranstaltungen werden aus den Ansätzen für Aus- und Fortbildung finanziert.

Zu 04 02/459 31

Bei dem Titel werden Aufwandsentschädigungen gemäß Nr. 92.4 BayVwVBes an Beamte und Beamtinnen in Fällen dienstlich veranlasster getrennter Haushaltsführung bei Versetzung oder Abordnung vom Inland ins Ausland, im Ausland und vom Ausland ins Inland (AE-Ausland) nachgewiesen.

04 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 04

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2026	2027	A B C	Soll 2025 Ist 2024 Ist 2023 Tsd. €
1	2	3	4	5	6	
461 01-9	881	Zur Verstärkung der Personalausgaben des Epl. 04 <i>Der Ansatz dient der Verstärkung der Tit. 421 01 bis Tit. 422 35 (ohne der Titel innerhalb von TG) und der Tit. 428 01 bis Tit. 428 25 (ohne der Tit. 428 12). Nicht gemeinsam bewirtschaftete Personalausgaben dürfen nur im Rahmen allgemeiner Besoldungs- und Tariferhöhungen verstärkt werden. Aus dem Ansatz dürfen ferner im Sammelkapitel die TG 61 bis 65 verstärkt werden. Rechnungsmäßiger Nachweis bei den einschlägigen Titeln und Kapiteln. Minderausgaben bei den verstärkungsfähigen Titeln dürfen zur Verstärkung des Ansatzes verwendet werden.</i>	---	36.000,0	A	22.399,1
462 01-8	881	Globale Minderausgabe bei den gemeinsam bewirtschafteten und verstärkungsfähigen Personalausgaben, soweit nicht einzeln veranschlagt <i>Die Minderausgaben sind bei den einschlägigen Haushaltsstellen rechnungsmäßig nachzuweisen.</i>	---	---	A	---
Sächliche Verwaltungsausgaben						
525 21-9	051	Ausgaben für das Gesundheitsmanagement <i>Die Ausgabenbefugnis erhöht sich um die Isteinnahme bei 282 01.</i>	179,4	179,4	A B C	200,0 300,3 286,5
526 01-2	051	Gerichts- und ähnliche Kosten <i>Gegenseitig deckungsfähig mit Tit. 532 01. Die Mittel sind übertragbar.</i>	140,0	140,0	A B C	140,0 257,8 92,1
526 11-0	051	Ausgaben für Sachverständige <i>Gegenseitig deckungsfähig mit Kap. 04 01 Tit. 686 02. Verpflichtungsermächtigung 2026 Tsd. € 100,0 Verpflichtungsermächtigung 2027 Tsd. € 100,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	118,3	118,3	A B C	128,3 117,8 103,4
527 21-7	051	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungsangelegenheiten und in Vertretung der Interessen der Schwerbehinderten einschließlich Erstattungen von Auslagen für die Teilnahme an Schulungs- und Bildungsveranstaltungen <i>Verpflichtungsermächtigung 2026 Tsd. € 100,0 Verpflichtungsermächtigung 2027 Tsd. € 100,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	199,9	199,9	A B C	210,4 195,8 193,2
529 02-8	051	Zur Verfügung des Staatsministeriums für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen <i>Die Mittel sind übertragbar. Verpflichtungsermächtigung 2026 Tsd. € 80,0 Verpflichtungsermächtigung 2027 Tsd. € 60,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	87,8	62,8	A B C	70,0 78,4 63,9
531 21-1	051	Öffentlichkeitsarbeit im Bereich der Gerichte und Justizbehörden, sonstige Veröffentlichungen <i>Gegenseitig deckungsfähig mit Kap. 04 01 Tit. 531 11 und Kap. 04 01 Tit. 531 21. Die Mittel sind übertragbar. Verpflichtungsermächtigung 2026 Tsd. € 100,0 Verpflichtungsermächtigung 2027 Tsd. € 100,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	100,9	100,9	A B C	112,5 31,9 8,4

Erläuterungen

Zu 04 02/461 01

Der Ansatz dient zur Verstärkung der Personalausgaben, insbesondere für Tarif- und Besoldungserhöhungen.

Zu 04 02/525 21

Der Ansatz dient zur Finanzierung von Maßnahmen im Bereich des Gesundheitsmanagements.

2026 gegenüber 2025:

11,2 Tsd. €	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
9,4 Tsd. €	weniger zur Haushaltskonsolidierung,
<hr/> 20,6 Tsd. €	weniger.

Zu 04 02/526 11

Aus dem Ansatz können auch kriminologische und andere Forschungsaufträge finanziert werden.

Zu 04 02/527 21

Mitveranschlagt sind die Reisekostenvergütungen, die durch die Teilnahme insbesondere neu gewählter Personalratsmitglieder an Schulungsveranstaltungen (Art. 44 Abs. 1, Art. 46 Abs. 5 BayPVG) entstehen.

2026 gegenüber 2025:

Weniger 10,5 Tsd. € zur Haushaltskonsolidierung.

Zu 04 02/529 02

Die Verfügungsmittel sind insbesondere für folgende Zwecke bestimmt:

- Repräsentative Veranstaltungen nachgeordneter Dienststellen, bei denen keine besonderen Repräsentationsmittel veranschlagt sind;
- repräsentative Veranstaltungen des Staatsministeriums der Justiz, soweit die Mittel bei 04 01/529 01 sich dafür nicht eignen oder nicht ausreichen;
- Veranstaltungen mit überregionalem Charakter.

Die Mittel werden im Allgemeinen von Fall zu Fall zugewiesen.

2026 gegenüber 2025:

3,9 Tsd. €	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
3,3 Tsd. €	weniger zur Haushaltskonsolidierung,
25,0 Tsd. €	mehr infolge Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf,
<hr/> 17,8 Tsd. €	mehr.

2027 gegenüber 2026:

Weniger 25,0 Tsd. € infolge Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

Zu 04 02/531 21

Veranschlagt sind Kosten für Öffentlichkeitsarbeit bei Gerichten und Staatsanwaltschaften sowie im Bereich des Justizvollzugs, insbesondere die Kosten für öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen im Baubereich (siehe auch Erläuterungen zu Kap. 04 01 Tit. 531 11).

2026 gegenüber 2025:

6,3 Tsd. €	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
5,3 Tsd. €	weniger zur Haushaltskonsolidierung,
<hr/> 11,6 Tsd. €	weniger.

04 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 04

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2026	2027	A B C	Soll 2025 Ist 2024 Ist 2023 Tsd. €
1	2	3	4	5	6	
532 01-4	051	Leistungen auf Grund von gerichtlichen Entscheidungen oder Prozessvergleichen sowie auf Grund von außergerichtlichen Vergleichen oder Anerkenntnissen im Zusammenhang mit der Ausübung der Vertretung des Staates in Rechtsangelegenheiten <i>Gegenseitig deckungsfähig mit Tit. 526 01. Die Mittel sind übertragbar. Verpflichtungsermächtigung 2026 Tsd. € 100,0 Verpflichtungsermächtigung 2027 Tsd. € 100,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	250,0	250,0	A B C	250,0 117,2 269,7
533 49-7	332	Treibhausgasausgleich	---	---	A	---
534 01-2	051	Nachwuchsgewinnung <i>Verpflichtungsermächtigung 2026 Tsd. € 150,0 Verpflichtungsermächtigung 2027 Tsd. € 150,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	164,5	164,5	A	500,0
546 45-6	051	Umsatzsteuer <i>Erstattungen dürfen von der Ausgabe abgesetzt werden.</i>	430,7	430,7	A B C	480,0 142,2 106,0
<u>547 01-7</u>	051	Aufwendungen für die Durchführung von Konferenzen und Tagungen <i>Erstattungen von Aufwendungen für Dritte dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden. Mit den Ausgaben dürfen auch Entgelte für Hilfsleistung durch Arbeitnehmer sowie Erstattungen und Sachinvestitionen geleistet werden. Die Mittel sind übertragbar.</i>	---	---	A	
547 03-5	051	Ausgaben anlässlich des 400-jährigen Jubiläums des Bayerischen Obersten Landesgerichts	***	***	A	---
<u>547 15-1</u>	051	Kosten der partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit anderen Staaten und Regionen	---	---	A	
547 26-8	235	Sächliche Verwaltungsausgaben für Aufträge an anerkannte Werkstätten für behinderte Menschen oder Inklusionsbetriebe	269,2	269,2	A B C	300,0 343,1 383,0
548 01-6	881	Globale Mehrausgaben für sächliche Verwaltungsausgaben <i>Aus dem Ansatz dürfen die sächlichen Verwaltungsausgaben des Einzelplans ohne die Ausgaben der Gruppen 526, 529 und 531, jedoch einschließlich der Titel 531 0. verstärkt werden. Die Ausgaben sind bei den zutreffenden Haushaltsstellen rechnermäßig nachzuweisen.</i>	---	---	A	---
549 01-5	881	Minderung der sächlichen Verwaltungsausgaben <i>Die Ansätze für sächliche Verwaltungsausgaben dürfen in Höhe dieser Minderausgaben nicht in Anspruch genommen werden.</i>	---	---	A	---
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen				
671 01-5	051	Erstattungen für die Mitverpflegung der Lehrgangsteilnehmer der Bayerischen Justizakademie Pegnitz <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	150,0	150,0	A B C	150,0 154,1 155,5
681 01-3	153	Prämie für die berufliche Weiterbildung zum Meister und gleichgestellten Abschlüssen <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	288,5	288,5	A B C	305,5 96,0 135,0
681 02-2	051	Staatspreis für besondere Leistungen im Bereich der digitalen Meinungsfreiheit <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	3,2	3,2	A	3,4
684 01-0	253	Förderung von Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	44,0	44,0	A B C	46,6 8,9 9,5

Erläuterungen

Zu 04 02/532 01

Aus dem Ansatz können auf Grundlage der Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz über die Behandlung von Ansprüchen gegen den Freistaat Bayern und von Rückgriffsforderungen bei Fremd- und Eigenschäden (Anspruchsbehandlungsbekanntmachung) Billigkeitsleistungen gem. Art. 53 BayHO bestritten werden.

Zu 04 02/533 49

Gemäß der Regierungserklärung "Klimaland Bayern" des Ministerpräsidenten vom 21.07.2021 und gemäß Art. 3 Abs. 2 BayKlimaG soll die Bayerische Staatsregierung bis zum Jahr 2023 klimaneutral sein; die gesamte unmittelbare Staatsverwaltung bis zum Jahr 2028. Für die Erreichung der Klimaneutralität sind Ausgleichsleistungen durch Erwerb von CO₂-Zertifikaten erforderlich. Vgl. auch Erläuterung bei 12 09/533 85.

Zu 04 02/534 01

2026 gegenüber 2025:

11,1 Tsd. €	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
24,4 Tsd. €	weniger zur Haushaltskonsolidierung,
300,0 Tsd. €	weniger infolge Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf,
<u>335,5 Tsd. €</u>	weniger.

Zu 04 02/546 45

2026 gegenüber 2025:

26,6 Tsd. €	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
22,7 Tsd. €	weniger zur Haushaltskonsolidierung,
<u>49,3 Tsd. €</u>	weniger.

Zu 04 02/547 01

Aufwendungen für Veranstaltungen, insbesondere nationale und internationale Konferenzen (z. B. Honorare und Reisekosten für Vortragende, sonstige Sachkosten).

Zu 04 02/547 15

Zur Zusammenarbeit des Ministeriums und der nachgeordneten Behörden mit ausländischen Dienststellen. Die Kooperation mit anderen Staaten und Regionen, insbesondere im Bereich der Justiz, liegt im besonderen Interesse des Staatsministeriums der Justiz. Im Rahmen der Zusammenarbeit können auch anfallende Kosten (z. B. Reise- und Tagungskosten, Aufenthaltskosten für ausländische Gäste, Aufwendungen für Dolmetscher, Dokumentationen, Gastgeschenke aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen) geleistet werden.

Zu 04 02/547 26

Der Ansatz dient dem zentralen Nachweis von Aufträgen an anerkannte Werkstätten für behinderte Menschen oder Inklusionsbetriebe.

2026 gegenüber 2025:

16,6 Tsd. €	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
14,2 Tsd. €	weniger zur Haushaltskonsolidierung,
<u>30,8 Tsd. €</u>	weniger.

Zu 04 02/671 01

Erstattungen für besondere Aufwendungen des Schülerheims des staatlichen Gymnasiums Pegnitz und der Sana Klinik Pegnitz GmbH aus Anlass der Mitverpflegung der Lehrgangs- und Tagungsteilnehmer der Justizakademie Pegnitz.

Zu 04 02/681 01

Der Freistaat Bayern gewährt den sog. Meisterbonus i. H. v. 3.000 € als freiwillige Leistung im Bereich der beruflichen Weiterbildung zum Meister und gleichgestellten Abschlüssen.

04 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 04

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2026	2027	A	Soll 2025
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2024
					C	Ist 2023
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
		Baumaßnahmen				
701 11-7	059	Photovoltaik auf staatlichen Dächern	345,8	---	A	1.210,3
					B	103,0
					C	115,0
		Sonstige Sachinvestitionen				
812 02-4	051	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen <i>Verpflichtungsermächtigung 2026 Tsd. € 1.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2027 Tsd. € 1.000,0</i> <i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2026 in Höhe von 1.000,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren 2027 bis 2028 jährlich Tsd. € 500,0</i> <i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2027 in Höhe von 1.000,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren 2028 bis 2029 jährlich Tsd. € 500,0</i>	500,0	500,0	A	
812 26-6	235	Erwerb von beweglichen Sachen im Rahmen von Aufträgen an anerkannte Werkstätten für behinderte Menschen oder Inklusionsbetriebe	61,4	61,4	A	68,4
					B	3,8
					C	2,8
		Besondere Finanzierungsausgaben				
972 03-9	881	Globale Minderausgabe <i>Die Minderausgabe ist durch Einsparung bei den übertragbaren Ausgabeansätzen zu erwirtschaften und bei den einschlägigen Haushaltsstellen nachzuweisen.</i>	-22.189,6	-22.189,6	A	-19.389,6
972 06-6	881	Globale Minderausgabe zum Haushaltsabgleich <i>Die Minderausgabe ist durch Einsparung bei den übertragbaren Ausgabeansätzen zu erwirtschaften und bei den einschlägigen Haushaltsstellen nachzuweisen.</i>	-28.200,0	-28.200,0	A	-28.200,0
981 01-0	891	Erstattung an das Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung für die Justizstatistik	243,0	243,0	A	250,8
					B	250,8
					C	288,6
981 16-3	891	Ausgaben für die Nutzung von Räumen und Plätzen der Verwaltung der staatl. Schlösser, Gärten und Seen für staatliche Zwecke und die Nutzung durch Dritte bei dringendem Staatsinteresse	11,0	11,0	A	5,3
					B	5,3
					C	8,7
		Titelgruppen				
		61 - 65 Versorgung und Beihilfen <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig mit Ausnahme von 919 61.</i> <i>Vgl. Vermerk bei Kap. 13 02 Tit. 461 01.</i> <i>Aus den Ansätzen dürfen auch Fürsorgeleistungen für die Untersuchung von Beamten, Arbeitnehmern sowie Versorgungsempfängern und ehemaligen Arbeitnehmern des Freistaates Bayern und deren Angehörige auf die Belastung mit PCB- und lindanhaltige Holzschutzmittel in ihren Dienstwohnungen gezahlt werden.</i>				
432 61-2	058	Ruhegehälter	410.163,0	419.597,0	A	424.763,0
					B	391.927,5
					C	357.746,1

Erläuterungen

Zu 04 02/701 11

2026 gegenüber 2025:
Weniger 864,5 Tsd. €,

2027 gegenüber 2026:

Weniger 345,8 Tsd. € infolge Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf im Rahmen des Energie- und Klimapaktes zum Ausbau der Heimatenergie laut Ministerratsbeschluss vom 6. November 2022.

Zu 04 02/812 02

2026 gegenüber 2025:
Mehr 500,0 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Umschichtung aus 04 05/812 49.

Zu 04 02/812 26

Der Ansatz dient dem zentralen Nachweis des Erwerbs von beweglichen Sachen im Rahmen von Aufträgen an anerkannte Werkstätten für behinderte Menschen oder Inklusionsbetriebe.

Zu 04 02/972 03

2026 gegenüber 2025:
Weniger 2.800,0 Tsd. € infolge der Umsetzung aus 13 02/972 07.

Zu 04 02/981 01

Mit den veranschlagten Beträgen werden die dem Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung entstehenden Aufwendungen für die Bearbeitung der Justizstatistik ersetzt (vgl. Kap. 03 07 Tit. 381 01).

Zu 04 02/981 16

Der Ansatz dient der pauschalierten Kostenverrechnung der Nutzung von Räumen und Plätzen der Verwaltung der staatl. Schlösser, Gärten und Seen mit staatlichen Dienststellen für die Nutzung für staatliche Zwecke und bei dringendem Staatsinteresse im Sinne von Art. 63 Abs. 4 und 5 BayHO. Die Kostenverrechnung ist aus steuerrechtlichen Gründen erforderlich. Die Einnahmen sind bei Kap. 06 16 Tit. 381 16 veranschlagt.

04 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 04

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2026	2027	A	Soll 2025
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2024
1	2	3	4	5	C	Ist 2023
						Tsd. €
						6
432 62-1	058	Witwen- und Waisengeld sowie Witwenabfindung	73.042,0	73.261,0	A	75.388,0
					B	72.605,6
					C	66.791,3
438 61-6	058	Übergangsversorgung für die Arbeitnehmer im Justizvollzugsdienst	---	---	A	---
441 61-1	841	Beihilfen in Krankheits- oder Geburtsfällen an Beamte und Richter ohne für Zeiten einer Beurlaubung	58.602,2	60.946,3	A	53.526,7
					B	53.665,0
					C	48.733,0
441 62-0	841	Beihilfen in Krankheits- oder Geburtsfällen an Beamte und Richter für Zeiten einer Beurlaubung	3.378,6	3.513,7	A	3.800,6
					B	3.093,9
					C	2.895,6
441 63-9	841	Pflegeleistungen an Beamte und Richter Dauerpflegefälle	---	---	A	---
					B	-5,4
441 64-8	841	Beihilfen in Krankheits- oder Geburtsfällen an Arbeitnehmer	12,4	12,9	A	15,4
					B	11,4
					C	16,6
446 61-6	058	Beihilfen in Krankheits- oder Geburtsfällen für Versorgungsempfänger u. dgl.	115.378,5	119.993,6	A	99.608,4
					B	105.657,9
					C	96.709,8
446 62-5	058	Pflegeleistungen für Versorgungsempfänger u. dgl. - Dauerpflegefälle	---	---	A	---
					B	-59,5
					C	-39,5
		Summe der Titelgruppe	660.576,7	677.324,5	A	657.102,1
					B	626.896,4
					C	572.852,9
		Gesamtausgaben	616.154,8	668.531,8	A	638.073,2
					B	630.393,9
					C	576.943,3

04 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 04

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2026	2027	A	Soll 2025
1	2	3	Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2024
			4	5	C	Ist 2023
						Tsd. €
						6
		Abschluss				
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	1,0	1,0	A	1,0
					B	1,0
					C	34,1
		Gesamteinnahmen	1,0	1,0	A	1,0
					B	1,0
					C	34,1
		Personalausgaben	662.956,8	715.704,6	A	681.231,3
					B	628.187,4
					C	574.696,7
		Sächliche Verwaltungsausgaben	1.940,7	1.915,7	A	2.391,2
					B	1.584,5
					C	1.531,4
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	485,7	485,7	A	505,5
					B	259,0
					C	300,1
		Baumaßnahmen	345,8	-	A	1.210,3
					B	103,0
					C	115,0
		Sonstige Sachinvestitionen	561,4	561,4	A	68,4
					B	3,8
					C	2,8
		Besondere Finanzierungsausgaben	-50.135,6	-50.135,6	A	-47.333,5
					B	256,1
					C	297,3
		Gesamtausgaben	616.154,8	668.531,8	A	638.073,2
					B	630.393,9
					C	576.943,3
		Zuschuss	616.153,8	668.530,8	A	638.072,2
					B	630.392,9
					C	576.909,2

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2026	2027	A	Soll 2025
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2024
1	2	3	4	5	C	Ist 2023
			Tsd. €			
Einnahmen						
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen						
111 01-9	051	Gebühren, Beiträge, tarifliche und gebührenartige Entgelte <i>Die Mehreinnahmen erhöhen die Ausgabebefugnis bei den Auslagen in Rechtssachen (526 21 bis 526 33).</i>	1.153.500,0	1.153.500,0	A	1.143.500,0
					B	956.522,7
					C	1.002.460,0
111 02-8	051	Gebühren aus dem automatisierten Abrufverfahren des Grundbuchs und der öffentlichen Register	20.500,0	20.500,0	A	20.500,0
					B	12.133,0
					C	12.452,3
111 03-7	051	Einnahmen der Vollstreckungsbeamten an Gebühren und Auslagen <i>Die Mehreinnahmen erhöhen die Ausgabebefugnis bei Kap. 04 04 Tit. 459 21.</i>	47.000,0	47.000,0	A	44.000,0
					B	47.687,5
					C	43.673,0
112 01-8	051	Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungsgelder	177.000,0	177.000,0	A	177.000,0
					B	181.005,8
					C	169.807,9
119 11-9	051	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen	1,0	1,0	A	1,0
					B	18,8
					C	9,1
119 12-8	051	Einnahmen aus dem Verfall von Sicherheitsleistungen	1,0	1,0	A	1,0
119 21-7	051	Einnahmen aus zugunsten der Staatskasse eingezogenen Vermögenswerten	15.500,0	15.500,0	A	15.500,0
					B	12.251,4
					C	13.082,4
119 49-5	051	Vermischte Einnahmen	1.070,0	1.070,0	A	1.070,0
					B	5.271,7
					C	608,8
124 01-4	051	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung <i>Der Stiftung Opferhilfe können Räume zur unentgeltlichen Nutzung überlassen werden. Sie kann ferner im bescheidenen Umfang auf sonstige Infrastruktur (z. B. zentrale Dienste, Personal) unentgeltlich zugreifen.</i>	300,0	300,0	A	300,0
					B	285,8
					C	324,2
129 05-5	051	Energieeinspeisevergütungen	---	---	A	---
					B	22,9
					C	35,5
<u>129 06-4</u>	051	Einnahmen aus der Abgabe von Ladestrom	35,3	70,5	A	
Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen						
231 01-4	051	Erstattung von Verwaltungsausgaben vom Bund	4.500,0	4.500,0	A	4.500,0
					B	1.605,9
					C	1.301,8
231 02-3	051	Erstattungen des Bundes für EDV-Projekte <i>Mehreinnahmen erhöhen die Ausgabebefugnis bei Kap. 04 04 TG 99.</i>	---	---	A	---
232 01-3	051	Sonstige Erstattungen von Ländern	10,0	10,0	A	10,0
					B	153,6
					C	228,1
232 02-2	051	Erstattungen von Ländern für länderübergreifende EDV-Projekte (u.a. bundeseinheitliches Datenbankgrundbuch) <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 632 99.</i>	---	---	A	---
					B	865,4
					C	525,1

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 04 04

Der Geschäftsbereich der Gerichte umfasst die ordentliche streitige Gerichtsbarkeit und die freiwillige Gerichtsbarkeit entsprechend den Vorschriften des Gerichtsverfassungsgesetzes, der Zivilprozessordnung, der Strafprozessordnung, des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit sowie weiterer Einzelbestimmungen. Daneben werden als Sonderaufgaben u.a. die Gerichtsbarkeit nach der Bundesnotarordnung, der Bundesrechtsanwaltsordnung und dem Steuerberatungsgesetz sowie nach den bayerischen Bestimmungen über die Berufsgerichtsbarkeit der Heilberufe und der Architekten sowie der Ingenieure ausgeübt.

Mitveranschlagt sind die Ausgaben für die erweiterte Unterstützung nach dem Betreuungsorganisationsgesetz.

Mitveranschlagt sind die Aufwendungen für das Personal der Serviceeinheiten sowie die Einnahmen und sächlichen Ausgaben des gerichtsärztlichen Dienstes (vgl. Vorbemerkung zu Kap. 14 40).

Die Gerichtsbezirke und die Gerichtssitze sind durch das Gesetz über die Organisation der ordentlichen Gerichte im Freistaat Bayern festgelegt.

Die Staatsanwaltschaften haben im Wesentlichen die Aufgabe, bei Verdacht strafbarer Handlungen die öffentliche Klage vorzubereiten, zu erheben und zu vertreten. Ihnen obliegen ferner die Strafvollstreckung und die Mitwirkung in Gnadenangelegenheiten.

Der beim Oberlandesgericht München gebildete Verfassungsgerichtshof hat die Entscheidungsbefugnisse über die in Art. 2 des Gesetzes über den Verfassungsgerichtshof bezeichneten Angelegenheiten.

Zu 04 04/111 01

Die veranschlagten Beträge basieren auf der voraussichtlichen Einnahmeentwicklung.

2026 gegenüber 2025:

Mehr 10.000,0 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Einnahmeentwicklung.

Zu 04 04/111 02

Veranschlagt sind Gebühren für die Verfahrenseinrichtung, die Bereitstellung und den Abruf von Dateien aus dem maschinell geführten Grundbuch und dem maschinell geführten Handelsregister.

Zu 04 04/111 03

Die nach dem Gesetz über Kosten der Gerichtsvollzieher (GvKostG) auch i.V.m. § 10 Abs. 2 des Justizbeitreibungsgesetzes (JBeitrG) einzunehmenden Gebühren und Auslagen werden hier veranschlagt.

2026 gegenüber 2025:

Mehr 3.000,0 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Einnahmeentwicklung.

Zu 04 04/119 21

Einnahmen aus zu Gunsten der Staatskasse eingezogenen oder verfallenen Vermögenswerten.

Zu 04 04/129 06

2026 gegenüber 2025:

Mehr 35,3 Tsd. €,

2027 gegenüber 2026:

Mehr 35,2 Tsd. € infolge des Wegfalls der haushaltsgesetzlichen Ermächtigung zum kostenfreien Laden privater Elektro- und Hybridfahrzeuge durch Beschäftigte und Besucher staatlicher Dienststellen.

Zu 04 04/231 01

Erstattungen des Bundes nach dem Arbeitsplatzschutzgesetz und nach der Vereinbarung über den Kostenausgleich in Staatsschutz-Strafsachen.

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2026	2027	A	Soll 2025
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2024
1	2	3	4	5	C	Ist 2023
						Tsd. €
						6
232 03-1	051	Erstattungen von Ländern im Zusammenhang mit Ermittlungen der Europäischen Staatsanwaltschaft <i>Vgl. Vermerk zu 632 02.</i>	---	---	A	---
					B	793,3
					C	1.132,6
235 01-0	051	Sonstige Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit <i>Vgl. Vermerk zu 428 11.</i>	---	---	A	---
					B	2,2
					C	9,8
235 02-9	051	Zuweisungen der Hauptfürsorgestellen <i>Vgl. Vermerk zu 428 11.</i>	---	---	A	---
261 01-7	051	Erstattung von Verwaltungsausgaben aus dem Inland	20,0	20,0	A	20,0
					B	7,4
					C	25,4
271 01-5	051	Erstattungen von der EU <i>Vgl. Vermerk zu 631 01.</i>	---	---	A	---
281 01-3	051	Erstattung von Prozesskosten	---	---	A	---
					B	2,0
					C	2,2
<u>282 01-2</u>	051	Zweckgebundene Förderungs- und Kostenbeiträge Dritter <i>Vgl. Vermerk zu 525 01.</i>	---	---	A	---
Gesamteinnahmen			1.419.437,3	1.419.472,5	A	1.406.402,0
					B	1.218.629,4
					C	1.245.678,2
Ausgaben						
Personalausgaben						
412 01-5	051	Entschädigung der Mitglieder des Verfassungsgerichtshofs, der anwaltlichen Mitglieder des Anwaltsgerichtshofs und der nichtrichterlichen Beisitzer der Gerichte	3.810,0	3.810,0	A	3.610,0
					B	4.027,2
					C	3.643,5
422 01-3	051	Bezüge der planmäßigen Beamten (Richter)	683.979,1	692.518,1	A	656.220,6
					B	630.880,3
					C	598.728,6
422 21-9	051	Anwärterbezüge, Unterhaltsbeihilfen für Dienstanfänger	15.370,5	15.553,5	A	13.557,8
					B	14.478,1
					C	12.186,7
422 26-4	051	Anwärterbezüge und Unterhaltsbeihilfen für Rechtsreferendare (einschließlich Zusatzvergütungen) <i>Erstattungen von Ausbildungsstellen für die Zahlung von Zusatzvergütungen dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden.</i>	70.800,0	70.800,0	A	63.800,0
					B	68.902,4
					C	67.215,1
422 31-7	051	Bezüge und Nebenleistungen der abgeordneten Beamten und Richter	518,3	524,5	A	510,0
					B	488,3
					C	493,0
422 41-5	051	Mehrarbeitsvergütungen für Beamte	---	---	A	---
					B	120,5
					C	101,1
427 01-8	051	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtliche und nebenberufliche Tätigkeit	676,5	676,5	A	839,0
					B	206,2
					C	237,2
427 41-0	051	Praktikantenvergütungen <i>Gegenseitig deckungsfähig mit 04 05/427 41.</i>	---	---	A	---

Erläuterungen

Zu 04 04/232 03

Der Ausgleich der Kosten im Zusammenhang mit Ermittlungen der in Deutschland tätigen Delegierten Europäischen Staatsanwälte bemisst sich nach einer Verwaltungsvereinbarung der Länder.

Zu 04 04/235 01

Insbesondere Eingliederungshilfen für Schwerbehinderte.

Zu 04 04/235 02

Insbesondere Zuschüsse für Vorlesekräfte für Blinde.

Zu 04 04/261 01

Veranschlagt sind insbesondere die an den Freistaat Bayern aufgrund von § 138 Abs. 2 i. V. mit § 50 des Strafvollzugsgesetzes (StVollzG) zu zahlenden Unterbringungskosten, auch soweit ihre Erhebung im Wege der Überleitung von laufenden Geldleistungen (z. B. von Renten) nach § 50 SGB I erfolgt, sowie Erstattungen von sonstigen Verwaltungskosten (z.B. für die Teilnahme nichtstaatlicher Stellen an der Kantinenverpflegung).

Zu 04 04/271 01

Veranschlagt sind Erstattungen der EU, insbesondere für gemeinsame länderübergreifende Ermittlungsgruppen (sog. Joint Investigation Teams).

Zu 04 04/412 01

Rechtsgrundlagen dieser Ausgaben sind:

- a) das Gesetz über die Entschädigung der Mitglieder des Verfassungsgerichtshofs,
- b) § 103 Abs. 6 der Bundesrechtsanwaltsordnung,
- c) das Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG).

Mit Mitteln dieses Titels sind auch die aus Anlass von Einführungs- und Fortbildungstagungen für ehrenamtliche Richter zu gewährenden Entschädigungen zu zahlen (§ 15 Abs. 3 Nr. 1 JVEG).

Aus diesem Ansatz können zur Vermeidung besonderer Härten Billigkeitsleistungen in entsprechender Anwendung der Richtlinien zum Sachschadensersatz bei Staatsbediensteten gewährt werden.

2026 gegenüber 2025:

Mehr 200,0 Tsd. € infolge Anpassung an die zu erwartende Ausgabeentwicklung.

Zu 04 04/422 01

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

Zu 04 04/422 21

Anwärter- und Dienstanfängerbezüge.

Zu 04 04/422 26

Die Mittel sind veranschlagt nach der Zahl der vorhandenen Rechtsreferendare und den voraussichtlichen Veränderungen in den Jahren 2026/2027.

2026 gegenüber 2025:

Mehr 7.000,0 Tsd. € infolge des voraussichtlichen Bedarfs.

Zu 04 04/422 31

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

Zu 04 04/422 41 (und 428 41)

Vgl. Kap. 04 02 Tit. 422 41 und 428 41.

Zu 04 04/427 01

	2026	2027
Entgelte für	Tsd. €	Tsd. €
- Studenten in den praktischen Studiensemestern	174,1	174,1
- Ruhestandsbeamte	79,0	79,0
- Nebenamtliche Arbeitsgemeinschaftsleiter Rechtsreferendare	85,9	85,9
- Rechtskunde- und Rechtsbildung, insbesondere für Flüchtlinge und Asylbewerber. Aus dem Ansatz dürfen notwendige Sachausgaben bestritten werden.	337,5	337,5
Zusammen	676,5	676,5

2026 gegenüber 2025:

Weniger 162,5 Tsd. € infolge Umschichtung nach 04 02/422 41.

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2026	2027	A	Soll 2025
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2024
1	2	3	4	5	C	Ist 2023
						Tsd. €
						6
428 01-7	051	Entgelte der Arbeitnehmer	203.854,0	209.958,4	A	195.930,5
					B	195.569,0
					C	218.359,0
428 11-5	051	Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Einnahmen bei 235 01 und 235 02.</i>	9.830,0	9.830,0	A	9.830,0
					B	7.902,8
					C	6.739,3
428 21-3	051	Entgelte der Arbeitnehmer	3.905,5	3.990,5	A	4.311,4
					B	3.768,3
					C	3.917,4
428 41-9	051	Überstundenentgelte für Arbeitnehmer	---	---	A	---
					B	63,4
					C	50,1
453 01-5	051	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	474,6	474,6	A	637,1
					B	367,3
					C	374,6
459 21-5	051	Entschädigung der Vollstreckungsbeamten (einschl. Reisekosten und sonstiger barer Auslagen) <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Mehreinnahmen bei Kap. 04 04 Tit. 111 03. Die Mittel sind übertragbar.</i>	45.961,3	46.579,8	A	45.961,3
					B	42.753,5
					C	39.360,0
Sächliche Verwaltungsausgaben						
511 01-5	051	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände <i>Verpflichtungsermächtigung 2026 Tsd. € 15.000,0 Verpflichtungsermächtigung 2027 Tsd. € 15.000,0 Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2026 in Höhe von 15.000,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren 2027 bis 2031 jährlich Tsd. € 3.000,0 Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2027 in Höhe von 15.000,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren 2028 bis 2032 jährlich Tsd. € 3.000,0</i>	18.071,8	18.071,8	A	19.678,9
					B	14.319,0
					C	14.504,2
511 02-4	051	Entgelte für Postdienstleistungen <i>Verpflichtungsermächtigung 2026 Tsd. € 20.000,0 Verpflichtungsermächtigung 2027 Tsd. € 20.000,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	25.000,0	25.000,0	A	20.000,0
					B	19.793,0
					C	19.253,1

Erläuterungen

Zu 04 04/428 01 (und 428 11)

Entgelte einschließlich Zulagen und Jahressonderzahlung sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversicherung.

Zu 04 04/428 21

Entgelte einschließlich Zulagen und Jahressonderzahlung sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversicherung.

2026 gegenüber 2025:
Weniger 405,9 Tsd. €,

2027 gegenüber 2026:
Mehr 85,0 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

Zu 04 04/428 41

Vgl. Kap. 04 02 Tit. 428 41.

Zu 04 04/453 01

	2026	2027
	Tsd. €	Tsd. €
1. Trennungsgeld	350,0	350,0
2. Umzugskostenvergütungen	124,6	124,6
Zusammen	<u>474,6</u>	<u>474,6</u>

2026 gegenüber 2025:
Weniger 162,5 Tsd. € infolge Umschichtung nach 04 02/422 41.

Zu 04 04/459 21

Veranschlagt sind:

1. Die den Gerichtsvollziehern und Vollziehungsbeamten der Justiz zustehenden Vergütungen aufgrund der Bayerischen Vollstreckungsvergütungsverordnung (BayVollstrVV); die Vergütung beträgt für Gerichtsvollzieher 15 %, für Vollziehungsbeamte der Justiz 50 % der für die Erledigung der Aufträge vereinnahmten Gebühren.
2. a) Die den Gerichtsvollziehern gemäß der Verordnung über die Aufwandsentschädigung für Bürokosten der Gerichtsvollzieher (BKEntschV-GV) zu zahlenden Entschädigungen; diese Entschädigung wird als Aufwandsentschädigung gezahlt.
b) Die den Gerichtsvollziehern nach § 7 Abs. 2 und 3 der Gerichtsvollzieherordnung als Entschädigung für den Aufwand bei der Erledigung der Aufträge überlassenen oder ersetzten Auslagen gemäß Nrn. 701 bis 716 des Kostenverzeichnisses zum Gesetz über Kosten der Gerichtsvollzieher.
3. Die den Vollziehungsbeamten der Justiz nach Nr. 5.1.3 der Dienstordnung für die Vollziehungsbeamten der Justiz zustehende Entschädigung für den Aufwand und zum Ersatz barer Auslagen (Nrn. 5.3 und 5.4.2).

2027 gegenüber 2026:
Mehr 618,5 Tsd. € infolge des voraussichtlichen Bedarfs.

Zu 04 04/511 01

	2026	2027
	Tsd. €	Tsd. €
1. Geschäftsbedarf	7.496,7	7.496,7
2. Bücher und Zeitschriften	3.975,8	3.975,8
3. Kommunikation	2.530,1	2.530,1
4. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	3.975,8	3.975,8
5. Sonstiges	93,4	93,4
Zusammen	<u>18.071,8</u>	<u>18.071,8</u>

2026 gegenüber 2025:
656,0 Tsd. € weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
951,1 Tsd. € weniger zur Haushaltskonsolidierung,
1.607,1 Tsd. € weniger.

Zu 04 04/511 02

Getrennte Veranschlagung der im Kap. 04 04 besonders hohen Ausgaben für Postdienstleistungen.

2026 gegenüber 2025:
1.000,0 Tsd. € weniger zur Haushaltskonsolidierung,
6.000,0 Tsd. € mehr infolge zusätzlichen Bedarfs,
5.000,0 Tsd. € mehr.

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2026	2027	A	Soll 2025
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2024
1	2	3	4	5	C	Ist 2023
						Tsd. €
						6
514 01-2	051	Haltung von Dienstfahrzeugen	603,2	603,2	A	672,2
					B	477,1
					C	444,4
514 11-0	051	Dienst- und Schutzkleidung	607,5	607,5	A	639,5
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2026 Tsd. €</i> 600,0			B	445,4
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2027 Tsd. €</i> 600,0			C	648,3
		<i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>				
514 20-9	051	Beschaffung von Munition	62,8	62,8	A	70,0
					B	22,3
					C	22,9
517 01-9	051	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	30.831,1	30.831,1	A	32.453,8
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2026 Tsd. €</i> 49.500,0			B	35.062,2
		<i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2026 in Höhe von 49.500,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i>			C	33.305,5
		<i>2027 Tsd. €</i> 5.070,0				
		<i>2028 Tsd. €</i> 10.040,0				
		<i>2029 Tsd. €</i> 10.040,0				
		<i>2030 Tsd. €</i> 10.040,0				
		<i>2031 Tsd. €</i> 14.310,0				
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2027 Tsd. €</i> 6.000,0				
		<i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>				
517 05-5	051	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	23.679,9	23.679,9	A	24.926,2
					B	14.037,5
					C	15.282,2
518 01-8	051	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	14.250,0	14.250,0	A	15.000,0
		<i>Aus dem Haushaltsansatz dürfen auch zusätzliche Räumlichkeiten für die Schaffung von Kinderbetreuungseinrichtungen bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften angemietet werden. Eine Weitervermietung der Räumlichkeiten an die jeweiligen Betreuungspersonen der Kinderbetreuungseinrichtung kann auch unter dem vollen Wert erfolgen, soweit dies für einen wirtschaftlichen Betrieb der Einrichtung erforderlich ist (Art. 63 Abs. 3, 5 BayHO). Die Miet- und Nebenkostenerstattung für die Kinderbetreuungseinrichtung dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden (Rotabsetzung).</i>			B	15.174,2
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2026 Tsd. €</i> 30.000,0			C	13.142,6
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2027 Tsd. €</i> 30.000,0				
		<i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2026 in Höhe von 30.000,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i>				
		<i>2027 bis 2031 jährlich Tsd. €</i> 6.000,0				
		<i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2027 in Höhe von 30.000,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i>				
		<i>2028 bis 2032 jährlich Tsd. €</i> 6.000,0				

Erläuterungen

Zu 04 04/514 01		2026	2027
		Tsd. €	Tsd. €
1.	Betriebsstoffe	412,6	412,6
2.	Wartung, Reparaturen und Sonstiges	190,6	190,6
Zusammen		<u>603,2</u>	<u>603,2</u>

Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung:			
Kosten wie vor		603,2	603,2
Personalausgaben		111,0	112,5
Beschaffung von Dienstfahrzeugen		-	-
Ausgaben für Leasing/Miete (siehe Tit. 518 18)		597,2	597,2
Zusammen		<u>1.311,4</u>	<u>1.312,9</u>

Bestand an Dienstfahrzeugen:	Soll	Soll	Soll	am 01.02.2025	
	2026	2027	2025	gesamt	davon geleast/ gemietet
Personenkraftwagen einschließlich Kombis	143	143	143	143	143
Lastkraftwagen	26	26	26	26	6
Sonstige (Krafträder und Sonderfahrzeuge)	-	-	-	-	-

2026 gegenüber 2025:
 37,3 Tsd. € weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
 31,7 Tsd. € weniger zur Haushaltskonsolidierung,
 69,0 Tsd. € weniger.

Zu 04 04/514 11		2026	2027
		Tsd. €	Tsd. €
1.	Erstausstattungen und Dienstkleidungszuschüsse	589,4	589,4
2.	Beschaffung und Unterhaltung von staatseigenen Roben und Schutzkleidungsstücken	15,0	15,0
3.	Roben für die Richter des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes	3,1	3,1
Zusammen		<u>607,5</u>	<u>607,5</u>

2026 gegenüber 2025:
 Weniger 32,0 Tsd. € zur Haushaltskonsolidierung.

Zu 04 04/517 01
 Veranschlagt sind:
 Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung, Steuern und Abgaben sowie Geräte und Ähnliches.

		2026	2027
		Tsd. €	Tsd. €
Reinigung, Müllabfuhr u.a.		14.331,1	14.331,1
Ausgabemittel zur Verbesserung der Sicherheit in Justizgebäuden (u.a. Beauftragung privater Wachunternehmen)		16.500,0	16.500,0
Zusammen		<u>30.831,1</u>	<u>30.831,1</u>

2026 gegenüber 2025:
 Weniger 1.622,7 Tsd. € zur Haushaltskonsolidierung.

Zu 04 04/517 05		2026	2027
		Tsd. €	Tsd. €
1.	Heizung	15.391,9	15.391,9
2.	Beleuchtung und elektrische Kraft	8.288,0	8.288,0
Zusammen		<u>23.679,9</u>	<u>23.679,9</u>

2026 gegenüber 2025:
 Weniger 1.246,3 Tsd. € zur Haushaltskonsolidierung.

Zu 04 04/518 01
 2026 gegenüber 2025:
 Weniger 750,0 Tsd. € zur Haushaltskonsolidierung.

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2026	2027	A	Soll 2025
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2024
1	2	3	4	5	C	Ist 2023
						Tsd. €
						6
518 11-6	051	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge sowie für Software	675,0	675,0	A	710,5
					B	237,8
					C	310,9
518 18-9	051	Ausgaben für Leasing von Dienstfahrzeugen	597,2	597,2	A	628,6
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2026 Tsd. €</i> 2.388,8			B	710,5
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2027 Tsd. €</i> 2.388,8			C	512,2
		<i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2026 in Höhe von 2.388,8 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i>				
		<i>2027 bis 2030 jährlich Tsd. €</i> 597,2				
		<i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2027 in Höhe von 2.388,8 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i>				
		<i>2028 bis 2031 jährlich Tsd. €</i> 597,2				
519 01-7	051	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	12.752,1	12.752,1	A	13.595,3
		<i>Aus dem Haushaltsansatz kann auch das fachgerechte Herrichten von Räumlichkeiten für die Schaffung von Kinderbetreuungseinrichtungen bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften bestritten werden.</i>			B	14.326,0
		<i>Baukostenerstattungen und -zuschüsse dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden (Rotabsetzung).</i>			C	15.123,5
		<i>Vgl. Vermerk bei Kap. 04 02 Tit. 231 01.</i>				
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2026 Tsd. €</i> 19.000,0				
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2027 Tsd. €</i> 19.000,0				
		<i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2026 in Höhe von 19.000,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i>				
		<i>2027 bis 2028 jährlich Tsd. €</i> 9.500,0				
		<i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2027 in Höhe von 19.000,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i>				
		<i>2028 bis 2029 jährlich Tsd. €</i> 9.500,0				
525 01-9	051	Aus- und Fortbildung der Beamten (Richter) und Arbeitnehmer	3.886,2	3.886,2	A	4.330,0
		<i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Ist-Einnahme bei 282 01.</i>			B	3.353,7
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2026 Tsd. €</i> 1.000,0			C	3.362,0
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2027 Tsd. €</i> 1.000,0				
		<i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>				
525 02-8	051	Aus- und Fortbildung von Betreuern	90,1	90,1	A	100,4
					B	29,9
					C	29,9
526 21-4	051	Entschädigungen der Rechtsanwälte und Patentanwälte bei Prozesskostenhilfe	38.000,0	38.000,0	A	38.000,0
		<i>Zu 526 21 bis 526 33 und 681 01:</i>			B	32.012,5
		<i>Gegenseitig deckungsfähig und übertragbar.</i>			C	32.638,8
		<i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Mehreinnahmen bei 111 01.</i>				
526 22-3	051	Entschädigungen der gerichtlich bestellten Verteidiger und der in Strafsachen beigeordneten Rechtsanwälte	40.000,0	40.000,0	A	40.000,0
		<i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>			B	39.339,4
					C	35.883,4
526 23-2	051	Entschädigungen für Zeugen	16.000,0	16.000,0	A	16.000,0
		<i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>			B	16.215,7
					C	14.976,4
526 24-1	051	Vergütungen für Sachverständige	259.000,0	259.000,0	A	249.500,0
		<i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>			B	238.644,4
					C	232.922,4

Erläuterungen

Zu 04 04/518 11

2026 gegenüber 2025:

Weniger 35,5 Tsd. € zur Haushaltskonsolidierung.

Zu 04 04/518 18

2026 gegenüber 2025:

Weniger 31,4 Tsd. € zur Haushaltskonsolidierung.

Zu 04 04/519 01

2026 gegenüber 2025:

172,0 Tsd. € weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,

671,2 Tsd. € weniger zur Haushaltskonsolidierung,

843,2 Tsd. € weniger.

Zu 04 04/525 01

	2026	2027
	Tsd. €	Tsd. €
1. Fortbildung der Richter und Staatsanwälte (einschließlich der Reisekosten der Teilnehmer an den Fortbildungsveranstaltungen der Deutschen Richter- akademie in Trier und Wustrau)	1.358,4	1.358,4
2. Fortbildung der Rechtspfleger	232,1	232,1
3. Fortbildung der in der Bewährungshilfe, in der Führungsaufsicht und in der Gerichtshilfe tätigen Personen	184,5	184,5
4. Fortbildung der Gerichtsvollzieher, der Beamten des mittleren Justizdienstes, der Beamten des Justiz- wachtmeisterdienstes und der Justizangestellten	420,5	420,5
5. Ausbildung der Referendare und Anwärter	407,7	407,7
6. Aus- und Fortbildung auf dem Gebiet der elektro- nischen Datenverarbeitung für sämtliche Bedienstete	982,9	982,9
7. Qualifizierungsoffensive	246,3	246,3
8. Aus- und Fortbildung der Organisationsberater	53,8	53,8
Zusammen	3.886,2	3.886,2

2026 gegenüber 2025:

134,0 Tsd. € weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,

209,8 Tsd. € weniger zur Haushaltskonsolidierung,

100,0 Tsd. € weniger wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf,

443,8 Tsd. € weniger.

Zu 04 04/525 02

2026 gegenüber 2025:

5,6 Tsd. € weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,

4,7 Tsd. € weniger zur Haushaltskonsolidierung,

10,3 Tsd. € weniger.

Zu 04 04/526 21 bis 526 27

Bei den Ausgaben handelt es sich um Leistungen, die auf gesetzlichen Verpflichtungen beruhen und von gerichtlichen Entscheidungen abhängig sind. Mitveranschlagt sind Dolmetscher- und Übersetzungskosten auch im Bereich der Bewährungshilfe sowie im Rechtshilfeverkehr mit dem Ausland.

Den Ansätzen liegen die Istbeträge der vergangenen Haushaltsjahre bzw. die voraussichtliche Ausgabenentwicklung zu Grunde.

Zu 04 04/526 21 (und 526 22)

Rechtsgrundlage für diese Ausgaben ist das Rechtsanwaltsvergütungsgesetz (RVG).

Titel 526 21:

Mitveranschlagt sind Mittel für die nach § 45 Abs. 2 RVG aus der Staatskasse zu zahlenden Vergütungen.

Zu 04 04/526 23 (und 526 24)

Rechtsgrundlage für diese Ausgaben ist das Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG). Mitveranschlagt sind bei Titel 526 24 Dolmetscher- und Übersetzerkosten.

Zu 04 04/526 24

2026 gegenüber 2025:

Mehr 9.500,0 Tsd. € infolge des voraussichtlichen Bedarfs.

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2026	2027	A	Soll 2025
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2024
1	2	3	4	5	C	Ist 2023
						Tsd. €
526 25-0	051	Kosten der einstweiligen Unterbringung <i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	1.020,0	1.020,0	A	1.020,0
					B	466,5
					C	911,6
526 26-9	051	Sonstige Auslagen in Rechtssachen <i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2027 Tsd. € 5.600,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	5.600,0	5.600,0	A	5.600,0
					B	7.203,8
					C	6.704,9
526 27-8	051	Kosten der Rechtsberatung für Bürger mit geringem Einkommen <i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	6.000,0	6.000,0	A	6.000,0
					B	2.076,3
					C	2.166,0
526 28-7	051	Vergütungen und Aufwandsentschädigungen an Vormünder und Betreuer mittelloser Mündel und Betreuer <i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	173.067,0	173.067,0	A	164.067,0
					B	171.974,1
					C	163.915,7
526 29-6	051	Besondere Ausgaben im Zusammenhang mit der elektronischen Aufenthaltsüberwachung <i>Einseitig deckungsfähig zu Gunsten 632 01.</i> <i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	1.500,0	1.500,0	A	1.000,0
					B	216,8
					C	158,1
526 30-3	051	Auslagen in Rechtssachen im Rahmen der Durchführung von Internationalen Veranstaltungen <i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	---	---	A	---
					C	102,0
526 31-2	051	Entschädigungen der Rechtsanwälte bei Verfahrenskostenhilfe in Insolvenzverfahren <i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	8,0	8,0	A	8,0
					B	0,2
					C	0,3
526 32-1	051	Entschädigungen für Treuhänder, Insolvenzverwalter und Mitglieder von Gläubigerausschüssen bei Verfahrenskostenhilfe in Insolvenzverfahren <i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	10.390,9	10.390,9	A	10.390,9
					B	10.314,4
					C	9.848,9
526 33-0	051	Sonstige Auslagen in Insolvenzverfahren <i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	5,0	5,0	A	5,0
					B	0,3
527 01-7	051	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Einnahme bei 04 02/271 01.</i>	2.194,9	2.194,9	A	2.446,3
					B	2.507,4
					C	2.466,1
529 03-3	051	Zur Verfügung der Präsidenten des Bayerischen Obersten Landesgerichts und der Oberlandesgerichte für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	3,7	3,7	A	4,1
					B	4,1
					C	3,4
529 04-2	051	Zur Verfügung des Präsidenten des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	2,0	2,0	A	2,2
					B	1,9
					C	1,6
529 06-0	051	Zur Verfügung der Präsidentin des Bayerischen Anwaltsgerichtshofs für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	0,9	0,9	A	1,0

Erläuterungen

Zu 04 04/526 25

Rechtsgrundlagen für diese Ausgaben sind §§ 71 Abs. 2, 72 Abs. 4 JGG und §§ 81, 126a StPO (Nr. 9011 Kostenverzeichnis zum Gerichtskostengesetz).

Zu 04 04/526 26

Rechtsgrundlagen für diese Ausgaben sind insbesondere Teil 9 (Auslagen) des Kostenverzeichnisses zum Gerichtskostengesetz und Teil 3 (Auslagen) des Kostenverzeichnisses zum Gerichts- und Notarkostengesetz. Im Ansatz sind neben den Kosten für die Online-Auskünfte aus den Registern der Einwohnermeldebehörden (AKDB-Online) auch Reisekosten, die u.a. nach den Vorschriften des Gerichtskostengesetzes (Nr. 9006 KV GKG) zu den Gerichtskosten zählen, enthalten. Mitveranschlagt sind Ausgaben für psychosoziale Prozessbegleitung nach dem Gesetz für psychosoziale Prozessbegleitung im Strafverfahren (PsychPbG). Im Ansatz sind die Kosten für die Beauftragung eines privaten Dienstleisters im Rahmen der Vermögensabschöpfung enthalten.

Zu 04 04/526 27

Rechtsgrundlage für diese Ausgaben ist das Gesetz über Rechtsberatung und Vertretung für Bürger mit geringem Einkommen (Beratungshilfegesetz) i. V. m. § 44 und Nr. 2501 ff. des Vergütungsverzeichnisses zum RVG. Aus diesem Ansatz können auch die Ausgaben im Zusammenhang mit dem Betrieb von Beratungshilfestellen nach dem Beratungshilfegesetz geleistet werden.

Zu 04 04/526 28

Vergütungen, Ersatz von Aufwendungen und Aufwandsentschädigungen, die Vormünder und Betreuer aus der Staatskasse erhalten (§§ 1808, 1875 bis 1880 BGB).

Veranschlagt sind insbesondere auch

- Aufwandspauschalen,
- Aufwendungen für Versicherungen (z. B. Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung für ehrenamtliche Betreuer, Vormünder und Pfleger).

Aus diesem Ansatz können zur Vermeidung besonderer Härten Billigkeitsleistungen in entsprechender Anwendung der Richtlinien zum Sachschadensersatz bei Staatsbediensteten gewährt werden.

2026 gegenüber 2025:

Mehr 9.000,0 Tsd. € infolge des voraussichtlichen Bedarfs.

Zu 04 04/526 29

Die Reform des Rechts der Sicherungsverwahrung ist zum 1. Januar 2011 in Kraft getreten. Die Gerichte können bei rückfallgefährdeten schweren Gewalt- und Sexualstraftätern, die unter Führungsaufsicht stehen, die elektronische Überwachung ihres Aufenthalts anordnen. Dabei haben die Länder gemeinsam die Realisierung einer Lösung in Angriff genommen. Bayern beteiligt sich an diesem Projekt, weil eine gemeinsame Lösung wirtschaftlicher und schneller realisierbar ist. Aus dem Ansatz können auch die Kosten für elektronische Aufenthaltsüberwachungsmaßnahmen nach dem Gewaltschutzgesetz bestritten werden.

2026 gegenüber 2025:

Mehr 500,0 Tsd. € infolge des voraussichtlichen Bedarfs.

Zu 04 04/526 31 bis 526 33

Rechtsgrundlagen sind die Insolvenzordnung und (bezüglich der Vergütungen der Rechtsanwälte bei Verfahrenskostenhilfe) das Rechtsanwaltsvergütungsgesetz.

Zu 04 04/527 01

2026 gegenüber 2025:

135,9 Tsd. €	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
115,5 Tsd. €	weniger zur Haushaltskonsolidierung,
251,4 Tsd. €	weniger.

Zu 04 04/529 03

Verfügungsmittel für den Präsidenten des Bayerischen Obersten Landesgerichts, die Präsidenten der Oberlandesgerichte München, Nürnberg und Bamberg.

Zu 04 04/529 04

Verfügungsmittel für den Präsidenten des Bayer. Verfassungsgerichtshofs.

Zu 04 04/529 06

Verfügungsmittel für die Präsidentin des Bayer. Anwaltsgerichtshofs.

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2026	2027	A	Soll 2025
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2024
1	2	3	4	5	C	Ist 2023
						Tsd. €
						6
532 11-8	051	Umzugs- und Verlegungskosten von Dienststellen <i>Verpflichtungsermächtigung 2026 Tsd. € 475,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2027 Tsd. € 475,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.675,0	475,0	A	500,0
					B	368,9
					C	26,2
533 01-9	051	Kosten der Gefangenenbeförderung und Vorführungskosten (einschl. Reisekosten)	9,5	9,5	A	10,0
					B	18,5
					C	32,1
533 02-8	051	Besondere Kosten der Bewährungshilfe, der Führungsaufsicht und der Gerichtshilfe	570,0	570,0	A	600,0
					B	410,5
					C	397,2
533 03-7	051	Kosten von kriminalpädagogischen Schülerprojekten	134,6	134,6	A	150,0
					B	86,1
					C	73,5
533 04-6	059	Lokalkammer des Einheitlichen Europäischen Patentgerichts	291,5	291,5	A	311,0
					B	20,3
					C	82,8
533 07-3	059	Europäische Staatsanwaltschaft	44,9	44,9	A	50,0
					B	44,9
					C	26,2
533 08-2	051	Besondere Kosten des Schöffenamtes einschließlich außergewöhnlichen Aufwands	---	---	A	80,0
					B	2,7
					C	12,4
545 01-5	051	Technische Sicherung von Wohnungen <i>Aus dem Ansatz dürfen auch Baumaßnahmen und</i> <i>Sachinvestitionen geleistet werden.</i>	44,9	44,9	A	50,0
					B	34,2
					C	46,9

Erläuterungen

Zu 04 04/532 11

2026 gegenüber 2025:

25,0 Tsd. €	weniger zur Haushaltskonsolidierung,
1.200,0 Tsd. €	mehr infolge zusätzlichen Bedarfs,
1.175,0 Tsd. €	mehr.

2027 gegenüber 2026:

Weniger 1.200,0 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

Zu 04 04/533 02

Die Bewährungshilfe hat ihre Rechtsgrundlage in § 56 d StGB und in den §§ 21 bis 30, 88 des Jugendgerichtsgesetzes. Die Tätigkeit der Bewährungshelfer ist landesrechtlich geregelt.

Die Führungsaufsicht hat ihre Rechtsgrundlage in §§ 68 ff. StGB, § 7 JGG.

Die Gerichtshilfe unterstützt die Staatsanwaltschaft bei Ermittlungen, die für die Bestimmung der Rechtsfolgen der Tat bedeutsam sind. Die Gerichtshilfe soll ferner zur Vorbereitung von Entscheidungen im Rahmen der Strafvollstreckung herangezogen werden (§ 160 Abs. 3, § 463 d StPO, Art. 294 EGStGB).

Mitveranschlagt sind Mittel bis zu 100,0 Tsd. € zur Verstärkung der Zusammenarbeit mit der ehrenamtlichen Straffälligenhilfe.

Weitere 140,0 Tsd. € sind für die Gruppen- und Projektarbeit sowie die ehrenamtliche Tätigkeit in der Bewährungshilfe vorgesehen.

Aus dem Ansatz können bis zu 100,0 Tsd. € für die Initiative zur Förderung der ehrenamtlichen Mitarbeit in der Bewährungshilfe bestritten werden.

Veranschlagt sind darüber hinaus:

- Reisekosten der hauptamtlichen Kräfte
- sonstige Ausgaben.

Aus dem Ansatz können zur Vermeidung besonderer Härten Billigkeitsleistungen an ehrenamtliche Bewährungshelfer in entsprechender Anwendung der Richtlinien zum Sachschadensersatz bei Staatsbediensteten gewährt werden.

2026 gegenüber 2025:

Weniger 30,0 Tsd. € zur Haushaltskonsolidierung.

Zu 04 04/533 03

In einem bundesweit neuartigen Modellprojekt wurden in Ansbach, Aschaffenburg, Augsburg, Bamberg, Coburg, Deggendorf, Dillingen, Ingolstadt, Landshut, Memmingen, München, Regensburg, Passau und Würzburg in Anlehnung an US-amerikanische Teencourts Schüलगremien eingerichtet, die mit jugendlichen Straftätern über deren Tat sprechen und anschließend eine erzieherische Maßnahme vorschlagen. Erfüllt der Beschuldigte die ihm auferlegte Maßnahme, wird dies von der Staatsanwaltschaft bei ihrer abschließenden Entscheidung zu seinen Gunsten berücksichtigt. Die Übermittlung eines Falles von der Staatsanwaltschaft an das Schüलगremium setzt voraus, dass es sich nicht um einen Fall schwerer Kriminalität handelt und der Täter geständig ist. Die Mittel werden für die Schulung der mitwirkenden Schüler und für die Vorbereitung, Begleitung und Überwachung des Projekts benötigt.

2026 gegenüber 2025:

8,3 Tsd. €	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
7,1 Tsd. €	weniger zur Haushaltskonsolidierung,
15,4 Tsd. €	weniger.

Zu 04 04/533 04

Rechtsgrundlagen sind u.a. Art. 7 Abs. 3 und 4 sowie Art. 37 des Übereinkommens über ein Einheitliches Patentgericht (EPGÜ) vom 19. Februar 2013.

2026 gegenüber 2025:

15,6 Tsd. €	weniger zur Haushaltskonsolidierung,
3,9 Tsd. €	weniger infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung,
19,5 Tsd. €	weniger.

Zu 04 04/533 07

Veranschlagt sind die Kosten für den Aufbau und Betrieb der Europäischen Staatsanwaltschaft. Aus dem Ansatz dürfen insbesondere anfallende Sachausgaben (u.a. Geschäftsbedarf, Postdienstleistungen und Reisekosten) in Zusammenhang mit dem bayerischen Zentrum bestritten werden.

Zu 04 04/533 08

2026 gegenüber 2025:

Weniger 80,0 Tsd. €. Das Vorhaben ist abgeschlossen.

Zu 04 04/545 01

Der Ansatz dient der Finanzierung von baulich-technischen Sicherungsmaßnahmen an Wohnhäusern/Wohnungen besonders gefährdeter Bediensteter. Grundlage hierfür sind die als erforderlich erachteten Empfehlungen/Vorgaben der zuständigen Sicherheitsbehörden.

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2026	2027	A	Soll 2025	
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2024	
1	2	3	4	5	C	Ist 2023	
						Tsd. €	6
546 49-8	051	Vermischte Verwaltungsausgaben	202,1	202,1	A	225,3	
					B	521,3	
					C	439,4	
547 01-3	051	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	---	***	A	---	
					B	48,7	
					C	0,8	
Ausgaben für den Schuldendienst							
575 01-8	831	Zinsen für hinterlegte Gelder	8,0	8,0	A	8,0	
					B	0,8	
					C	3,9	
Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen							
<u>631 01-0</u>	051	Erstattungen an den Bund <i>Die Ausgabebefugnis bemisst sich nach der anteiligen Isteinnahme bei 271 01.</i>	---	---	A		
632 01-9	051	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Länder <i>Einseitig deckungsfähig zu Lasten 526 29. Die Mittel sind übertragbar. Verpflichtungsermächtigung 2026 Tsd. € 1.000,0 Verpflichtungsermächtigung 2027 Tsd. € 1.000,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.227,3	1.227,3	A	1.227,3	
					B	1.497,2	
					C	1.903,5	
632 02-8	051	Erstattungen an Länder im Zusammenhang mit Ermittlungen der Europäischen Staatsanwaltschaft <i>Die Ausgabebefugnis bemisst sich nach der Isteinnahme bei 232 03.</i>	---	---	A	---	
					B	105,5	
					C	33,5	
633 01-8	051	Erstattungen an Kommunen für Mehrbelastungen im Zusammenhang mit dem Vollzug des Betreuungsorganisationsgesetzes <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	850,0	1.000,0	A	1.000,0	
					B	487,9	
					C	450,0	
681 01-9	051	Entschädigungen an Beschuldigte in Strafsachen <i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	6.211,3	6.211,3	A	6.211,3	
					B	6.740,4	
					C	6.399,2	
685 01-5	059	Zuschuss für das Projekt "Kein-Täter-werden-Bayern" <i>Gegenseitig deckungsfähig mit 04 04/686 03. Die Mittel sind übertragbar. Verpflichtungsermächtigung 2026 Tsd. € 925,0 Verpflichtungsermächtigung 2027 Tsd. € 925,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	925,0	925,0	A	925,0	
					B	504,1	
					C	509,0	
685 02-4	051	Zuschuss zum Kantinenbetrieb <i>Einseitig deckungsfähig bis zu 195,0 Tsd. € zu Lasten der HGr. 5.</i>	---	---	A	---	

Erläuterungen

Zu 04 04/546 49

Veranschlagt sind:

Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungsreisen, Kosten augenärztlicher Untersuchungen und sonstige vermischte Ausgaben.

Davon können Billigkeitsleistungen bis zu 80,0 Tsd. € sowie Auslagen aus Anlass des Besuchs von Juristen- oder Besuchergruppen zur Information über Rechtseinrichtungen in Bayern gedeckt werden.

2026 gegenüber 2025:

12,6 Tsd. €	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
10,6 Tsd. €	weniger zur Haushaltskonsolidierung,
23,2 Tsd. €	weniger.

Zu 04 04/547 01

Aufwendungen für Veranstaltungen, insbesondere nationale und internationale Konferenzen (z. B. Honorare und Reisekosten für Vortragende, sonstige Sachkosten).

Zu 04 04/575 01

Rechtsgrundlage ist das Bayerische Hinterlegungsgesetz (BayHintG).

Zu 04 04/632 01

- Der Personal- und Sachaufwand für die Zentrale Stelle zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen in Ludwigsburg wird von den Landesjustizverwaltungen nach dem Verhältnis der Einwohnerzahlen getragen.
- Die Kosten der Deutschen Richterakademie -Tagungsstätte Trier - tragen Bund und Länder je zur Hälfte. Die Anteile der einzelnen Länder (ohne Beitrittsländer) werden nach dem "Königsteiner Schlüssel" berechnet.
- Die Kosten der Deutschen Richterakademie - Tagungsstätte Wustrau - tragen Bund und Länder ebenfalls je zur Hälfte. Die Anteile der einzelnen Länder werden nach dem "Königsteiner Schlüssel" berechnet.
- Elektronische Aufenthaltsüberwachung
- Kriminologische Zentralstelle und Nationale Stelle zur Verhütung von Folter
- Europäische Staatsanwaltschaft
- PEBB§Y-Vollerhebung

	2026	2027
Veranschlagt sind:	Tsd. €	Tsd. €
zu a)	338,5	350,0
zu b)	225,0	250,0
zu c)	210,0	230,0
zu d)	50,0	50,0
zu e)	170,0	170,0
zu f)	-	-
zu g)	233,8	177,3
Zusammen	1.227,3	1.227,3

Zu 04 04/632 02

Der Ausgleich der Kosten im Zusammenhang mit Ermittlungen der in Deutschland tätigen Delegierten Europäischen Staatsanwälte bemisst sich nach einer Verwaltungsvereinbarung der Länder.

Zu 04 04/633 01

Erstattungen an Kommunen für Mehrbelastungen im Zusammenhang mit dem Vollzug des Betreuungsorganisationsgesetzes.

2026 gegenüber 2025:

Weniger 150,0 Tsd. €,

2027 gegenüber 2026:

Mehr 150,0 Tsd. € infolge Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

Zu 04 04/681 01

Rechtsgrundlagen dieser Ausgaben sind:

- Das Gesetz über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen (StrEG) und
- §§ 467, 467 a ff. StPO.

Zu 04 04/685 01

Mit den veranschlagten Mitteln wird das Programm "Kein-Täter-werden-Bayern" finanziert.

Die Träger des Programms "Kein-Täter-werden-Bayern" erzielen im Rahmen der Projektabwicklung keinerlei wirtschaftliche oder monetäre Vorteile. Da staatlicherseits ein herausragendes öffentliches Interesse daran besteht, das Projekt "Kein-Täter-werden-Bayern" extern zu betreiben, wird eine Förderung besonderer Art gewählt und auf eine Eigenbeteiligung seitens des Trägers verzichtet. Die näheren Einzelheiten hierzu werden in den Zuwendungsbescheiden festgelegt.

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2026	2027	A	Soll 2025
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2024
					C	Ist 2023
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
685 03-3	059	Zuschuss für das Projekt Childhood House München	150,0	---	A	---
686 03-2	059	Ausgaben für die Einrichtung von ambulanten Nachsorgestellen für unter Führungsaufsicht stehende entlassene Straftäter <i>Gegenseitig deckungsfähig mit 04 04/685 01. Die Mittel sind übertragbar. Verpflichtungsermächtigung 2026 Tsd. € 12.500,0 Verpflichtungsermächtigung 2027 Tsd. € 12.500,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	12.511,0	12.511,0	A	11.111,0
					B	10.106,2
					C	7.992,5

Erläuterungen

Zu 04 04/685 03

2026 gegenüber 2025:
Mehr 150,0 Tsd. €,

2027 gegenüber 2026:
Weniger 150,0 Tsd. € infolge Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

Zu 04 04/686 03

Aufgrund des Gesetzes zur Reform der Führungsaufsicht müssen faktisch ambulante Nachsorgeeinrichtungen für entlassene Sexualstraftäter betrieben werden. Mit den veranschlagten Mitteln werden die psychotherapeutischen Fachambulanzen in München, Nürnberg und Würzburg finanziell gefördert. Zusätzlich werden von den Fachambulanzen besonders gefährliche Gewaltstraftäter therapeutisch mitversorgt.

Die psychotherapeutischen Fachambulanzen werden durch die jeweiligen kirchlichen Träger aus sozialen und christlichen Motiven betrieben. Sie erzielen hierbei keinerlei wirtschaftliche oder monetäre Vorteile. Da staatlicherseits ein herausragendes öffentliches Interesse daran besteht, spezialisierte ambulante Nachsorgeeinrichtungen für unter Führungsaufsicht stehende Sexualstraftäter/Gewaltstraftäter extern zu betreiben, wird eine Förderung besonderer Art gewählt und auf eine Eigenbeteiligung seitens der kirchlichen Träger verzichtet. Die näheren Einzelheiten hierzu werden in den Zuwendungsbescheiden festgelegt.

2026 gegenüber 2025:
Mehr 1.400,0 Tsd. € infolge des voraussichtlichen Bedarfs.

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2026	2027	A	Soll 2025
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2024
1	2	3	4	5	C	Ist 2023
						Tsd. €
						6
		Baumaßnahmen				
701 01-5	051	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	13.564,0	13.564,0	A	14.764,0
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2026 Tsd. € 18.000,0</i>			B	13.684,9
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2027 Tsd. € 18.000,0</i>			C	9.347,3
		<i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2026 in Höhe von 18.000,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i>				
		<i>2027 bis 2028 jährlich Tsd. € 9.000,0</i>				
		<i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2027 in Höhe von 18.000,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i>				
		<i>2028 bis 2029 jährlich Tsd. € 9.000,0</i>				

Erläuterungen**Zu 04 04/701 01**

	2026	2027
	Tsd. €	Tsd. €
1. Amtsgericht Erding, Münchener Straße 27, Brandschutzmaßnahmen und Erneuerung der Lüftungsanlagen	620,0	500,0
2. Amtsgericht Deggendorf, Amanstraße 17, Umsetzung des Sicherheits- und des Brandschutzkonzeptes	280,0	800,0
3. Amtsgericht Ingolstadt, Neubaustraße 8, Brandschutzmaßnahmen	500,0	-
4. Amtsgericht Ingolstadt, Harderstraße 6, Brandschutzmaßnahmen	1.000,0	500,0
5. Amtsgericht Miesbach, Rosenheimer Straße 16, Dachsanierung Hauptgebäude	500,0	-
6. Amtsgericht Passau, Schusterstraße 4, 6 und 8, Errichtung einer Sicherheitsschleuse im Eingangsbereich	355,0	-
7. Amtsgericht Passau, Heilig-Geist-Gasse 11, Erneuerung Aufzugsanlage	90,0	-
8. Amtsgericht Rosenheim, Hofberg 5, Bad Aibling, Umsetzung des Brandschutzkonzeptes	520,0	-
9. Landgericht Augsburg, Am Alten Einlaß 1, Sanierung der Toiletten, Einbau von Teeküchen, Sanierung der Wasserleitungen	500,0	500,0
10. Landgericht Augsburg, Gögginger Straße 101, Austausch Sonnenschutzanlage	270,0	-
11. Amtsgericht Freising, Domberg 20, Erneuerung der Brandschutztüren	100,0	280,0
12. Amtsgericht Passau, Heilig-Geist-Gasse 11, Erneuerung der Brandmeldeanlage	-	30,0
13. Landgericht Augsburg, Gögginger Straße 101, Beseitigung von Brandschutzmängeln	100,0	50,0
14. Landgericht Augsburg, Gögginger Straße 101, Kanalsanierung	100,0	40,0
15. Landgericht Augsburg, Am Alten Einlaß 1, Beseitigung von Brandschutzmängeln	-	120,0
16. Amtsgericht München, Infanteriestraße 5, Umsetzung des Brandschutzkonzeptes	100,0	200,0
17. Amtsgericht Ingolstadt, Neubaustraße 8, Austausch der Fenster	-	500,0
18. Amtsgericht Pfaffenhofen a.d. Ilm, Ingolstädter Straße 45, Beseitigung von Brandschutzmängeln	120,0	180,0
19. Amtsgericht Rosenheim, Hofberg 5, Bad Aibling, Dachsanierung	-	100,0
20. Amtsgericht Viechtach, Mönchshofstraße 29, Ertüchtigung und Renovierung der Sitzungssäle	-	100,0
21. Amtsgericht Landsberg am Lech, Lechstraße 7, Austausch der Fenster	100,0	500,0
22. Landgericht Kempten, Residenzplatz 4-6, Sanierung der WC-Anlagen im Ostflügel	150,0	350,0
23. Amtsgericht Sonthofen, Prinz-Luitpold-Straße 2, Sanierung der Fenster im Altbau	-	175,0

Erläuterungen

	2026 Tsd. €	2027 Tsd. €
24. Landgericht Augsburg, Gögginger Straße 101, Trennung des Löschwasser- und des Trinkwassernetzes	-	100,0
25. Amtsgericht Starnberg, Otto-Gaßner-Straße 2, Austausch der Verglasung im Pfortenbereich	-	50,0
26. Amtsgericht Starnberg, Otto-Gaßner-Straße 2, Umbau der Eingangskontrolle	-	25,0
27. Landgericht Passau, Zengergasse 1, Sanierung der WC-Anlagen	-	30,0
28. Amtsgericht Starnberg, Otto-Gaßner-Straße 2, Erneuerung des Blechdachs des Hauptgebäudes	-	150,0
29. Landgericht Kempten, Residenzplatz 4-6, Sanierung und sicherheitstechnische Ertüchtigung des Schwurgerichtssaals	300,0	400,0
30. Landgericht Augsburg, Fuggerstraße 62, Schwabmünchen, Erneuerung der Dacheindeckung und des außenliegenden Sonnenschutzes	100,0	250,0
31. Amtsgericht Freyung, Bahnhofstraße 15, Erneuerung der Stützmauer	150,0	-
32. Amtsgericht Passau, Schustergasse 4, 6, 8, Installation einer elektronischen Schließanlage	50,0	70,0
33. Amtsgericht Miesbach, Rosenheimer Straße 16, Erneuerung des Heizkessels und der Heizkörper	50,0	-
34. Amtsgericht Weilheim, Alpenstraße 16, Errichtung eines anwaltlichen Beratungszimmers	50,0	-
35. Landgericht Traunstein, Herzog-Otto-Straße 1, Kanalsanierung	177,0	182,0
36. Amtsgericht Fürth, Hallstraße 1, Brandschutzmaßnahmen	169,2	84,2
37. Landgericht Regensburg, Augustenstraße 3 und Kumpfmühler Straße 4, Sanierung der WC-Anlagen	800,0	120,0
38. Landgericht Weiden i.d.OPf., Ledererstraße 9, Umgestaltung des Parkplatzes	250,0	165,0
39. Amtsgericht Straubing, Kolbstraße 7 und 11, Kanal- und Hofsanierung	600,0	400,0
40. Amtsgericht Schwabach, Weißenburger Straße 8, Kanalsanierung	100,0	-
41. Oberlandesgericht Nürnberg, Fürther Straße 110, Kanalsanierung	600,0	1.000,0
42. Amtsgericht Neustadt a.d.Aisch, Bamberger Straße 28, Umstellung der Beleuchtung auf LED, Einbau Brandwarnanlage, Installation einer Videoüberwachung	450,0	-
43. Amtsgericht Fürth, Hallstraße 1, Aufstockung des Neubaus	50,0	800,0
44. Amtsgericht Ansbach, Promenade 8, Instandsetzung der Sitzungssäle und Erneuerung der Glasfassade	500,0	1.100,0
45. Amtsgericht Kelheim, Klosterstraße 6, Statische Dachsanierung	150,0	400,0
46. Bayerische Justizakademie Pegnitz, Dr. Heinrich-Dittrich-Allee 24, Fassadensanierung	500,0	750,0
47. Amtsgericht Kulmbach, Kohlenbachstraße 10, Dach- und Fenstersanierung	500,0	750,0
48. Amtsgericht Obernburg a. Main, Römerstraße 80, Dachsanierung	500,0	632,8
49. Landgericht Coburg, Heiligkreuzstraße 22, Umsetzung des Brandschutzkonzeptes	500,0	280,0
50. Amtsgericht Bamberg, Synagogenplatz 1, Sanierung des Kühlturms	350,0	-
51. Landgericht Coburg, Ketschendorfer Straße 1, Sanierung der Lüftungsanlage	362,8	-
Maßnahmen im Zuge "Bayern barrierefrei"		
52. Amtsgericht Erding, Münchener Straße 27, barrierefreie Erschließung	500,0	600,0
53. Amtsgericht Nürnberg, Flaschenhofstraße 35, Umgestaltung Eingangsbereich mit Schaffung eines barrierefreien Zugangs zum Bürgerservice Justiz	400,0	-
54. Oberlandesgericht Bamberg, Hainstraße 16, Verbesserung der Barrierefreiheit	-	300,0
Zusammen	13.564,0	13.564,0

2026 gegenüber 2025:

Weniger 1.200,0 Tsd. € infolge Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2026	2027	A	Soll 2025
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2024
1	2	3	4	5	C	Ist 2023
						Tsd. €
						6
710 00-5	051	Staatliche Hochbaumaßnahmen (siehe Anlage S) <i>Verpflichtungsermächtigung 2026 Tsd. €</i> 14.250,0 <i>Verpflichtungsermächtigung 2027 Tsd. €</i> 22.050,0 <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	31.850,0	27.000,0	A	50.000,0
					B	63.714,8
					C	70.018,7
		Sonstige Sachinvestitionen				
811 01-2	051	Erwerb von Dienstfahrzeugen	---	---	A	---
					B	109,0
					C	56,7
812 01-1	051	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungs- gegenständen <i>Verpflichtungsermächtigung 2026 Tsd. €</i> 3.000,0 <i>Verpflichtungsermächtigung 2027 Tsd. €</i> 3.000,0 <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	4.934,7	4.934,7	A	5.500,0
					B	2.420,4
					C	2.736,8
812 14-6	051	Teilneuausstattung Justizbehörden Nürnberg <i>Verpflichtungsermächtigung 2026 Tsd. €</i> 200,0 <i>Verpflichtungsermächtigung 2027 Tsd. €</i> 200,0 <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	224,3	224,3	A	250,0
					B	442,8
					C	596,3
812 15-5	051	Erwerb von verwaltungseigenen Fernmeldeanlagen, soweit die Ausgaben nicht zu den Baukosten gehören <i>Verpflichtungsermächtigung 2026 Tsd. €</i> 5.400,0 <i>Verpflichtungsermächtigung 2027 Tsd. €</i> 5.400,0 <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	5.415,0	5.415,0	A	5.700,0
					B	8.279,9
					C	5.716,0
812 21-7	051	Teilneu- und Ergänzungsausstattung Amtsgericht Haßfurt	---	***	A	---
812 24-4	051	Erst- und Neuausstattung des Strafjustizzentrums München	1.750,0	---	A	5.000,0
812 25-3	051	Teilneuausstattung Justizbehörden München <i>Verpflichtungsermächtigung 2026 Tsd. €</i> 500,0 <i>Verpflichtungsermächtigung 2027 Tsd. €</i> 500,0 <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	701,7	701,7	A	782,0
					B	634,0
					C	606,3
812 26-2	051	Erst- und Neuausstattung des Strafjustizzentrums München	***	***	A	---
					B	315,4
812 28-0	051	Teilneuausstattung der Gerichte und Justizbehörden in Kempten (Allgäu)	---	***	A	---
					B	370,8
812 30-6	051	Ausstattung der Gerichte und Justizbehörden mit Videovernehmungs- und -konferenzanlagen <i>Verpflichtungsermächtigung 2026 Tsd. €</i> 3.000,0 <i>Verpflichtungsermächtigung 2027 Tsd. €</i> 3.000,0 <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	3.112,5	3.112,5	A	2.750,0
					B	2.757,7
					C	2.880,0

Erläuterungen

Zu 04 04/812 01

Veranschlagt sind Ausgaben für Maschinen und Geräte sowie für Ausstattungsmaßnahmen geringeren Umfanges.

	2026	2027
	Tsd. €	Tsd. €
1. Arbeitsplatzausstattung (Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen)	2.170,5	2.170,5
2. Zeiterfassungsanlagen (insbes. Erweiterung und Ergänzung der BayZeit-Anlagen)	17,1	17,1
3. Diktier- und Wiedergabegeräte	190,3	190,3
4. Maschinen und Geräte (insbes. für den Bürobetrieb und die Hausbewirtschaftung)	801,1	801,1
5. Registratureinrichtungen	1.295,7	1.295,7
6. Sonstige Ausstattungen	460,0	460,0
Zusammen	<u>4.934,7</u>	<u>4.934,7</u>

2026 gegenüber 2025:

305,6 Tsd. €	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
<u>259,7 Tsd. €</u>	weniger zur Haushaltskonsolidierung,
565,3 Tsd. €	weniger.

Zu 04 04/812 14

Kosten der Maßnahme	Tsd. €
Bis einschließlich 2025 bewilligt	10.428,8
Haushaltsbetrag 2026	9.980,2
Haushaltsbetrag 2027	224,3
	224,3

2026 gegenüber 2025:

13,9 Tsd. €	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
<u>11,8 Tsd. €</u>	weniger zur Haushaltskonsolidierung,
25,7 Tsd. €	weniger.

Zu 04 04/812 15

2026 gegenüber 2025:

Weniger 285,0 Tsd. € zur Haushaltskonsolidierung.

Zu 04 04/812 24

2026 gegenüber 2025:

250,0 Tsd. €	weniger zur Haushaltskonsolidierung,
<u>3.000,0 Tsd. €</u>	weniger infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung,
3.250,0 Tsd. €	weniger.

2027 gegenüber 2026:

Weniger 1.750,0 Tsd. €. Das Vorhaben ist abgeschlossen.

Zu 04 04/812 25

Kosten der Maßnahme	Tsd. €
Bis einschließlich 2025 bewilligt	18.651,9
Haushaltsbetrag 2026	17.248,5
Haushaltsbetrag 2027	701,7
	701,7

2026 gegenüber 2025:

43,4 Tsd. €	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
<u>36,9 Tsd. €</u>	weniger zur Haushaltskonsolidierung,
80,3 Tsd. €	weniger.

Zu 04 04/812 30

2026 gegenüber 2025:

137,5 Tsd. €	weniger zur Haushaltskonsolidierung,
<u>500,0 Tsd. €</u>	mehr wegen zusätzlichen Bedarfs,
362,5 Tsd. €	mehr.

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2026	2027	A	Soll 2025
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2024
1	2	3	4	5	C	Ist 2023
						Tsd. €
812 31-5	051	Ausstattung der Gerichte und Staatsanwaltschaften mit technischen Sicherheitseinrichtungen <i>Verpflichtungsermächtigung 2026 Tsd. € 1.450,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2027 Tsd. € 1.450,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	4.301,0	4.301,0	A	1.950,0
					B	686,2
					C	762,7
812 33-3	051	Teilneu- und Ergänzungsausstattung Bayerische Justizakademie Pegnitz	13,0	13,0	A	120,0
					B	26,2
					C	15,2
812 37-9	051	Teilneu- und Ergänzungsausstattung Amtsgericht Kaufbeuren	---	***	A	---
					B	331,5
					C	20,1
812 40-4	051	Teilneu- und Ergänzungsausstattung Justizbehörden Landshut <i>Verpflichtungsermächtigung 2026 Tsd. € 150,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2027 Tsd. € 150,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	179,5	179,5	A	200,0
					B	83,4
					C	109,3
812 41-3	051	Teilneu- und Ergänzungsausstattung der Justizbehörden Schweinfurt	---	---	A	---
					B	55,9
812 42-2	051	Teilneu- und Ergänzungsausstattung der Staatsanwaltschaft Bamberg	---	***	A	---

Erläuterungen

Zu 04 04/812 31

Auf die wachsende Bedrohung durch Terroristen, die Zunahme der organisierten Kriminalität und die steigende Gewaltbereitschaft in der Gesellschaft muss auch bei den Gerichtsgebäuden durch eine Verbesserung der Sicherheit reagiert werden. Mit den veranschlagten Ausgabemitteln können zusätzliche technische Sicherheitsmaßnahmen (z.B. Zugangs- und Fassadenüberwachungen, Gepäckdurchleuchtungsanlagen, Notrufeinrichtungen) beschafft werden.

2026 gegenüber 2025:

54,2 Tsd. €	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
94,8 Tsd. €	weniger zur Haushaltskonsolidierung,
2.500,0 Tsd. €	mehr infolge haushaltsneutraler Umschichtung aus 04 05/812 48 i. H. v. 1.500,0 Tsd. € und 04 05/812 49 i. H. v. 1.000,0 Tsd. €,
<u>2.351,0 Tsd. €</u>	mehr.

Zu 04 04/812 33

2026 gegenüber 2025:

1,1 Tsd. €	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
5,9 Tsd. €	weniger zur Haushaltskonsolidierung,
100,0 Tsd. €	weniger infolge Anpassung an den Bedarf,
<u>107,0 Tsd. €</u>	weniger.

Zu 04 04/812 40

	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	1.359,0
Bis einschließlich 2025 bewilligt	1.000,0
Haushaltsbetrag 2026	179,5
Haushaltsbetrag 2027	179,5

2026 gegenüber 2025:

11,1 Tsd. €	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
9,4 Tsd. €	weniger zur Haushaltskonsolidierung,
<u>20,5 Tsd. €</u>	weniger.

Zu 04 04/812 41

Im Zusammenhang mit der bei 742 01 veranschlagten Hochbaumaßnahme sind Teilneu- und Ergänzungsausstattungen erforderlich.

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2026 Tsd. €	2027 Tsd. €	A B C	Soll 2025 Ist 2024 Ist 2023 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
Titelgruppen						
99 Kosten der Datenverarbeitung						
<i>Für neue IT-Verfahren und wesentliche Kapazitäts- und Qualitätsausweitungen kann aus den Titeln der TG bei den Kapiteln 06 04 und 06 21 die Titelgruppe 60 verstärkt werden. Für das Scannen der Personalbestandsakten im Rahmen des Projekts DiPA-PRO kann ab dem Jahr 2027 aus den Titeln der TG die Titelgruppe 99 bei Kap. 06 05 verstärkt werden. Vgl. Vermerk bei Tit. 231 02.</i>						
428 99-0	051	Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer	---	---	A B	--- 43,1

Erläuterungen

Zu 04 04/99

In folgenden Bereichen der bayerischen Gerichte und Staatsanwaltschaften werden Aufgaben mit Hilfe der IT erledigt oder durch IT unterstützt:

- Beitreibung von Geldstrafen und -bußen (EDV-Geldstrafenvollstreckung),
- Verfahren der Insolvenzgerichte (forumSTAR-Insolvenz),
- Verfahren der Strafgerichte (forumSTAR-Straf),
- Strafsachen bei den Staatsanwaltschaften (web.sta, Textverarbeitung TV-StA),
- Vollstreckung der Erziehungshafenanträge der Zentralen Bußgeldstelle,
- Zentrale Vollzugsdatei,
- Grundbuchführung (SolumSTAR, SolumWEB, SolumCOST),
- Entwicklung eines bundeseinheitlichen Datenbankgrundbuches (dabag),
- Integriertes Haushaltsverfahren (IHV),
- Personal- und Stellenverwaltung in der staatlichen Verwaltung (VIVA),
- Kassenbuchführung und Kosteneinzahlung bei der Landesjustizkasse Bamberg (IHV, KABU und EDV-Kosteneinzahlung),
- Kostenberechnung (SKostS, forumSTAR),
- Justizverwaltung (Justizverwaltungsportal, Bildungsmanager, eGovSuite Bayern),
- Einholung von Auskünften aus den juristischen Informationssystemen Datenbank BAYERN-RECHT (beck), beck-online, JURIS und Wolters Kluwer,
- Einholung von Auskünften bei zentralen Registern durch die Gerichtsvollzieher,
- Vollstreckungsportal der Länder,
- Verfahren bei den Zivil-, Familien-, Vollstreckungsgerichten sowie in FamFG-Angelegenheiten (forumSTAR),
- Führung des Handels-, Genossenschafts-, Partnerschafts- und Vereinsregisters (RegisSTAR), elektronischer Rechtsverkehr bei den Registergerichten,
- Automatisiertes Mahnverfahren (AUGEMA),
- Rechtsreferendarverwaltung (JUSTA),
- Bewährungshilfe (SoPart),
- E-Akten-Führung (elektronisches Integrationsportal eIP),
- Elektronischer Rechtsverkehr (elektronisches Kommunikationsplattform eKP),
- E-Justice-Basisdienst Scannen,
- Übermittlung und Einsichtnahme bei elektronischen Akten (Akteneinsichtportal, Justizportal Bayern),
- Entwicklung eines bundeseinheitlichen gemeinsamen Fachverfahrens (GeFa),
- BayernWLAN,
- Telefonie und Unified Communication,
- Videokonferenz und -vernehmung,
- E-Justice-Sitzungssaalausstattung,
- Zentralstelle Cybercrime Bayern (ZCB),
- Zentralstelle zur Bekämpfung von Betrug und Korruption im Gesundheitswesen (ZKG),
- Erprobung des Einsatzes von innovativen Softwarelösungen (LegalTech) und von künstlicher Intelligenz in der Justiz,
- IT-Sicherheit,
- Informationssicherheitsmanagement,
- IT-Datenschutz.

Die strategische Lenkung und Koordinierung der IT-Angelegenheiten des StMJ sowie der Gerichte und Staatsanwaltschaften wird von der Abteilung H (Digitalisierung und Innovation) wahrgenommen. Die operativen Arbeiten in IT-Angelegenheiten erledigen Bedienstete der Justizverwaltung, soweit nicht andere staatliche Stellen oder externe Firmen in Anspruch genommen werden. Zuständig ist das IT-Servicezentrum der bayerischen Justiz beim Präsidenten des Oberlandesgerichts Nürnberg. Für das IT-Servicezentrum der bayerischen Justiz waren Ende 2024 insgesamt 395,02 Stellen vorgesehen; eingesetzt wurden 371,86 AKA. Ferner sind im jeweiligen Zuständigkeitsbereich die Landesjustizkasse Bamberg sowie das Zentrale Mahngericht bei dem Amtsgericht Coburg mit Aufgaben der elektronischen Datenverarbeitung betraut.

Die an das Landesamt für Steuern - Rechenzentrum Nord (RZ Nord) und das Landesamt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung (IT-Dienstleistungszentrum Bayern) nach dem Verursacherprinzip zu zahlenden Verwaltungskosten sind in der Aufstellung bei TG 99 enthalten und wurden mit dem zuständigen Rechenzentrum abgestimmt.

Zu 04 04/428 99

Um qualifizierte Fachkräfte für den IuK-Bereich zu gewinnen, wird zu Lasten der Mittel der TG 99 die Beschäftigung von befristeten Arbeitnehmern zur Durchführung von EDV-Projekten zugelassen.

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2026	2027	A	Soll 2025
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2024
1	2	3	4	5	C	Ist 2023
						Tsd. €
						6
511 99-8	051	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten <i>Verpflichtungsermächtigung 2026 Tsd. € 35.825,0</i> <i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2026 in Höhe von 35.825,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i> <i>2027 Tsd. € 5.925,0</i> <i>2028 Tsd. € 5.700,0</i> <i>2029 Tsd. € 5.900,0</i> <i>2030 Tsd. € 6.100,0</i> <i>2031 Tsd. € 12.200,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2027 Tsd. € 425,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	44.429,8	44.429,8	A	46.768,2
					B	24.148,8
					C	10.208,6
514 99-5	051	Verbrauchsmittel	44,7	44,7	A	47,0
518 99-1	051	Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen sowie für Software	1.493,4	1.493,4	A	2.132,0
					B	2.050,9
					C	2.050,9
519 99-0	051	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen <i>Verpflichtungsermächtigung 2026 Tsd. € 1.700,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2027 Tsd. € 1.700,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.719,5	1.719,5	A	1.250,0
					B	1.381,8
					C	674,2
525 99-2	051	Aus- und Fortbildung	111,8	111,8	A	124,6
					C	0,0
526 99-1	051	Ausgaben für Sachverständige <i>Verpflichtungsermächtigung 2026 Tsd. € 258.668,0</i> <i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2026 in Höhe von 258.668,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i> <i>2027 Tsd. € 39.617,0</i> <i>2028 Tsd. € 41.417,0</i> <i>2029 Tsd. € 42.617,0</i> <i>2030 Tsd. € 43.817,0</i> <i>2031 Tsd. € 91.200,0</i>	47.954,2	47.594,2	A	46.151,8
					B	67.229,3
					C	44.385,9
533 99-2	051	Nebenkosten der Datenverarbeitung	231,8	231,8	A	244,0
534 99-1	051	Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung und Ähnliche <i>Verpflichtungsermächtigung 2026 Tsd. € 11.038,4</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2027 Tsd. € 1.490,0</i> <i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2026 in Höhe von 11.038,4 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i> <i>2027 Tsd. € 3.652,2</i> <i>2028 Tsd. € 3.149,6</i> <i>2029 Tsd. € 1.949,6</i> <i>2030 Tsd. € 1.849,6</i> <i>2031 Tsd. € 437,4</i> <i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2027 in Höhe von 1.490,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i> <i>2028 Tsd. € 1.290,0</i> <i>2029 Tsd. € 200,0</i>	22.354,5	22.244,5	A	23.415,3
					B	9.652,4
					C	10.741,9

Erläuterungen

	2026	2027
	Tsd. €	Tsd. €
Zu 04 04/511 99		
1. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	33.479,8	33.479,8
2. EDV-Leitungsmieten und laufende Fernmeldekosten	5.500,0	5.500,0
3. Mieten und Wartung	5.450,0	5.450,0
4. Bücher und Zeitschriften	-	-
5. Sonstiges	-	-
Zusammen	44.429,8	44.429,8

2026 gegenüber 2025:
Weniger 2.338,4 Tsd. € zur Haushaltskonsolidierung.

Zu 04 04/518 99

2026 gegenüber 2025:
 532,0 Tsd. € weniger infolge Anpassung an die zu erwartende Ausgabeentwicklung,
 106,6 Tsd. € weniger zur Haushaltskonsolidierung,
 638,6 Tsd. € weniger.

Zu 04 04/519 99

2026 gegenüber 2025:
 62,5 Tsd. € weniger zur Haushaltskonsolidierung,
 532,0 Tsd. € mehr infolge Investition in die IT-Infrastruktur von Gerichtsgebäuden,
 469,5 Tsd. € mehr.

Zu 04 04/525 99

2026 gegenüber 2025:
 6,9 Tsd. € weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
 5,9 Tsd. € weniger zur Haushaltskonsolidierung,
 12,8 Tsd. € weniger.

Zu 04 04/526 99

2026 gegenüber 2025:
 2.307,6 Tsd. € weniger zur Haushaltskonsolidierung,
 4.000,0 Tsd. € mehr infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabenentwicklung,
 110,0 Tsd. € mehr entsprechend Landtags-Änderungsantrag Drs. 19/10876,
 1.802,4 Tsd. € mehr.

2027 gegenüber 2026:
 250,0 Tsd. € weniger infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung,
 110,0 Tsd. € weniger entsprechend Landtags-Änderungsantrag Drs. 19/10876,
 360,0 Tsd. € weniger.

Zu 04 04/533 99

2026 gegenüber 2025:
Weniger 12,2 Tsd. € zur Haushaltskonsolidierung.

Zu 04 04/534 99

	2026	2027
	Tsd. €	Tsd. €
1. Datenerfassung u. Programmierung durch Dritte	2.810,0	2.810,0
2. Softwareentwicklung durch Dritte	19.544,5	19.434,5
3. Sonstiges	-	-
Zusammen	22.354,5	22.244,5

2026 gegenüber 2025:
 1.170,8 Tsd. € weniger zur Haushaltskonsolidierung,
 110,0 Tsd. € mehr entsprechend Landtags-Änderungsantrag Drs. 19/10877,
 1.060,8 Tsd. € weniger.

2027 gegenüber 2026:
Weniger 110,0 Tsd. € entsprechend Landtags-Änderungsantrag Drs. 19/10877.

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2026	2027	A	Soll 2025
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2024
1	2	3	4	5	C	Ist 2023
						Tsd. €
						6
632 99-2	051	Erstattungen zur Finanzierung von länderübergreifenden EDV-Projekten (u.a. bundeseinheitliches Datenbankgrundbuch) <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Mehreinnahme bei Tit. 232 02.</i> <i>Einseitig deckungsfähig zu Lasten der Titel der TG.</i> <i>Die Mittel sind übertragbar.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2026 Tsd. € 2.900,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2027 Tsd. € 2.900,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	2.902,8	2.902,8	A	2.902,8
					B	3.751,2
					C	5.616,5
686 99-7	059	Zuschüsse und sonstige Ausgaben für Projekte und Initiativen zur Förderung von Vorgründern, Start-ups und Gründern im Legal-Tech Bereich <i>Einseitig deckungsfähig zu Lasten der Titel der TG.</i> <i>Die Mittel sind übertragbar.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2026 Tsd. € 1.500,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2027 Tsd. € 1.500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	---	---	A	---
					B	934,0
					C	935,5
812 99-4	051	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software <i>Verpflichtungsermächtigung 2026 Tsd. € 45.480,0</i> <i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2026 in Höhe von 45.480,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i> <i>2027 Tsd. € 6.200,0</i> <i>2028 Tsd. € 6.240,0</i> <i>2029 Tsd. € 6.961,0</i> <i>2030 Tsd. € 7.768,0</i> <i>2031 Tsd. € 18.311,0</i>	27.996,7	27.996,7	A	24.431,4
					B	29.823,8
					C	48.211,2
Summe der Titelgruppe			149.239,2	148.769,2	A	147.467,1
					B	139.015,3
					C	122.824,5
Gesamtausgaben			1.963.219,1	1.970.485,2	A	1.918.999,6
					B	1.862.419,9
					C	1.804.165,6

Erläuterungen

Zu 04 04/632 99

Die Landesjustizverwaltungen haben sich im Rahmen der Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung darauf verständigt, Fachanwendungen gemeinsam zu entwickeln, zu beschaffen und einzusetzen. Dies betrifft derzeit die Fachverfahren forumSTAR, SolumSTAR, web.sta, RegisSTAR, eIP, eKP, EDV-Kosteneinzahlung, AUGEMA, SoPart, Justizverwaltungsportal, AuRegis, bundeseinheitliches Datenbankgrundbuch und Gemeinsames Fachverfahren.

	2026	2027
	Tsd. €	Tsd. €
EDV-Mahnverfahren (AUGEMA) durch die Landesjustizverwaltung, Europäisches Mahnverfahren	568,0	568,0
Länderportal Internetveröffentlichungen	320,0	320,0
Justiz-Auktionsplattform	51,0	51,0
Bundesweite Einführung elektronischer Rechtsverkehr und elektronische Akte	446,8	446,8
Länderübergreifendes Vollstreckungsportal	280,0	280,0
Justizportal	430,0	430,0
Informationsserver JUMIKO	3,2	3,2
Zentrales Schutzschriftenregister (ZSSR)	292,0	292,0
Registerportal	310,0	310,0
Anbindung an das bundesweite Akteneinsichtportal	40,0	40,0
Elektronische Auskünfte für Gerichtsvollzieher bei zentralen Registern	36,8	36,8
Programm Digitaler Austausch Polizei/Justiz	125,0	125,0
Zusammen	2.902,8	2.902,8

Zu 04 04/686 99

Staatlich gefördert werden Projekte und Einrichtungen zur Unterstützung von Vorgründern, Start-ups und Gründern im Legal-Tech Bereich und zur Entwicklung innovativer (technologischer) Lösungen. Es werden u. a. Infrastrukturen, Mentoren und Stipendien zur Verfügung gestellt.

Zu 04 04/812 99

	2026	2027
	Tsd. €	Tsd. €
1. Zentraleinheiten	16.886,7	16.886,7
2. Peripheriegeräte	6.850,0	6.850,0
3. Datenträger	40,0	40,0
4. Erwerb von Software	3.150,0	3.150,0
5. Geräte und Einrichtungsgegenstände für Zwecke des Datenschutzes und der Datensicherheit	1.070,0	1.270,0
Zusammen	27.996,7	27.996,7

2026 gegenüber 2025:

1.221,6 Tsd. €	weniger zur Haushaltskonsolidierung,
4.786,9 Tsd. €	mehr für Erneuerung von Server- und Netzwerkkomponenten sowie Modernisierungen im Rechenzentrum,
3.565,3 Tsd. €	mehr.

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2026	2027	A	Soll 2025
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2024
1	2	3	4	5	C	Ist 2023
						Tsd. €
		Abschluss				
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	1.414.907,3	1.414.942,5	A	1.401.872,0
					B	1.215.199,5
					C	1.242.453,2
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	4.530,0	4.530,0	A	4.530,0
					B	3.429,9
					C	3.225,0
		Gesamteinnahmen	1.419.437,3	1.419.472,5	A	1.406.402,0
					B	1.218.629,4
					C	1.245.678,2
		Personalausgaben	1.039.179,8	1.054.715,9	A	995.207,7
					B	969.570,3
					C	951.405,5
		Sächliche Verwaltungsausgaben	805.211,5	803.541,5	A	788.959,1
					B	744.985,7
					C	687.840,0
		Ausgaben für den Schuldendienst	8,0	8,0	A	8,0
					B	0,8
					C	3,9
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	24.777,4	24.777,4	A	23.377,4
					B	24.126,5
					C	23.839,7
		Baumaßnahmen	45.414,0	40.564,0	A	64.764,0
					B	77.399,7
					C	79.366,0
		Sonstige Sachinvestitionen	48.628,4	46.878,4	A	46.683,4
					B	46.336,9
					C	61.710,5
		Gesamtausgaben	1.963.219,1	1.970.485,2	A	1.918.999,6
					B	1.862.419,9
					C	1.804.165,6
		Zuschuss	543.781,8	551.012,7	A	512.597,6
					B	643.790,5
					C	558.487,4

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2026	2027	A	Soll 2025
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2024
1	2	3	4	5	C	Ist 2023
						Tsd. €
						6
		Einnahmen				
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen				
111 01-6	056	Gebühren, Beiträge, tarifliche und gebührenartige Entgelte	7,5	7,5	A	7,5
					B	3,0
					C	1,7
111 02-5	056	Haftkostenbeiträge	230,0	230,0	A	230,0
					B	200,3
					C	215,3
112 01-5	056	Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungsgelder	0,5	0,5	A	0,5
					B	0,2
					C	3,3
119 11-6	056	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen	23,0	23,0	A	23,0
					B	41,7
					C	12,2
119 49-2	056	Vermischte Einnahmen	1.000,0	1.000,0	A	1.000,0
					B	1.354,9
					C	912,5
124 01-1	056	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	2.200,0	2.200,0	A	2.050,0
					B	2.128,8
					C	2.150,8
125 01-0	056	Einnahmen der Arbeitsverwaltung der Justizvollzugsanstalten <i>Mehreinnahmen erhöhen die Ausgabebefugnis bei Kap. 04 05 TG 72 zu 100 %.</i> <i>Für die in der Bekanntmachung über den Bezug von Leistungen der Arbeitsbetriebe und den Arbeitseinsatz von Gefangenen und Sicherungsverwahrten in der jeweils geltenden Fassung genannten Bezugsberechtigten dürfen Leistungen nach näherer Maßgabe dieser Bekanntmachung verbilligt erbracht werden.</i>	37.000,0	37.000,0	A	35.000,0
					B	34.261,7
					C	34.680,9
125 02-9	056	Einnahmen aus der Verpflegung des Personals der Justizvollzugsanstalten <i>Vgl. Vermerk zu 514 21.</i>	600,0	600,0	A	570,0
					B	683,7
					C	540,1
129 05-2	056	Energieeinspeisevergütungen	800,0	800,0	A	800,0
					B	571,9
					C	849,9
<u>129 06-1</u>	056	Einnahmen aus der Abgabe von Ladestrom	36,8	73,5	A	
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen				
231 01-1	056	Erstattung von Verwaltungsausgaben vom Bund	1.300,0	1.300,0	A	1.300,0
					B	726,3
					C	268,3
232 01-0	056	Erstattung von Verwaltungsausgaben von Ländern	20,0	20,0	A	20,0
					B	36,8
					C	11,6
235 01-7	056	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit für Ausbildungsmaßnahmen <i>Vgl. Vermerk zu 04 05/533 72.</i>	---	---	A	---
					B	128,6
					C	124,2

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 04 05

In den Justizvollzugsanstalten werden die von Gerichten im Bundesgebiet verhängten Freiheitsstrafen vollstreckt sowie die Untersuchungshaft vollzogen. Rechtsgrundlagen: Bayerisches Strafvollzugsgesetz vom 10. Dezember 2007 (GVBI S. 866), Bayerisches Untersuchungshaftvollzugsgesetz - BayUVollzG vom 20. Dezember 2011 (GVBI S. 678), in den jeweils geltenden Fassungen.

Zu 04 05/111 01 bis 125 02

Den veranschlagten Beträgen liegt die Einnahmeentwicklung der Vorjahre zugrunde.

Zu 04 05/111 01

Eintrittsgebühren für die Besichtigung des Kaisersaales in der Justizvollzugsanstalt Ebrach.

Zu 04 05/111 02

Veranschlagt sind die an den Freistaat Bayern aufgrund von Art. 49 BayStVollzG von Gefangenen zu zahlenden Haftkostenbeiträge.

Zu 04 05/124 01

	2026	2027
	Tsd. €	Tsd. €
Einnahmen aus Dienst- und Werkdienstwohnungen (einschl. der Kostenbeiträge für Beleuchtung, Feuerung, Heizung, Wasser und dgl.)	1.940,0	1.940,0
Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, Gebäuden, Wohnungen u. dgl.	100,0	100,0
Einnahmen für die Nutzung verwaltungseigener Geräte	40,0	40,0
Sonstige Einnahmen	120,0	120,0
Zusammen	<u>2.200,0</u>	<u>2.200,0</u>

2026 gegenüber 2025:

Mehr 150,0 Tsd. € wegen Anpassung an die voraussichtliche Einnahmeentwicklung.

Zu 04 05/125 01

Vgl. 04 05/TG 72 (Ausgaben).

2026 gegenüber 2025:

Mehr 2.000,0 Tsd. € wegen Anpassung an die voraussichtliche Einnahmeentwicklung.

Zu 04 05/125 02

Vgl. 04 05/514 21.

2026 gegenüber 2025:

Mehr 30,0 Tsd. € wegen Anpassung an die voraussichtliche Einnahmeentwicklung.

Zu 04 05/129 05

Veranschlagt sind die von den Justizvollzugsanstalten generierten Energieeinspeisevergütungen.

Zu 04 05/129 06

2026 gegenüber 2025:

Mehr 36,8 Tsd. €,

2027 gegenüber 2026:

Mehr 36,7 Tsd. € infolge des Wegfalls der haushaltsgesetzlichen Ermächtigung zum kostenfreien Laden privater Elektro- und Hybridfahrzeuge durch Beschäftigte und Besucher staatlicher Dienststellen.

Zu 04 05/231 01

Veranschlagt sind insbesondere Erstattungen nach der Vereinbarung der Justizverwaltungen des Bundes und der Länder über den Kostenausgleich in Staatsschutz-Strafsachen (JMBek vom 26. Januar 1978, JMBI S. 20, in der jeweils geltenden Fassung).

Zu 04 05/232 01

Beträge, die von anderen Landesjustizverwaltungen für die Unterbringung und ärztliche Behandlung von Gefangenen in bayerischen Justizvollzugsanstalten erstattet werden.

Zu 04 05/235 01

Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit im Hinblick auf Ausbildungsmaßnahmen.

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2026	2027	A	Soll 2025
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2024
1	2	3	4	5	C	Ist 2023
						Tsd. €
						6
236 01-6	056	Erstattung von Verletztengeld sowie der nach § 26 Abs. 2 SGB III abgeführten Beitragsanteile an die Bundesagentur für Arbeit durch die Bayerische Landesunfallkasse	68,0	68,0	A	68,0
					B	52,1
261 01-4	056	Erstattung von Verwaltungsausgaben aus dem Inland	30,0	30,0	A	30,0
					B	23,7
					C	41,8
271 01-2	056	Zuweisungen der EU und des Bundes im Rahmen von Maßnahmen zur Vermittlung von Gefangenen in den Arbeitsmarkt <i>Vgl. Vermerk zu 04 05/533 71.</i>	---	---	A	---
Gesamteinnahmen			43.315,8	43.352,5	A	41.099,0
					B	40.213,7
					C	39.812,6
Ausgaben						
Personalausgaben						
422 01-0	056	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter	288.888,9	295.883,6	A	276.199,5
					B	268.380,5
					C	256.543,8
422 21-6	056	Anwärterbezüge und Unterhaltsbeihilfen für Dienstanfänger <i>Die Erläuterung ist verbindlich.</i>	6.996,3	7.079,6	A	6.427,0
					B	6.590,1
					C	5.865,7
422 31-4	056	Bezüge und Nebenleistungen der abgeordneten Beamten und Richter	---	---	A	---
422 41-2	056	Mehrarbeitsvergütungen für Beamte	---	---	A	---
427 01-5	056	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtliche und nebenberufliche Tätigkeit	215,0	215,0	A	215,0
					B	108,7
					C	105,8
427 41-7	056	Praktikantenvergütungen <i>Gegenseitig deckungsfähig mit 04 04/427 41.</i>	---	---	A	---
428 01-4	056	Entgelte der Arbeitnehmer	48.222,2	49.416,3	A	48.260,9
					B	46.528,2
					C	44.301,2
428 11-2	056	Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer	2.240,0	2.240,0	A	2.282,0
					B	1.693,0
					C	1.641,0
428 21-0	056	Entgelte der Arbeitnehmer	3.060,1	3.098,0	A	3.131,5
					B	1.680,9
					C	1.619,5
428 41-6	056	Überstundenentgelte für Arbeitnehmer	---	---	A	---
					B	16,9
					C	31,3
453 01-2	056	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	364,4	364,4	A	364,4
					B	259,3
					C	223,9

Erläuterungen

Zu 04 05/236 01

Die Bayerische Landesunfallkasse erstattet neben dem Verletztengeld die in ihrem Auftrag von der Justizvollzugsanstalt München gemäß § 26 Abs. 2 SGB III abgeführten Beitragsanteile.

Zu 04 05/261 01

Veranschlagt sind insbesondere die an den Freistaat Bayern aufgrund von § 50 Sozialgesetzbuch I zu entrichtenden Beträge.

Zu 04 05/271 01

Zuweisungen der Europäischen Union und des Bundes zur Durchführung von Maßnahmen zur Vermittlung von Gefangenen in den Arbeitsmarkt.

Zu 04 05/422 01

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

	2026	2027
	Tsd. €	Tsd. €
Davon		
Erschwerniszulagen	1.800,0	1.800,0

Zu 04 05/422 21

Anwärter- und Dienstanfängerbezüge. Von den veranschlagten Ausgaben sind bis zu 500,0 Tsd. € jährlich für die Zahlung von Anwärtersonderzuschlägen gemäß Art. 78 BayBesG vorgesehen.

Zu 04 05/422 41 (und 428 41)

Vgl. 04 02/422 41 (und 428 41).

Zu 04 05/427 01

	2026	2027
	Tsd. €	Tsd. €
Vergütungen für		
- Studenten in den praktischen Studiensemestern	100,0	100,0
- Sonstige (z.B. für nebenamtl. Unterricht, Aushilfen)	115,0	115,0
Zusammen	215,0	215,0

Zu 04 05/428 01 (und 428 12, 428 21)

Entgelte einschließlich Zulagen und Jahressonderzahlung sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 04 05/428 11

Veranschlagt sind Entgelte einschließlich Zulagen und Jahressonderzahlungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung für vorübergehend beschäftigte Arbeitnehmer.

2026 gegenüber 2025:

Weniger 42,0 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Umsetzung mit 04 05/422 01.

Zu 04 05/453 01

	2026	2027
	Tsd. €	Tsd. €
1. Trennungsgeld	304,4	304,4
2. Umzugskostenvergütungen	60,0	60,0
Zusammen	364,4	364,4

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2026	2027	A	Soll 2025
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2024
1	2	3	4	5	C	Ist 2023 Tsd. €
Sächliche Verwaltungsausgaben						
511 01-2	056	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	1.847,2	1.847,2	A	2.000,0
					B	2.601,8
					C	2.616,6
511 22-7	056	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für Fachaufgaben	738,9	738,9	A	800,0
					B	1.472,2
					C	1.269,9
511 24-5	056	Aus- und Fortbildung der passiv verweisenden Rauschgiftspürhunde sowie Aufwandsentschädigung für Hundehalter	60,2	60,2	A	67,1
					B	28,1
					C	21,5
514 01-9	056	Haltung von Dienstfahrzeugen	448,6	448,6	A	500,0
					B	667,0
					C	609,7
514 11-7	056	Dienst- und Schutzkleidung	1.900,0	1.900,0	A	2.000,0
					B	2.026,6
					C	1.681,4
514 20-6	056	Beschaffung von Waffen und Munition	118,8	118,8	A	125,0
					B	170,1
					C	204,9

Erläuterungen

Zu 04 05/511 01	2026	2027
	Tsd. €	Tsd. €
1. Geschäftsbedarf	702,8	702,8
2. Bücher und Zeitschriften	50,0	50,0
3. Kommunikation	350,0	350,0
4. Entgelte für Postdienstleistungen	50,0	50,0
5. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	644,4	644,4
6. Sonstiges	50,0	50,0
Zusammen	1.847,2	1.847,2

2026 gegenüber 2025:
 55,6 Tsd. € weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
 97,2 Tsd. € weniger zur Haushaltskonsolidierung,
 152,8 Tsd. € weniger.

Zu 04 05/511 22

Beschaffung, Wartung und Unterhaltung von Videoüberwachungsanlagen, Funksprechgeräten, Schutzmasken und Drogentestutensilien.

2026 gegenüber 2025:
 22,2 Tsd. € weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
 38,9 Tsd. € weniger zur Haushaltskonsolidierung,
 61,1 Tsd. € weniger.

Zu 04 05/514 01	2026	2027
	Tsd. €	Tsd. €
1. Betriebsstoffe	248,6	248,6
2. Wartung, Reparaturen und Sonstiges	200,0	200,0
Zusammen	448,6	448,6

Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung		
Kosten wie vor	448,6	448,6
Personalausgaben	-	-
Beschaffung von Dienstfahrzeugen	783,1	783,1
Ausgaben für Leasing/Miete	47,5	47,5
Zusammen	1.279,2	1.279,2

Bestand an Dienstfahrzeugen:

	Soll	Soll	Soll	am 01.02.2025	
	2026	2027	2025	gesamt	davon geleast/ gemietet
Personenkraftwagen einschließlich Kombis	118	122	112	111	29
Lastkraftwagen, Transporter	67	68	66	66	-

2026 gegenüber 2025:
 27,8 Tsd. € weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
 23,6 Tsd. € weniger zur Haushaltskonsolidierung,
 51,4 Tsd. € weniger.

Zu 04 05/514 11

Die veranschlagten Ausgabemittel werden für die Erstausrüstung der Dienstanfänger mit Dienstkleidung, die Beschaffung von Schutzkleidung sowie zur Leistung des Dienstkleidungszuschusses benötigt.

	2026	2027
	Tsd. €	Tsd. €
1. Erstausrüstung Anwärter	400,0	400,0
2. Dienstkleidungszuschuss	1.000,0	1.000,0
3. Schutzkleidung	500,0	500,0
Zusammen	1.900,0	1.900,0

2026 gegenüber 2025:
 Weniger 100,0 Tsd. € zur Haushaltskonsolidierung.

Zu 04 05/514 20

Beschaffung und Wartung von Waffen, Munition, Holstern, Reizstoffsprühgeräten und sogenannten Jet Protectoren.

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2026	2027	A B C	Soll 2025 Ist 2024 Ist 2023 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
514 21-5	056	Verpflegung des Personals der Justizvollzugsanstalten <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um 76,92 % der Mehreinnahme bei 125 02.</i>	514,5	514,5	A B C	540,0 470,9 448,3
516 01-7	056	Pilotprojekt - Realisierung des Neubaus einer Frauenhaftanstalt mit Mutter-Kind-Abteilung sowie einer Jugendarrestanstalt für Justizvollzugsanstalt München im Wege einer Öffentlich Privaten Partnerschaft <i>Gegenseitig deckungsfähig mit 823 10.</i>	1.604,6	1.523,5	A B C	1.682,2 1.551,7 1.659,1
517 01-6	056	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	9.880,0	9.880,0	A B C	10.400,0 12.142,5 11.339,5
517 05-2	056	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	31.825,0	31.825,0	A B C	33.500,0 27.159,2 23.437,3
518 01-5	056	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	2.850,0	2.850,0	A B C	3.000,0 2.832,7 2.008,0
518 11-3	056	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge sowie für Software	98,6	98,6	A B C	103,8 188,8 180,2
518 18-6	056	Ausgaben für Leasing von Dienstfahrzeugen	47,5	47,5	A B C	50,0 124,2 118,4

Erläuterungen

Zu 04 05/514 21

Vgl. 04 05/125 02.

2026 gegenüber 2025:

30,0 Tsd. €	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
25,5 Tsd. €	weniger zur Haushaltskonsolidierung,
30,0 Tsd. €	mehr wegen Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung,
<u>25,5 Tsd. €</u>	weniger.

Zu 04 05/516 01

Die veranschlagten Ausgabemittel werden für die Zahlung des Zinsanteils (gemäß Zins- und Tilgungsplan) und der Betriebskosten des ÖPP-Projekts Neubau der Frauenhaftanstalt mit Mutter-Kind-Abteilung sowie einer Jugendarrestanstalt der Justizvollzugsanstalt München benötigt. Die Raten für die investiven Kosten sind bei 04 05/823 10 veranschlagt.

	2026	2027
	Tsd. €	Tsd. €
1. Zinsanteil	254,5	173,4
2. Betriebskosten	1.350,1	1.350,1
Zusammen	<u>1.604,6</u>	<u>1.523,5</u>

2026 gegenüber 2025:

84,1 Tsd. €	weniger zur Haushaltskonsolidierung,
84,1 Tsd. €	mehr wegen Umschichtung von Ausgabemitteln von 04 05/812 15,
<u>77,6 Tsd. €</u>	weniger wegen Rückgang des jährlichen Zinsanteils,
77,6 Tsd. €	weniger.

2027 gegenüber 2026:

Weniger 81,1 Tsd. € wegen Rückgang des jährlichen Zinsanteils.

Zu 04 05/517 01

Veranschlagt sind:

Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung, Steuern und Abgaben sowie Geräte und Ähnliches.

2026 gegenüber 2025:

Weniger 520,0 Tsd. € zur Haushaltskonsolidierung.

Zu 04 05/517 05

	2026	2027
	Tsd. €	Tsd. €
1. Heizung	23.825,0	23.825,0
2. Beleuchtung und elektrische Kraft	8.000,0	8.000,0
Zusammen	<u>31.825,0</u>	<u>31.825,0</u>

2026 gegenüber 2025:

Weniger 1.675,0 Tsd. € zur Haushaltskonsolidierung.

Zu 04 05/518 01

2026 gegenüber 2025:

Weniger 150,0 Tsd. € zur Haushaltskonsolidierung.

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2026	2027	A	Soll 2025
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2024
1	2	3	4	5	C	Ist 2023
						Tsd. €
						6
519 01-4	056	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen <i>Vgl. Vermerk bei Kap. 04 02 Tit. 231 01.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2026 Tsd. € 13.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2027 Tsd. € 13.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	16.197,5	16.197,5	A	17.300,0
					B	27.384,6
					C	24.672,6

Erläuterungen

Zu 04 05/519 01	2026	2027
	Tsd. €	Tsd. €
1. Unterhaltung der verwaltungseigenen Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	16.097,5	16.097,5
2. Unterhaltung der gemieteten oder gepachteten Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	100,0	100,0
Zusammen	16.197,5	16.197,5

Die veranschlagten Ausgabemittel werden für die unabweisbaren Instandhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen am umfangreichen, durch Neubauten erweiterten, teilweise aber auch sehr alten Gebäudebestand sowie für dringende Sicherheits- und Brandschutzmaßnahmen benötigt. Die zahlreichen, unter Denkmalschutz stehenden Gebäude der Justizvollzugsanstalten (ehemalige Klosterbauten in Ebrach, Kaisheim, Niederschönenfeld, Ordensschloss St. Georgen-Bayreuth etc.) sowie die Einrichtungen für Abschiebungshaft in Eichstätt und Hof erfordern einen zusätzlichen Mitteleinsatz.

2026 gegenüber 2025:

250,0 Tsd. €	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
852,5 Tsd. €	weniger zur Haushaltskonsolidierung,
1.102,5 Tsd. €	weniger.

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2026	2027	A	Soll 2025
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2024
1	2	3	4	5	C	Ist 2023
						Tsd. €
						6
525 01-6	056	Aus- und Fortbildung der Beamten und Arbeitnehmer	1.261,3	901,3	A	1.004,5
					B	991,8
					C	985,1
525 02-5	056	Ausbildung an Waffen und in waffenloser Kampfführung	63,2	63,2	A	70,4
					B	73,4
					C	80,6

Erläuterungen

Zu 04 05/525 01	2026	2027
	Tsd. €	Tsd. €
1. Lehrgänge über Sicherheitsfragen in den Justizvollzugsanstalten	100,0	100,0
2. Lehrgänge für die Anwendung unmittelbaren Zwanges	27,0	27,0
3. Lehrgänge über Reizstoff- und Schusswaffengebrauch	12,0	12,0
4. Lehrgänge für Führungskräfte	15,0	15,0
5. Einführungslehrgänge für Angehörige der besonderen Fachrichtungen	14,0	14,0
6. Fachtagungen für Anstaltsleiter, Juristen, Ärzte, Geistliche, Lehrer, Psychologen, Sozialarbeiter und Referatsleiter	50,0	50,0
7. Aus- und Bildungsmaßnahmen in Bereich der Extremismusbekämpfung	150,0	150,0
8. Grund- und Aufbaulehrgänge für den allgemeinen Vollzugsdienst	24,0	24,0
9. Seminare über Probleme mit Drogenabhängigen im Strafvollzug	8,0	8,0
10. Seminare über Aidsprobleme	6,0	6,0
11. Lehrgänge für Mitarbeiter im Wohngruppenvollzug	10,0	10,0
12. Seminare für weibliche Vollzugsbedienstete	10,0	10,0
13. Fortbildungslehrgänge für Wirtschaftsverwaltungsbeamte	10,0	10,0
14. Technische und betriebswirtschaftliche Lehrgänge	25,0	25,0
15. Speziallehrgänge für Leiter der Arbeitsverwaltungen und Beamte des Werkdienstes	14,0	14,0
16. Seminare für Funktionsbeamte	11,0	11,0
17. Seminare für Beamte in der Sozialtherapie und im Jugendstrafvollzug (einschließlich Zusatzausbildung gem. § 91 Abs. 4 JGG)	20,0	20,0
18. Seminare über Fragen der Zusammenarbeit und der problemorientierten Gesprächsführung	9,0	9,0
19. Lehrgänge für Ausbildungsleiter und Dienstleiter	9,0	9,0
20. Lehrgänge für Mitarbeiter in Bausachen	4,0	4,0
21. Seminare über Berufsbildungsmaßnahmen für Gefangene	20,0	20,0
22. Lehrgänge für Sicherheitsmeister, Röntgen- und Laborhelfer, Desinfektoren, Kesselwärter, Schweißer, Holzarbeiter	18,7	18,7
23. Lehrgänge für Sanitäts- und Küchenbeamte	11,0	11,0
24. Lehrgänge über Behandlungsvollzug	10,0	10,0
25. Seminare zu interkultureller Kompetenz und Fremdsprachen	37,0	37,0
26. Ausbildung für "Reasoning & Rehabilitation" Trainer	19,0	19,0
27. Seminare über Umweltschutz	10,0	10,0
28. Rüstzeiten (ev.) und rel. Besinnungstage (kath.)	4,0	4,0
29. Lehr- und Lernmittel	31,0	31,0
30. Sonstiges (z.B. Umlage Verwaltungsschule, Ausweichen auf externe Fortbildungseinrichtungen)	10,0	10,0
31. Anstaltsinterne Einzelmaßnahmen- und Anordnungen	52,6	52,6
32. Nachwuchsgewinnung (soweit nicht 04 02/534 01)	410,0	150,0
33. Fortbildungsveranstaltungen "Schutz vor Übergriffen und Umgang mit psychisch auffälligen Gefangenen"	100,0	-
Zusammen	1.261,3	901,3

2026 gegenüber 2025:

55,8 Tsd. €	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
47,4 Tsd. €	weniger zur Haushaltskonsolidierung,
360,0 Tsd. €	mehr entsprechend der Landtags-Änderungsanträge Drs. 19/10879, 19/10880 und 19/10881,
256,8 Tsd. €	mehr.

2027 gegenüber 2026:

Weniger 360,0 Tsd. € entsprechend der Landtags-Änderungsanträge Drs. 19/10879, 19/10880 und 19/10881.

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2026	2027	A	Soll 2025
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2024
1	2	3	4	5	C	Ist 2023 Tsd. €
						6
527 01-4	056	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	255,4	255,4	A	284,7
					B	314,6
					C	289,7
533 01-6	056	Kosten der Gefangenenbeförderung und Vorführungskosten (einschl. Reisekosten)	57,0	57,0	A	60,0
					B	68,5
					C	51,2
534 01-5	056	Ausgaben für Haftvermeidungsprogramme	717,8	717,8	A	800,0
					B	682,3
					C	682,2
546 49-5	056	Vermischte Verwaltungsausgaben	269,2	269,2	A	300,0
					B	809,5
					C	886,1
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen				
681 01-6	056	Entschädigungen an Gefangene und deren Angehörige infolge eines während der Haft erlittenen Unfalls	---	---	A	---
681 02-5	056	Gefangenen- und Entlassenenfürsorge <i>Beteiligungen der Gefangenen sind durch Absetzen von der Ausgabe bei 681 02 zu vereinnahmen. Die Mittel sind übertragbar.</i>	1.925,0	1.875,0	A	1.875,0
					B	2.086,1
					C	1.870,6
686 02-0	056	Forschungsaufgaben im Bereich des Strafvollzugs <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	52,5	52,5	A	55,6
					B	70,0
					C	147,6

Erläuterungen

Zu 04 05/527 01

2026 gegenüber 2025:

15,9 Tsd. €	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
13,4 Tsd. €	weniger zur Haushaltskonsolidierung,
<u>29,3 Tsd. €</u>	weniger.

Zu 04 05/533 01

Veranschlagt sind insbesondere Ausgaben für Einzeltransporte von Gefangenen zur Aufnahme in öffentliche Krankenhäuser, in das Tbc-Krankenhaus der Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth, in die psychiatrischen Abteilungen der Justizvollzugsanstalten Würzburg und Straubing, in die Krankenabteilung der Justizvollzugsanstalt München und in das Haus für Sicherungsverwahrte Straubing.

Zu 04 05/534 01

Veranschlagt sind die Ausgaben für die Haftvermeidungsprogramme "Schwitzen statt Sitzen und Geldverwaltung" sowie "Schwitzen statt Sitzen".

2026 gegenüber 2025:

44,4 Tsd. €	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
37,8 Tsd. €	weniger zur Haushaltskonsolidierung,
<u>82,2 Tsd. €</u>	weniger.

Zu 04 05/546 49

Veranschlagt sind Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungsreisen und sonstige vermischte Ausgaben. Davon können bis zu 2,5 Tsd. € für Billigkeitsleistungen verwendet werden. Aus 04 05/546 49 dürfen auch Personalgewinnungsmaßnahmen gezahlt werden.

2026 gegenüber 2025:

16,6 Tsd. €	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
14,2 Tsd. €	weniger zur Haushaltskonsolidierung,
<u>30,8 Tsd. €</u>	weniger.

Zu 04 05/681 01

Entschädigungen für Unfälle, die keine Arbeitsunfälle im Sinne des SGB VII sind.

Zu 04 05/681 02

Die Mittel dienen insbesondere zur Unterstützung der Strafgefangenen und Sicherungsverwahrten, speziell bei ihrer Entlassung. Aus 04 05/681 02 können im Rahmen des Übergangsmangements Mittel über Einrichtungen der Straftlassenenhilfe oder als Zuschüsse an karitative Einrichtungen ausgereicht werden. Darüber hinaus können Zuschüsse an den Bayerischen Landesverband für Gefangenenfürsorge und Bewährungshilfe e. V. ausgereicht werden, der sich ausschließlich um die Unterstützung Straffälliger bemüht.

2026 gegenüber 2025:

Mehr 50,0 Tsd. €,

2027 gegenüber 2026:

Weniger 50,0 Tsd. € entsprechend Landtags-Änderungsantrag Drs. 19/10882.

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2026	2027	A	Soll 2025
1	2	3	Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2024
			4	5	C	Ist 2023
						Tsd. €
						6
		Baumaßnahmen				
701 01-2	056	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten <i>Gegenseitig deckungsfähig mit Titel 701 72.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2026 Tsd. €</i> 10.000,0 <i>Verpflichtungsermächtigung 2027 Tsd. €</i> 10.000,0 <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	12.015,6	11.685,6	A	11.685,6
					B	6.689,9
					C	7.145,6

Erläuterungen**Zu 04 05/701 01**

	2026	2027
	Tsd. €	Tsd. €
1. Justizvollzugsanstalt Amberg; Verlegung der Gemeinschaftsduschen (E/F-Bau).	310,6	-
2. Justizvollzugsanstalt Aschaffenburg; Ertüchtigung des besonders gesicherten Haftraums.	100,0	-
3. Justizvollzugsanstalt Bamberg; Maßnahmen zur Verbesserung des Brandschutzes.	550,0	345,6
4. Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth; Umbau und Sanierung des Wohngebäudes Markgrafentallee 47 zu Anwärter-Unterkünften. Die Maßnahme dient teilweise der Energieeinsparung und Minderung des CO ² -Ausstoßes.	1.200,0	1.575,0
5. Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth; Maßnahmen zur Verbesserung des Brandschutzes.	300,0	300,0
6. Justizvollzugsanstalt Bernau; Neubau einer Lagerhalle.	350,0	355,0
7. Justizvollzugsanstalt Ebrach; Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit (Unterkunftsgebäude II und III).	400,0	310,0
8. Justizvollzugsanstalt Ebrach; Erneuerung der Dampfkesselanlage. Die Maßnahme dient teilweise der Energieeinsparung und Minderung des CO ² -Ausstoßes.	1.000,0	1.180,0
9. Justizvollzugsanstalt Ebrach; Umverlegung der Hauptnahwärmeleitung im Bereich Versorgungszentrum/Mittlerer Konvent.	230,0	245,0
10. Justizvollzugsanstalt Erlangen; Kanalsanierung.	350,0	300,0
11. Justizvollzugsanstalt Kaisheim; Maßnahmen zur Verbesserung des Brandschutzes.	210,0	-
12. Justizvollzugsanstalt Kaisheim; Ersatzneubau der Dampferzeugungsanlage. Die Maßnahme dient teilweise der Energieeinsparung und Minderung des CO ² -Ausstoßes.	1.200,0	380,0
13. Justizvollzugsanstalt Kempten; Erneuerung der Brandmeldeanlage.	700,0	370,0
14. Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech; Maßnahmen zur Verbesserung des Brandschutzes (Außenstelle Rothenfeld).	305,0	500,0
15. Justizvollzugsanstalt Laufen-Lebenau; Kanalsanierung.	440,0	600,0

Erläuterungen

	2026	2027
	Tsd. €	Tsd. €
16. Justizvollzugsanstalt Memmingen; Brandschutz-, Sanierungs- und Sicherheitsmaßnahmen (Freigängerhaus).	200,0	255,0
17. Justizvollzugsanstalt München; Erneuerung der Spülküche.	300,0	690,0
18. Justizvollzugsanstalt Nürnberg; Trennung von Trinkwasser- und Löschwasserleitungsnetz.	200,0	305,0
19. Justizvollzugsanstalt Nürnberg; Herstellung einer Einleitstelle zur Direkteinleitung des Niederschlagswassers in die Pegnitz.	500,0	1.400,0
20. Justizvollzugsanstalt Nürnberg; Erneuerung der Kälteanlage im Bereich Großküche.	865,0	255,0
21. Justizvollzugsanstalt Nürnberg; Sanierung der Gemeinschaftsduschen (Außenstelle Lichtenau).	450,0	-
22. Justizvollzugsanstalt Straubing; Sanierung des Trinkwasserleitungsnetzes.	1.000,0	1.700,0
23. Justizvollzugsanstalt Ebrach; Sanierung von Herkules- und Tritonbrunnen.	330,0	-
<u>Maßnahmen im Zuge "Bayern barrierefrei"</u>		
24. Justizvollzugsanstalt Aichach; Umbaumaßnahmen im Eingangsbereich.	300,0	300,0
25. Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech; Schaffung eines barrierefreien Eingangsbereichs (Außenstelle Rothenfeld).	225,0	320,0
Zusammen	12.015,6	11.685,6

2026 gegenüber 2025:
Mehr 330,0 Tsd. €,

2027 gegenüber 2026:
Weniger 330,0 Tsd. € entsprechend Landtags-Änderungsantrag Drs. 19/10883.

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2026	2027	A	Soll 2025
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2024
1	2	3	4	5	C	Ist 2023
						Tsd. €
710 00-2	056	Staatliche Hochbaumaßnahmen (siehe Anlage S) <i>Verpflichtungsermächtigung 2026 Tsd. € 55.300,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2027 Tsd. € 80.400,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	116.200,0	121.000,0	A	138.000,0
					B	89.617,0
					C	72.291,3
		Sonstige Sachinvestitionen				
811 01-9	056	Erwerb von Dienstfahrzeugen	783,1	783,1	A	500,0
					B	1.174,6
					C	187,4
812 01-8	056	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungs- gegenständen	807,5	807,5	A	700,0
					B	1.044,3
					C	796,1
812 07-2	056	Teilneuausstattung der Arbeitsbetriebe der Justizvollzugsanstalt Amberg	44,8	44,8	A	50,0
					B	43,0
					C	77,4
812 13-4	056	Ersatzbeschaffung einer Waschstraße und einer Wäschemangel für die Großwäscherei der Justizvollzugsanstalt St. Georgen- Bayreuth	***	***	A	---

Erläuterungen

Zu 04 05/811 01

2026	Tsd. €
1. Erstbeschaffung	
Gefangenentransportfahrzeug (Justizvollzugsanstalt München)	80,0
2. Ersatzbeschaffung	
Zu ersetzen:	
Gefangenentransportfahrzeug (Justizvollzugsanstalt Amberg)	80,0
Gefangenentransportfahrzeug (Justizvollzugsanstalt Weiden)	80,0
Gefangenentransportfahrzeug (Justizvollzugsanstalt Augsburg-Gablingen)	80,0
Gefangenentransportfahrzeug (Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth)	80,0
Gefangenentransportfahrzeug (Justizvollzugsanstalt Bernau)	80,0
Gefangenentransportfahrzeug (Justizvollzugsanstalt Kronach)	80,0
Gefangenentransportfahrzeug (Justizvollzugsanstalt Landshut)	80,0
Gefangenentransportfahrzeug (Justizvollzugsanstalt München)	80,0
Krankentransportbus (Justizvollzugsanstalt Bernau)	63,1
Zusammen	783,1

2027	Tsd. €
1. Erstbeschaffung	-
2. Ersatzbeschaffung	
Zu ersetzen:	
Gefangenentransportfahrzeug (Justizvollzugsanstalt Amberg)	80,0
Gefangenentransportfahrzeug (Justizvollzugsanstalt Kronach)	80,0
Gefangenentransportfahrzeug (Justizvollzugsanstalt Kempten)	80,0
Gefangenentransportfahrzeug (Justizvollzugsanstalt Landshut)	80,0
Gefangenentransportfahrzeug (Justizvollzugsanstalt München)	80,0
Gefangenentransportfahrzeug (Justizvollzugsanstalt Ansbach)	80,0
Gefangenentransportfahrzeug (Justizvollzugsanstalt Nürnberg)	80,0
Gefangenentransportfahrzeug (Justizvollzugsanstalt Regensburg)	80,0
Gefangenentransportfahrzeug (Justizvollzugsanstalt Würzburg)	80,0
Transportfahrzeug für Wäscherei (Justizvollzugsanstalt Amberg)	63,1
Zusammen	783,1

2026 gegenüber 2025:

27,8 Tsd. €	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
23,6 Tsd. €	weniger zur Haushaltskonsolidierung,
200,0 Tsd. €	mehr wegen Umschichtung von Ausgabemitteln von 04 05/812 21,
89,7 Tsd. €	mehr wegen Umschichtung von Ausgabemitteln von 04 05/812 30,
44,8 Tsd. €	mehr wegen Umschichtung von Ausgabemitteln von 04 05/812 33,
283,1 Tsd. €	mehr.

Zu 04 05/812 01

	2026	2027
	Tsd. €	Tsd. €
Zeiterfassungssysteme	20,0	20,0
Büroausstattungen	400,0	400,0
Geräte für Personalküchen	60,0	60,0
Kleinere Ausstattungsmaßnahmen im Verwaltungsbereich	257,5	257,5
Ausstattung von Sozialräumen	70,0	70,0
Zusammen	807,5	807,5

2026 gegenüber 2025:

38,9 Tsd. €	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
33,1 Tsd. €	weniger zur Haushaltskonsolidierung,
179,5 Tsd. €	mehr wegen Umschichtung von Ausgabemitteln von 04 05/812 41,
107,5 Tsd. €	mehr.

Zu 04 05/812 07

	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	1.158,7
Bis einschließlich 2025 bewilligt	1.069,1
Haushaltsbetrag 2026	44,8
Haushaltsbetrag 2027	44,8
Vorbehalten bleiben	-

Die Ausstattung der Arbeitsbetriebe der Justizvollzugsanstalt Amberg muss erneuert werden.

Zu 04 05/812 13

Die Maßnahme ist abgeschlossen.

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2026	2027	A	Soll 2025
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2024
1	2	3	4	5	C	Ist 2023
						Tsd. €
						6
812 14-3	056	Erstausstattung der neuen Justizvollzugsanstalt Passau <i>Verpflichtungsermächtigung 2026 Tsd. € 1.814,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	---	---	A	---
812 15-2	056	Erwerb von verwaltungseigenen Fernmeldeanlagen, soweit die Ausgaben nicht zu den Baukosten gehören	594,1	594,1	A	2.300,0
					B	1.223,1
					C	537,6
812 21-4	056	Teilneuausstattung der Bäckerei, der Wäscherei, der Großküche, der Krankenabteilung, der Besuchsabteilung und des Ost- und Südbaus und des Bauteils N der Justizvollzugsanstalt München	120,7	120,7	A	357,5
					B	24,6
					C	145,2
812 22-3	056	Erneuerung der Ausstattung des Versorgungszentrums und der Untersuchungshaftanstalt der Justizvollzugsanstalt Nürnberg	139,1	139,1	A	155,0
					B	126,5
					C	36,3
812 23-2	056	Ausstattung der neuen Krankenabteilung der Justizvollzugsanstalt München	1.172,9	1.172,9	A	750,0

Erläuterungen

Zu 04 05/812 14	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	13.650,0
Bis einschließlich 2025 bewilligt	238,1
Haushaltsbetrag 2026	-
Haushaltsbetrag 2027	-
Vorbehalten bleiben	13.411,9

Die neue Justizvollzugsanstalt Passau (vgl. 04 05/722 01) muss ausgestattet werden.

Zu 04 05/812 15	
2026 gegenüber 2025:	
127,8 Tsd. €	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
108,6 Tsd. €	weniger zur Haushaltskonsolidierung,
500,0 Tsd. €	weniger wegen Umschichtung von Ausgabemitteln zu 04 05/812 23,
800,0 Tsd. €	weniger wegen Umschichtung von Ausgabemitteln zu 04 05/812 25,
84,1 Tsd. €	weniger wegen Umschichtung von Ausgabemitteln zu 04 05/516 01,
85,4 Tsd. €	weniger wegen Umschichtung von Ausgabemitteln zu 04 05/823 10,
1.705,9 Tsd. €	weniger.

Zu 04 05/812 21	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	6.130,3
Bis einschließlich 2025 bewilligt	5.888,9
Haushaltsbetrag 2026	120,7
Haushaltsbetrag 2027	120,7
Vorbehalten bleiben	-

Die überalterten Ausstattungen der Bäckerei, der Wäscherei, der Großküche, der Krankenabteilung, der Besuchsabteilung sowie der Hafträume des Südbaus und des Bauteils N der Justizvollzugsanstalt München müssen erneuert werden.

2026 gegenüber 2025:	
19,9 Tsd. €	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
16,9 Tsd. €	weniger zur Haushaltskonsolidierung,
200,0 Tsd. €	weniger wegen Umschichtung von Ausgabemitteln zu 04 05/811 01,
236,8 Tsd. €	weniger.

Zu 04 05/812 22	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	6.486,3
Bis einschließlich 2025 bewilligt	5.001,3
Haushaltsbetrag 2026	139,1
Haushaltsbetrag 2027	139,1
Vorbehalten bleiben	1.206,8

Die Ausstattung der Versorgungsbetriebe und der Untersuchungshaftanstalt der Justizvollzugsanstalt Nürnberg (vgl. 04 05/730 11) muss sukzessive erneuert werden.

2026 gegenüber 2025:	
8,6 Tsd. €	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
7,3 Tsd. €	weniger zur Haushaltskonsolidierung,
15,9 Tsd. €	weniger.

Zu 04 05/812 23	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	3.000,0
Bis einschließlich 2025 bewilligt	64,9
Haushaltsbetrag 2026	1.172,9
Haushaltsbetrag 2027	1.172,9
Vorbehalten bleiben	589,3

Der Neubau der Krankenabteilung der Justizvollzugsanstalt München (vgl. 04 05/711 02) muss ausgestattet werden.

2026 gegenüber 2025:	
41,7 Tsd. €	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
35,4 Tsd. €	weniger zur Haushaltskonsolidierung,
500,0 Tsd. €	mehr wegen Umschichtung von Ausgabemitteln von 04 05/812 15,
422,9 Tsd. €	mehr.

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2026	2027	A B C	Soll 2025 Ist 2024 Ist 2023 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
812 24-1	056	Neuausstattung der generalsanierten Justizvollzugsanstalt Regensburg	44,8	44,8	A B C	50,0 29,5 67,0
812 25-0	056	Ausstattung des Neubaus eines Gebäudes für Aufnahme und Entlassung, Verwaltung und Besuch sowie einer Torwache mit Fahrzeugschleuse der Justizvollzugsanstalt Nürnberg	1.697,2	1.697,2	A	1.000,0
812 30-3	056	Ausstattung der Justizvollzugsanstalt Eichstätt - Einrichtung für Abschiebungshaft	---	***	A B C	100,0 46,6 31,8
812 31-2	056	Ausstattung des neuen Versorgungszentrums und der Turnhalle der Justizvollzugsanstalt Kaisheim	***	***	A	---
812 33-0	056	Ausstattung der Sozialtherapeutischen Abteilungen und der Abteilungen des offenen Vollzugs in Jugendstrafanstalten	---	***	A C	50,0 17,7
812 35-8	056	Einbeziehung der Justizvollzugsanstalten in ein bundeseinheitliches Sprech- und Datenfunksystem, Ausstattung mit Digitalfunk, Digitaler Behördenfunk - BOS-Funk	224,3	224,3	A B C	250,0 298,2 149,4
812 37-6	056	Erst- und Neuausstattung der Arbeitsbetriebe in der Justizvollzugsanstalt Niederschönenfeld	35,9	35,9	A	40,0
812 40-1	056	Erstausstattung der neuen Justizvollzugsanstalt Marktredwitz <i>Verpflichtungsermächtigung 2026 Tsd. € 1.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2027 Tsd. € 5.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	---	---	A	---

Erläuterungen

Zu 04 05/812 24	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	3.000,0
Bis einschließlich 2025 bewilligt	2.653,8
Haushaltsbetrag 2026	44,8
Haushaltsbetrag 2027	44,8
Vorbehalten bleiben	256,6

Die generalsanierte Justizvollzugsanstalt Regensburg (vgl. 04 05/746 01) muss neu ausgestattet werden.

Zu 04 05/812 25	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	3.500,0
Bis einschließlich 2025 bewilligt	-
Haushaltsbetrag 2026	1.697,2
Haushaltsbetrag 2027	1.697,2
Vorbehalten bleiben	105,6

Der Neubau eines Gebäudes für Aufnahme und Entlassung, Verwaltung, Besuch und Torwache sowie einer Fahrzeugschleuse (vgl. 04 05/730 08) muss ausgestattet werden.

2026 gegenüber 2025:

55,6 Tsd. €	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
47,2 Tsd. €	weniger zur Haushaltskonsolidierung,
800,0 Tsd. €	mehr wegen Umschichtung von Ausgabemitteln von 04 05/812 15,
<u>697,2 Tsd. €</u>	mehr.

Zu 04 05/812 30

Die Maßnahme ist abgeschlossen.

Zu 04 05/812 31

Die Maßnahme ist abgeschlossen.

Zu 04 05/812 33

Die Maßnahme ist abgeschlossen.

Zu 04 05/812 35	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	1.642,1
Bis einschließlich 2025 bewilligt	1.193,5
Haushaltsbetrag 2026	224,3
Haushaltsbetrag 2027	224,3
Vorbehalten bleiben	-

Die Einführung des „BOS-Funks“ (digitaler Behördenfunk) ist angezeigt, um noch besser mit anderen Sicherheitskräften (Feuerwehr, Polizei, Rettungsdienst) kommunizieren und im Falle einer Alarmlage effektiv handeln zu können.

2026 gegenüber 2025:

13,9 Tsd. €	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
11,8 Tsd. €	weniger zur Haushaltskonsolidierung,
<u>25,7 Tsd. €</u>	weniger.

Zu 04 05/812 37

	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	2.485,8
Bis einschließlich 2025 bewilligt	2.414,0
Haushaltsbetrag 2026	35,9
Haushaltsbetrag 2027	35,9
Vorbehalten bleiben	-

Durch die Umwidmung der Justizvollzugsanstalt Niederschönenfeld in eine Anstalt für junge, männliche Erwachsene muss die Ausstattung der Arbeits- und Ausbildungsbetriebe teilweise ergänzt und fortlaufend erneuert werden.

Zu 04 05/812 40	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	12.200,0
Bis einschließlich 2025 bewilligt	2,8
Haushaltsbetrag 2026	-
Haushaltsbetrag 2027	-
Vorbehalten bleiben	12.197,2

Die neue Justizvollzugsanstalt Marktredwitz (vgl. 04 05/738 53) muss ausgestattet werden.

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2026	2027	A B C	Soll 2025 Ist 2024 Ist 2023 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
812 41-0	056	Erstausrüstung der neuen Einrichtung für Abschiebungshaft in Hof	---	***	A B C	200,0 40,8 107,2
812 48-3	056	Ausstattungsmaßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit in bayerischen Justizvollzugsanstalten <i>Verpflichtungsermächtigung 2026 Tsd. € 4.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2027 Tsd. € 4.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	4.320,0	4.200,0	A B C	6.000,0 4.330,2 5.474,3
812 49-2	056	Erneuerung und Erweiterung der Videoüberwachungs- und Videosensoranlagen in den Justizvollzugsanstalten <i>Verpflichtungsermächtigung 2026 Tsd. € 3.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2027 Tsd. € 3.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	3.250,0	3.250,0	A B C	5.000,0 2.070,6 3.229,3
821 01-7	056	Erwerb von Grundstücken	---	---	A	---
823 10-4	056	Pilotprojekt - Realisierung des Neubaus einer Frauenhaftanstalt mit Mutter-Kind-Abteilung sowie einer Jugendarrestanstalt für die Justizvollzugsanstalt München im Wege einer Öffentlich Privaten Partnerschaft <i>Gegenseitig deckungsfähig mit 516 01.</i>	1.784,8	1.865,9	A B C	1.707,2 1.632,9 1.562,0
823 12-2	056	Investive Ausgaben im Rahmen des Energiespar-Contractings	---	---	A B C	--- 21,6 16,3
Titelgruppen						
71 Versorgung der Gefangenen						
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>						
<i>Die Mittel sind übertragbar.</i>						
412 71-7	056	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	55,0	55,0	A B C	55,0 28,7 27,1
427 71-0	056	Aufwendungen für nebenamtliche und nebenberufliche Tätigkeit <i>Der Ansatz kann aus Stellingehältern bis zu 3 Stellen der BesGr. A 14 (Medizinaloberrat/rätin) verstärkt werden.</i>	3.400,0	3.400,0	A B C	3.400,0 3.254,6 3.488,7

Erläuterungen

Zu 04 05/812 41

Die Maßnahme ist abgeschlossen.

Zu 04 05/812 48

Durch den Einbau von elektrotechnischen und optischen Überwachungsanlagen und die Ausstattung und Ausrüstung der Anstalten mit weiteren sicherheitstechnischen Anlagen (zum Beispiel Herzschlagdetektoren, Metalldetektorrahmen, Personen-Notsignal-Anlagen), soll die Sicherheit in den bayerischen Justizvollzugsanstalten aufrechterhalten und weiter verbessert werden. Die in den Justizvollzugsanstalten installierten Haftraumkommunikationsanlagen sowie Personen-Notsignal-Anlagen entsprechen teilweise nicht mehr dem Stand der Technik und müssen zur Gewährleistung der Sicherheit sukzessive erneuert werden. Umfasst sind auch die damit verbundenen baulichen Begleitmaßnahmen.

2026 gegenüber 2025:

300,0	Tsd. €	weniger zur Haushaltskonsolidierung,
1.500,0	Tsd. €	weniger wegen haushaltsneutraler Umschichtung zu 04 04/812 31,
120,0	Tsd. €	mehr entsprechend Landtags-Änderungsantrag Drs. 19/10884,
1.680,0	Tsd. €	weniger.

2027 gegenüber 2026:

Weniger 120,0 Tsd. € entsprechend Landtags-Änderungsantrag Drs. 19/10884.

Zum Ausgleich werden Mittel aus dem Sondervermögen des Bundes für zusätzliche Investitionen in die Infrastruktur und für zusätzliche Investitionen zur Erreichung der Klimaneutralität zur Verfügung gestellt.

Zu 04 05/812 49

Die in den Justizvollzugsanstalten installierten Video- und Videosensoranlagen zur Überwachung der Außenfassaden, der Dächer sowie weiterer sicherheitsrelevanter Bereiche entsprechen teilweise nicht mehr dem Stand der Technik und müssen zur Gewährleistung der Sicherheit sukzessive erneuert und ggf. auch erweitert werden.

2026 gegenüber 2025:

250,0	Tsd. €	weniger zur Haushaltskonsolidierung,
500,0	Tsd. €	weniger wegen haushaltsneutraler Umschichtung zu 04 02/812 02,
1.000,0	Tsd. €	weniger wegen haushaltsneutraler Umschichtung zu 04 04/812 31,
1.750,0	Tsd. €	weniger.

Zum Ausgleich werden Mittel aus dem Sondervermögen des Bundes für zusätzliche Investitionen in die Infrastruktur und für zusätzliche Investitionen zur Erreichung der Klimaneutralität zur Verfügung gestellt.

Zu 04 05/823 10

Der Neubau einer Frauenhaftanstalt mit Mutter-Kind-Abteilung sowie einer Jugendarrestanstalt für die Justizvollzugsanstalt München wird als Pilotprojekt im Wege einer Öffentlich Privaten Partnerschaft (ÖPP) realisiert. Die hier veranschlagten Raten umfassen nur die investiven Kosten (Tilgungsanteil). Die Raten für den Zinsanteil und die Betriebskosten sind bei 04 05/516 01 veranschlagt.

2026 gegenüber 2025:

85,4	Tsd. €	weniger zur Haushaltskonsolidierung,
85,4	Tsd. €	mehr wegen Umschichtung von Ausgabemitteln von 04 05/812 15,
77,6	Tsd. €	mehr wegen Anstieg der jährlichen Tilgungsrate,
77,6	Tsd. €	mehr.

2027 gegenüber 2026:

Mehr 81,1 Tsd. € wegen Anstieg der jährlichen Tilgungsrate.

Zu 04 05/823 12

Aufwendungen für bauliche Veränderungen an der Gebäudehülle und Investitionen in die Anlagentechnik beim Energiespar-Contracting.

Zu 04 05/412 71

Erstattung der notwendigen Auslagen für ehrenamtliche Mitarbeiter in den Justizvollzugsanstalten. Aus diesem Ansatz können zur Vermeidung besonderer Härten in entsprechender Anwendung der Richtlinien zum Sachschadenersatz bei Staatsbediensteten Billigkeitsleistungen gewährt werden.

Zu 04 05/427 71

Vergütungen nicht hauptamtlich beschäftigter Ärzte, Betriebsärzte, Geistlicher, Lehrkräfte, Organisten und sonstiger Fachkräfte.

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2026	2027	A	Soll 2025
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2024
1	2	3	4	5	C	Ist 2023
						Tsd. €
						6
511 71-7	056	Bekleidung, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Geräte, Bücher und Zeitschriften	5.200,0	5.200,0	A	5.200,0
					B	4.601,0
					C	4.522,6
514 71-4	056	Lebensmittel und Medikamente sowie andere Verbrauchsmittel und Kleingeräte einschl. der für ärztliche und zahnärztliche Versorgung	26.950,0	26.950,0	A	25.950,0
					B	26.844,2
					C	27.129,4
526 71-0	056	Kosten für Sachverständige und Beiratsmitglieder	700,0	700,0	A	700,0
					B	768,1
					C	837,4
533 71-1	056	Allgemeine und berufliche Bildungsmaßnahmen für Gefangene außerhalb der Arbeitsverwaltung <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Einnahme bei 04 05/271 01.</i>	250,0	250,0	A	250,0
					B	361,0
					C	312,1
538 71-6	056	Ärztliche und zahnärztliche Versorgung der Gefangenen	13.500,0	13.500,0	A	12.500,0
					B	13.086,8
					C	11.380,7
546 71-6	056	Vermischte Verwaltungsausgaben	200,0	200,0	A	200,0
					B	211,1
					C	246,7
547 71-5	056	Rundfunk- und Fernsehgebühren	255,8	255,8	A	255,8
					B	152,2
					C	60,7
671 71-3	056	Erstattungen an Sonstige im Inland <i>Der Ansatz kann aus Stellingehältern der vierten Qualifikationsebene verstärkt werden.</i>	1.600,0	1.600,0	A	1.600,0
					B	2.200,8
					C	1.927,0

Erläuterungen

Zu 04 05/511 71	2026	2027
	Tsd. €	Tsd. €
1. Bücher und Zeitschriften	100,0	100,0
2. Bettzeug, Wäsche und Bekleidung für durchschnittlich 10.500 Gefangene	2.200,0	2.200,0
3. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	2.800,0	2.800,0
4. Sonstiges	100,0	100,0
Zusammen	5.200,0	5.200,0

Zu 04 05/514 71	2026	2027
	Tsd. €	Tsd. €
Veranschlagt sind:		
Aufwendungen für durchschnittlich 10.500 Gefangene	26.000,0	26.000,0
Sonstige Kleinausgaben	950,0	950,0
Zusammen	26.950,0	26.950,0

2026 gegenüber 2025:
Mehr 1.000,0 Tsd. € wegen Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

Zu 04 05/526 71	2026	2027
	Tsd. €	Tsd. €
Veranschlagt sind:		
Entschädigungen für Beiratsmitglieder	10,0	10,0
Ausgaben für fachpsychologische Gutachten	500,0	500,0
Ausgaben für Videodolmetscherleistungen	150,0	150,0
Andere Sachverständigengutachten (z.B. Dolmetscher, Übersetzer)	40,0	40,0
Zusammen	700,0	700,0

Zu 04 05/538 71

Aufwendungen für die ärztliche und zahnärztliche Behandlung und für die Unterbringung der Gefangenen in Krankenanstalten sowie für die Behandlung therapiefähiger Sexualstraftäter durch externe Therapeuten.

2026 gegenüber 2025:
Mehr 1.000,0 Tsd. € wegen Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

Zu 04 05/546 71

Sonstiger Sachaufwand für die Unterbringung und Versorgung der Gefangenen.

Zu 04 05/547 71

Veranschlagt sind die durch die Justizvollzugsanstalten zu entrichtenden Rundfunk- und Fernsehgebühren sowie die urheberrechtlichen Vergütungen für den Empfang privater Fernseh- und Hörfunksendungen.

Zu 04 05/671 71

Erstattung von Vergütungen für Diakone und Pastoralassistenten an kirchliche Institutionen für Kräfte, die für den seelsorgerlichen Dienst in den Justizvollzugsanstalten zur Verfügung gestellt werden.

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2026	2027	A	Soll 2025	
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2024	
1	2	3	4	5	C	Ist 2023	
						Tsd. €	6
812 71-3	056	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	2.580,0	2.470,0	A	2.600,0	
					B	1.717,8	
					C	3.364,3	
		Summe der Titelgruppe	54.690,8	54.580,8	A	52.710,8	
					B	53.226,2	
					C	53.296,6	
		72 Arbeitsbetriebskosten					
		<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>					
		<i>Die Mittel sind übertragbar.</i>					
		<i>Vgl. Vermerk zu Tit. 125 01.</i>					
427 72-9	056	Aufwendungen für nebenamtliche und nebenberufliche Tätigkeit	400,0	400,0	A	400,0	
					B	373,3	
					C	374,4	
511 72-6	056	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	1.600,0	1.600,0	A	1.600,0	
					B	2.000,8	
					C	1.997,9	
514 72-3	056	Werkstoffe, Haltung der Fahrzeuge <i>Die im Rahmen von Aufträgen der Staatlichen Bauämter an die Arbeitsbetriebe der Justizvollzugsanstalten für Materialbeschaffungen anfallenden Erstattungen sind durch Absetzen von der Ausgabe bei Tit. 514 72 zu vereinnahmen.</i>	12.400,0	12.400,0	A	12.400,0	
					B	13.915,4	
					C	13.793,2	
518 72-9	056	Ausgaben für Leasing von Fahrzeugen der Arbeitsverwaltung	20,0	20,0	A	20,0	
					B	24,6	
					C	12,4	
527 72-8	056	Reisekostenvergütungen und Entschädigungen bei Außenarbeiten	77,7	77,7	A	77,7	
					B	45,8	
					C	30,8	
533 72-0	056	Berufsbildung der Gefangenen im Rahmen der Arbeitsverwaltung <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Einnahme bei 04 05/235 01.</i>	600,0	600,0	A	600,0	
					B	1.033,4	
					C	835,4	
534 72-9	056	Aufwendungen für Auftragnehmer	63,6	63,6	A	63,6	
					B	73,6	
					C	73,6	

Erläuterungen

Zu 04 05/812 71

Mit den Mitteln werden sowohl Geräte als auch Maschinen für die Versorgung, die medizinische Betreuung und die Bildung der Gefangenen beschafft. Ebenso Haftraumausstattungen und Sportgerätschaften.

	2026	2027
	Tsd. €	Tsd. €
Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für		
- die medizinische Betreuung der Gefangenen	700,0	700,0
- Anstaltswäschereien	400,0	400,0
- Anstaltsküchen	370,0	370,0
- Bildungsmaßnahmen außerhalb der Arbeitsverwaltung	50,0	50,0
- Hafträume (nur Ausstattung)	700,0	700,0
- Erstinvestitionen in die Gefangentelefonie	200,0	200,0
- sonstige Geräte, Maschinen und Ausstattungen mit Kosten über 5,0 Tsd. € im Einzelfall	160,0	50,0
Zusammen	<u>2.580,0</u>	<u>2.470,0</u>

2026 gegenüber 2025:

130,0 Tsd. €	weniger zur Haushaltskonsolidierung,
110,0 Tsd. €	mehr entsprechend Landtags-Änderungsantrag Drs. 19/10885,
<u>20,0 Tsd. €</u>	weniger.

2027 gegenüber 2026:

Weniger 110,0 Tsd. € entsprechend Landtags-Änderungsantrag Drs. 19/10885.

Zu 04 05/72

Die Ausgaben wirken sich unmittelbar auf die Einnahmen bei 04 05/125 01 aus. Sie stehen ferner im Zusammenhang mit der Preisentwicklung.

Im Übrigen wird auf die Art. 39 ff, 146 ff. BayStVollzG Bezug genommen:

- Arbeit, Ausbildung und Weiterbildung dienen insbesondere der Wiedereingliederung nach der Entlassung
- Gefangenen ist wirtschaftlich ergiebige Arbeit zuzuweisen
- Gefangene sollen Gelegenheit zur Ausbildung, Fortbildung und Umschulung haben.

Zu 04 05/514 72

	2026	2027
	Tsd. €	Tsd. €
1. Betriebsstoffe	400,0	400,0
2. Wartung, Reparaturen und Sonstiges	300,0	300,0
Zusammen	<u>700,0</u>	<u>700,0</u>

Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung:

Kosten wie vor	700,0	700,0
Personalausgaben	-	-
Beschaffung von Dienstfahrzeugen	1.282,5	1.282,5
Ausgaben für Leasing/Miete	20,0	20,0
Zusammen	<u>2.002,5</u>	<u>2.002,5</u>

Bestand an Dienstfahrzeugen:

	Soll	Soll	Soll	am 01.02.2025	
	2026	2027	2025	gesamt	davon geleast/ gemietet
Personenkraftwagen einschließlich Kombis	45	45	45	35	-
Nutzfahrzeuge	120	120	120	114	2

	2026	2027
	Tsd. €	Tsd. €
Werkstoffe für alle Arbeitsbetriebe	11.700,0	11.700,0

Ausgaben für Materialbeschaffungen, die bei den Arbeitsbetrieben der Justizvollzugsanstalten im Rahmen von Aufträgen der Staatlichen Bauämter anfallen, können von den Staatlichen Bauämtern direkt aus den bei Kap. 04 05 zugewiesenen Haushaltsmitteln des entsprechenden Titels beglichen werden. Zur Reduzierung des Verwaltungsaufwands können Rechnungsbeträge bis zu 1,0 Tsd. € im Einzelfall zunächst direkt von den Justizvollzugsanstalten beglichen werden. Zu einem späteren Zeitpunkt, solange die Bücher noch nicht abgeschlossen sind, können diese Rechnungen gesammelt den Staatlichen Bauämtern vorgelegt und von dort an die Justizvollzugsanstalten erstattet werden.

Zu 04 05/534 72

Veranschlagt werden die Aufwendungen für den Online-Shop-Betreiber.

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2026	2027	A	Soll 2025
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2024
1	2	3	4	5	C	Ist 2023
						Tsd. €
547 72-4	056	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	1.000,0	1.000,0	A	1.000,0
					B	1.191,0
					C	1.245,5
671 72-2	056	Erstattungen an Unternehmer	400,0	400,0	A	400,0
					B	312,5
					C	158,8
681 72-0	056	Arbeitsentgelt, Ausbildungsbeihilfe, Ausgleichentschädigung, Überbrückungsleistung bei Bedürftigkeit und Taschengeld für Gefangene <i>Vgl. Vermerk zu 04 05/682 72.</i>	24.750,0	24.750,0	A	17.750,0
					B	14.163,2
					C	13.903,4
682 72-9	056	Beiträge für die Gefangenen zur Bundesagentur für Arbeit <i>Gemäß Art. 206 BayStVollzG und § 347 Nr. 3 SGB III einbehaltene Beträge können von der Ausgabe abgesetzt werden.</i>	4.300,0	4.300,0	A	4.300,0
					B	4.279,2
					C	3.074,9
701 72-6	056	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten im Bereich der Arbeitsverwaltung <i>Gegenseitig deckungsfähig mit Titel 701 01. Verpflichtungsermächtigung 2026 Tsd. € 2.000,0 Verpflichtungsermächtigung 2027 Tsd. € 2.000,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	2.280,0	2.280,0	A	2.280,0
					B	2.168,8
					C	1.789,1

Erläuterungen

Zu 04 05/547 72

Veranschlagt sind insbesondere Erstattungen von Kosten für Post- und Fernmeldegebühren, Müllabfuhr u. a sowie Geschäftsbedarf, Steuern und Abgaben, Frachtkosten, Mieten und Pachten. Ebenso die Ausgaben für den Betrieb des Online-Shops (Pflege Produktdatenbank, Logistikkosten, Hostingkosten, Werbebudget, Marketingbudget, Fulfillmentkosten), für Marketingmaßnahmen außerhalb der Eigenmarke "Haftsache" (Service- und Koordinierungsstelle), für den Betrieb der ERP-Software und für Zertifizierungsmaßnahmen (Service- und Koordinierungsstelle). Aus diesen Mitteln können auch Anteile an landwirtschaftlichen Genossenschaften und anderen Vereinigungen erworben werden. Außerdem können daraus anteilige Kosten für Milchsammelstellen bestritten werden.

Zu 04 05/671 72

	2026	2027
	Tsd. €	Tsd. €
Veranschlagt sind:		
Erstattungen an Unternehmen, die im Auftrag der Arbeitsbetriebe Möbel oder Ähnliches aufbauen	80,0	80,0
Kosten für Beratungshonorare (Online-Shop)	10,0	10,0
Kosten für externe Beratungsleistungen (Service- und Koordinierungsstelle)	300,0	300,0
Kosten für Beratungsprojekte (Service- und Koordinierungsstelle)	10,0	10,0
Zusammen	400,0	400,0

Zu 04 05/681 72

Ausgaben für

- Arbeitsentgelt (Art. 46, 149 Abs. 1 BayStVollzG),
- Ausbildungsbeihilfe (Art. 47, 149 Abs. 2 BayStVollzG) und
- Ausgleichsentschädigung (Art. 46 Abs. 11, 149 Abs. 1 BayStVollzG),
- Taschengeld (Art. 54, 149 Abs. 3 BayStVollzG),
- Taschengeld für Untersuchungsgefangene (BayUVollzG).

Aus diesen Mitteln kann auch Verletztengeld im Sinne des § 47 Abs. 6 SGB VII im Auftrag der Bayerischen Landesunfallkasse gewährt werden.

2026 gegenüber 2025:

Mehr 7.000,0 Tsd. € wegen Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

Anpassung der Zweckbestimmung entsprechend Landtags-Änderungsantrag Drs. 19/10891.

Zu 04 05/682 72

Beiträge für die Gefangenen zur Bundesagentur für Arbeit (§ 26 Abs. 1 Nr. 4, § 347 Nr. 3, § 349 Abs. 2 SGB III) und die im Auftrag der Bayerischen Landesunfallkasse von der Justizvollzugsanstalt München abzuführenden Beträge der Bayerischen Landesunfallkasse an die Bundesagentur für Arbeit (§ 26 Abs. 2 Nr. 1, § 347 Nr. 5, § 349 Abs. 3 SGB III) bei Bezahlung von Verletztengeld an Gefangene.

Zu 04 05/701 72

Zur Abgrenzung der Baumaßnahmen der Arbeitsverwaltung von den übrigen Maßnahmen.

	2026	2027
	Tsd. €	Tsd. €
1. Justizvollzugsanstalt Amberg; Erweiterung Arbeitsbetriebsgebäude II.	480,0	480,0
2. Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth; Umbau der Stallungen des Landwirtschaftsbetriebs.	500,0	500,0
3. Justizvollzugsanstalt Ebrach; Erneuerung der Schiebetoranlage.	500,0	500,0
4. Justizvollzugsanstalt Niederschönenfeld; Errichtung einer Ausbildungshalle für den Garten- und Landschaftsbaubetrieb.	400,0	400,0
5. Justizvollzugsanstalt Nürnberg; Sanierung des Flachdaches des Arbeitsbetriebsstättengebäudes. Die Maßnahme dient teilweise der Energieeinsparung und Minderung des CO ² -Ausstoßes.	400,0	400,0
Zusammen	2.280,0	2.280,0

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2026	2027	A	Soll 2025
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2024
1	2	3	4	5	C	Ist 2023
						Tsd. €
						6
811 72-3	056	Erwerb von Kraftfahrzeugen	1.282,5	1.282,5	A	1.350,0
					B	818,1
					C	679,7
812 72-2	056	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	5.985,0	5.985,0	A	6.300,0
					B	2.854,4
					C	4.189,1
		Summe der Titelgruppe	55.158,8	55.158,8	A	48.541,3
					B	43.254,0
					C	42.158,2

Erläuterungen

Zu 04 05/811 72

Enthalten sind 250,0 Tsd. € aus der Bayerischen Klimaschutzoffensive (Klimaverträgliche Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen und gartenbaulichen Betriebe der Justizvollzugsanstalten).

2026	Tsd. €
1. Erstbeschaffung	-
2. Ersatzbeschaffung	
Zu ersetzen:	
Lastkraftwagen (Justizvollzugsanstalt Aichach)	232,5
Schlepper (Justizvollzugsanstalt Aichach)	150,0
Pritschenfahrzeug (Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth)	50,0
Traktor (Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth)	150,0
Transportfahrzeug (Justizvollzugsanstalt Bernau)	100,0
Traktor (Justizvollzugsanstalt Bernau)	150,0
Traktor (Justizvollzugsanstalt Kaisheim)	150,0
Transportfahrzeug (Justizvollzugsanstalt München)	100,0
Transportfahrzeug (Justizvollzugsanstalt Niederschönenfeld)	100,0
Dreiseitenkipper (Justizvollzugsanstalt Nürnberg)	100,0
Zusammen	1.282,5

2027	Tsd. €
1. Erstbeschaffung	-
2. Ersatzbeschaffung	
Zu ersetzen:	
Transportfahrzeug (Justizvollzugsanstalt Bernau)	100,0
Traktor (Justizvollzugsanstalt Bernau)	200,0
Rasenmähertraktor (Justizvollzugsanstalt Bernau)	50,0
Transportfahrzeug (Justizvollzugsanstalt Kaisheim)	100,0
Teleskoplader (Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech)	132,5
Transportfahrzeug (Justizvollzugsanstalt Landshut)	100,0
Traktor (Justizvollzugsanstalt Laufen-Lebenau)	200,0
Transportfahrzeug (Justizvollzugsanstalt München)	100,0
Transportfahrzeug (Justizvollzugsanstalt Neuburg-Herrenwörth)	100,0
Kipper (Justizvollzugsanstalt Nürnberg)	100,0
Transportfahrzeug (Justizvollzugsanstalt Straubing)	100,0
Zusammen	1.282,5

2026 gegenüber 2025:
Weniger 67,5 Tsd. € zur Haushaltskonsolidierung.

Zu 04 05/812 72

Beschaffungen für die Arbeitsbetriebe der Justizvollzugsanstalten, auch im Interesse der Berufsbildung der Gefangenen.

	2026	2027
	Tsd. €	Tsd. €
Geräte, Maschinen, Ausstattungen und Anlagen für		
- Bäckereien	300,0	300,0
- Baubetriebe	200,0	200,0
- Druckereien und Buchbindereien	600,0	900,0
- Gärtnereien	200,0	200,0
- Kfz-Werkstätten	200,0	200,0
- Elektrobetriebe	100,0	100,0
- Umstellung auf ökologische Landwirtschaft	200,0	200,0
- Schlossereien	500,0	500,0
- Schneidereien	200,0	200,0
- Schreinereien	500,0	500,0
- Lohnwäschereien	100,0	100,0
- Schuhmachereien	100,0	100,0
- Arbeitsräume	100,0	100,0
- Allgemeine Ausstattungen	200,0	200,0
- Ausbildung im Dienstleistungsbereich	100,0	100,0
- ERP-Software	2.385,0	2.085,0
Zusammen	5.985,0	5.985,0

2026 gegenüber 2025:
Weniger 315,0 Tsd. € zur Haushaltskonsolidierung.

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2026	2027	A	Soll 2025
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2024
					C	Ist 2023
1	2	3	4	5	Tsd. €	
			6			
		99 Kosten der Datenverarbeitung				
		<i>Für neue IT-Verfahren und wesentliche Kapazitäts- und Qualitätsausweitungen kann aus den Titeln der TG bei den Kapiteln 06 04 und 06 21 die Titelgruppe 60 verstärkt werden. Für das Scannen der Personalbestandsakten im Rahmen des Projekts DiPA-PRO kann ab dem Jahr 2027 aus den Titeln der TG die Titelgruppe 99 bei Kap. 06 05 verstärkt werden.</i>				
511 99-5	056	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	4.156,4	4.156,4	A	4.375,2
					B	1.894,6
					C	2.379,0
514 99-2	056	Verbrauchsmittel	95,0	95,0	A	100,0
					C	0,6
518 99-8	056	Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen sowie für Software	---	---	A	---
519 99-7	056	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen Leitungsverlegungen, Uminstallationen usw.	38,0	38,0	A	40,0
					B	48,6
525 99-9	056	Aus- und Fortbildung	54,0	54,0	A	60,1
					B	14,3
					C	14,0
526 99-8	056	Ausgaben für Sachverständige, EDV-Programmierer, EDV-Gutachter	95,0	95,0	A	100,0
					B	780,0
					C	42,6
533 99-9	056	Nebenkosten der Datenverarbeitung	---	---	A	---
534 99-8	056	Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung und Ähnliche	19,0	19,0	A	20,0
535 99-7	056	Miete für Software	---	---	A	---
812 99-1	056	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	1.837,8	1.837,8	A	1.200,0
					B	1.080,0
					C	1.153,3
		Summe der Titelgruppe	6.295,2	6.295,2	A	5.895,3
					B	3.817,6
					C	3.589,6
		Gesamtausgaben	682.099,3	694.239,3	A	689.441,3
					B	617.885,3
					C	576.508,9

Erläuterungen

Zu 04 05/99

1. In allen 34 Justizvollzugsanstalten werden vernetzte Personalcomputer für folgende Aufgaben eingesetzt:
 - Informationssystem über Gefangenendaten mit Auswertefunktion
 - Verfahren zur Verwaltung und Bearbeitung von Gefangenendaten mit integrierten, aufgabebezogenen Unterstützungsfunktionen für die Bediensteten (z.B. Kammer, Torwache)
 - Gefangenengelderbuchführung
 - Berechnung des Arbeitsentgelts, der Ausbildungsbeihilfe und des Verletztengeldes der Gefangenen
 - Führung der Beschäftigungsübersicht
 - Auftragsbearbeitung und Fakturierung in der Arbeitsverwaltung
 - Zeiterfassung für Bedienstete und Bereitstellung der Daten zur Berechnung der Zulagen für den Dienst zu ungünstigen Zeiten
 - Büroautomation am Arbeitsplatz des Sachbearbeiters mit Zugriff auf das Bayerische Behördennetz.

Die Justizvollzugsanstalten verfügen über eine Vollausrüstung mit IT-Technologie d.h. alle geeigneten Bedienstetenarbeitsplätze und die Arbeitsbetriebe sind in das örtliche DV-Netz eingebunden.

Zum Zwecke des Datenaustausches mit anderen Behörden (z.B. Polizei, Staatsanwaltschaften) sowie für Leitungs- und Steuerungsaufgaben der Aufsichtsbehörde ist eine zentrale Haftdatei mit Gefangenendaten aus allen bayerischen Justizvollzugsanstalten eingerichtet.

Bei der Bayerischen Justizvollzugsschule in Straubing werden vernetzte Personalcomputer zur Automatisierung der Verwaltungsaufgaben und zur Unterstützung bei der Lehrtätigkeit eingesetzt.
2. Es ist beabsichtigt, die Funktionalitäten für die Arbeitsbetriebe zu erweitern (insb. Warenwirtschaft), die elektronische Akte einzuführen und die Anstalten flächendeckend mit einem Programm zur Unterstützung bei der Erstellung und Pflege des Dienstplans auszustatten.
3. Die an das Landesamt für Steuern - Rechenzentrum Nord (RZ Nord) und das Landesamt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung (IT-Dienstleistungszentrum Bayern) nach dem Verursacherprinzip zu zahlenden Verwaltungskosten sind in der Aufstellung bei TG 99 enthalten und wurden mit dem zuständigen Rechenzentrum abgestimmt.

Zu 04 05/511 99

	2026	2027
	Tsd. €	Tsd. €
1. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	1.690,6	1.690,6
2. EDV-Leitungsmieten und laufende Fernmeldekosten	1.690,6	1.690,6
3. Mieten und Wartung	527,7	527,7
4. Bücher und Zeitschriften	-	-
5. Sonstiges	247,5	247,5
Zusammen	4.156,4	4.156,4

2026 gegenüber 2025:
Weniger 218,8 Tsd. € zur Haushaltskonsolidierung.

Zu 04 05/525 99

Schulungsaufwand für das Personal der IT-Leitstelle aufgrund neuer Technologien sowie für die EDV-Sachbearbeiter in den Justizvollzugsanstalten beim Einsatz neuer EDV-Verfahren.

Zu 04 05/812 99

Laufende Ersatzbeschaffungsmaßnahmen für veraltete Ausstattungen.

2026 gegenüber 2025:

60,0 Tsd. €	weniger zur Haushaltskonsolidierung,
697,8 Tsd. €	mehr wegen Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung,
637,8 Tsd. €	mehr.

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2026	2027	A	Soll 2025
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2024
1	2	3	4	5	C	Ist 2023
						Tsd. €
		Abschluss				
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	41.897,8	41.934,5	A B C	39.681,0 39.246,2 39.366,7
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	1.418,0	1.418,0	A B C	1.418,0 967,6 445,9
		Gesamteinnahmen	43.315,8	43.352,5	A B C	41.099,0 40.213,7 39.812,6
		Personalausgaben	353.841,9	362.151,9	A B C	340.735,3 328.914,1 314.222,3
		Sächliche Verwaltungsausgaben	138.029,8	137.588,7	A B C	140.100,1 148.807,0 138.156,9
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	33.027,5	32.977,5	A B C	25.980,6 23.111,8 21.082,3
		Baumaßnahmen	130.495,6	134.965,6	A B C	151.965,6 98.475,7 81.226,1
		Sonstige Sachinvestitionen	26.704,5	26.555,6	A B C	30.659,7 18.576,7 21.821,4
		Gesamtausgaben	682.099,3	694.239,3	A B C	689.441,3 617.885,3 576.508,9
		Zuschuss	638.783,5	650.886,8	A B C	648.342,3 577.671,6 536.696,3

Epl. 04 Bayerisches Staatsministerium der Justiz

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2026	2027	A	Soll 2025
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2024
1	2	3	4	5	C	Ist 2023
						Tsd. €
						6
Abschluss Epl. 04						
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	1.456.829,6	1.456.901,5	A	1.441.577,5
					B	1.254.470,8
					C	1.281.847,4
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	5.949,0	5.949,0	A	5.949,0
					B	4.398,4
					C	3.705,0
		Gesamteinnahmen	1.462.778,6	1.462.850,5	A	1.447.526,5
					B	1.258.869,2
					C	1.285.552,5
		Personalausgaben	2.080.145,5	2.157.016,0	A	2.038.736,5
					B	1.948.089,1
					C	1.859.929,1
		Verpflichtungsermächtigung 2026 Tsd. €	12.600,0			
		Verpflichtungsermächtigung 2027 Tsd. €	1.000,0			
		Sächliche Verwaltungsausgaben	947.222,0	945.085,9	A	933.753,3
					B	897.457,5
					C	829.722,7
		Verpflichtungsermächtigung 2026 Tsd. €	459.482,2			
		Verpflichtungsermächtigung 2027 Tsd. €	117.945,8			
		Ausgaben für den Schuldendienst	8,0	8,0	A	8,0
					B	0,8
					C	3,9
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	58.476,3	58.426,3	A	50.058,7
					B	47.505,0
					C	45.229,4
		Verpflichtungsermächtigung 2026 Tsd. €	18.925,0			
		Verpflichtungsermächtigung 2027 Tsd. €	18.925,0			
		Baumaßnahmen	176.255,4	175.529,6	A	217.939,9
					B	175.978,5
					C	160.707,1
		Verpflichtungsermächtigung 2026 Tsd. €	99.550,0			
		Verpflichtungsermächtigung 2027 Tsd. €	132.450,0			
		Sonstige Sachinvestitionen	76.367,9	74.469,0	A	77.716,5
					B	65.035,2
					C	83.752,5
		Verpflichtungsermächtigung 2026 Tsd. €	70.594,0			
		Verpflichtungsermächtigung 2027 Tsd. €	27.300,0			
		Besondere Finanzierungsausgaben	-50.135,6	-50.135,6	A	-47.333,5
					B	256,1
					C	297,3
		Gesamtausgaben	3.288.339,5	3.360.399,2	A	3.270.879,4
					B	3.134.322,1
					C	2.979.642,0
		Verpflichtungsermächtigung 2026 Tsd. €	661.151,2			
		Verpflichtungsermächtigung 2027 Tsd. €	297.620,8			
		Zuschuss	1.825.560,9	1.897.548,7	A	1.823.352,9
					B	1.875.452,9
					C	1.694.089,5

Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen im Einzelplan 04

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	2026		2027	
		Haushalts- ansatz Tsd. €	Verpfl. Er- mächtigung Tsd. €	Haushalts- ansatz Tsd. €	Verpfl. Er- mächtigung Tsd. €
1	2	3	4	5	6
04 01					
459 01	Prüfungsvergütungen	4.750,0	12.600,0	4.750,0	1.000,0
511 01	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	557,8	300,0	557,8	300,0
518 18	Ausgaben für Leasing von Dienstfahrzeugen	28,5	57,0	28,5	57,0
531 11	Öffentlichkeitsarbeit, Fachveröffentlichungen	311,6	300,0	311,6	300,0
686 02	Forschungsaufgaben im Bereich der Rechtspflege (ohne Strafvollzug)	162,2	100,0	162,2	100,0
812 01	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungs- gegenständen	325,6	600,0	325,6	600,0
04 02					
526 11	Ausgaben für Sachverständige	118,3	100,0	118,3	100,0
527 21	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- angelegenheiten und in Vertretung der Interessen der Schwerbehinderten einschließlich Erstattungen von Auslagen für die Teilnahme an Schulungs- und Bildungsveranstaltungen	199,9	100,0	199,9	100,0
529 02	Zur Verfügung des Staatsministeriums für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	87,8	80,0	62,8	60,0
531 21	Öffentlichkeitsarbeit im Bereich der Gerichte und Justizbehörden, sonstige Veröffentlichungen	100,9	100,0	100,9	100,0
532 01	Leistungen auf Grund von gerichtlichen Entscheidungen oder Prozessvergleichen sowie auf Grund von außergerichtlichen Vergleichen oder Anerkennnissen im Zusammenhang mit der Ausübung der Vertretung des Staates in Rechtsangelegenheiten	250,0	100,0	250,0	100,0
534 01	Nachwuchsgewinnung	164,5	150,0	164,5	150,0
812 02	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungs- gegenständen	500,0	1.000,0	500,0	1.000,0
04 04					
511 01	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	18.071,8	15.000,0	18.071,8	15.000,0
511 02	Entgelte für Postdienstleistungen	25.000,0	20.000,0	25.000,0	20.000,0
514 11	Dienst- und Schutzkleidung	607,5	600,0	607,5	600,0
517 01	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	30.831,1	49.500,0	30.831,1	6.000,0
518 01	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	14.250,0	30.000,0	14.250,0	30.000,0
518 18	Ausgaben für Leasing von Dienstfahrzeugen	597,2	2.388,8	597,2	2.388,8
519 01	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	12.752,1	19.000,0	12.752,1	19.000,0
525 01	Aus- und Fortbildung der Beamten (Richter) und Arbeitnehmer	3.886,2	1.000,0	3.886,2	1.000,0

Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen im Einzelplan 04

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	2026		2027	
		Haushalts- ansatz Tsd. €	Verpfl. Er- mächtigung Tsd. €	Haushalts- ansatz Tsd. €	Verpfl. Er- mächtigung Tsd. €
1	2	3	4	5	6
04 04					
526 26	Sonstige Auslagen in Rechtssachen	5.600,0	-	5.600,0	5.600,0
532 11	Umzugs- und Verlegungskosten von Dienststellen	1.675,0	475,0	475,0	475,0
632 01	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Länder	1.227,3	1.000,0	1.227,3	1.000,0
685 01	Zuschuss für das Projekt "Kein-Täter-werden-Bayern"	925,0	925,0	925,0	925,0
686 03	Ausgaben für die Einrichtung von ambulanten Nachsorgestellen für unter Führungsaufsicht stehende entlassene Straftäter	12.511,0	12.500,0	12.511,0	12.500,0
701 01	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	13.564,0	18.000,0	13.564,0	18.000,0
812 01	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	4.934,7	3.000,0	4.934,7	3.000,0
812 14	Teilneuausstattung Justizbehörden Nürnberg	224,3	200,0	224,3	200,0
812 15	Erwerb von verwaltungseigenen Fernmeldeanlagen, soweit die Ausgaben nicht zu den Baukosten gehören	5.415,0	5.400,0	5.415,0	5.400,0
812 25	Teilneuausstattung Justizbehörden München	701,7	500,0	701,7	500,0
812 30	Ausstattung der Gerichte und Justizbehörden mit Videovernehmungs- und -konferenzenanlagen	3.112,5	3.000,0	3.112,5	3.000,0
812 31	Ausstattung der Gerichte und Staatsanwaltschaften mit technischen Sicherheitseinrichtungen	4.301,0	1.450,0	4.301,0	1.450,0
812 40	Teilneu- und Ergänzungsausstattung Justizbehörden Landshut	179,5	150,0	179,5	150,0
	99 Kosten der Datenverarbeitung				
511 99	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	44.429,8	35.825,0	44.429,8	425,0
519 99	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	1.719,5	1.700,0	1.719,5	1.700,0
526 99	Ausgaben für Sachverständige	47.954,2	258.668,0	47.594,2	-
534 99	Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung und Ähnliche	22.354,5	11.038,4	22.244,5	1.490,0
632 99	Erstattungen zur Finanzierung von länderübergreifenden EDV-Projekten (u.a. bundeseinheitliches Datenbankgrundbuch)	2.902,8	2.900,0	2.902,8	2.900,0
686 99	Zuschüsse und sonstige Ausgaben für Projekte und Initiativen zur Förderung von Vorgründern, Start-ups und Gründern im Legal-Tech Bereich	---	1.500,0	---	1.500,0
812 99	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	27.996,7	45.480,0	27.996,7	-
04 05					
519 01	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	16.197,5	13.000,0	16.197,5	13.000,0
701 01	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	12.015,6	10.000,0	11.685,6	10.000,0

Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen im Einzelplan 04

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	2026		2027	
		Haushalts- ansatz Tsd. €	Verpfl. Er- mächtigung Tsd. €	Haushalts- ansatz Tsd. €	Verpfl. Er- mächtigung Tsd. €
1	2	3	4	5	6
04 05					
812 14	Erstausstattung der neuen Justizvollzugsanstalt Passau	---	1.814,0	---	-
812 40	Erstausstattung der neuen Justizvollzugsanstalt Marktredwitz	---	1.000,0	---	5.000,0
812 48	Ausstattungsmaßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit in bayerischen Justizvollzugsanstalten	4.320,0	4.000,0	4.200,0	4.000,0
812 49	Erneuerung und Erweiterung der Videoüberwachungs- und Videosensoranlagen in den Justizvollzugsanstalten	3.250,0	3.000,0	3.250,0	3.000,0
	72 Arbeitsbetriebskosten				
701 72	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten im Bereich der Arbeitsverwaltung	2.280,0	2.000,0	2.280,0	2.000,0
Epl. 04					
710 00	Staatlicher Hochbau mit Gesamtkosten von mehr als 3 Mio. € je Maßnahme (Anlage S)	148.050,0	69.550,0	148.000,0	102.450,0
	Summe der Verpflichtungsermächtigungen:		661.151,2		297.620,8

Sonderausweis der staatlichen Hochbaumaßnahmen

mit mehr als 3 Mio. € Gesamtkosten im Einzelfall
für den Bereich des

Epl. 04

1. Gesamtdarstellung

		festgesetzte Gesamtkosten Mio. €	davon bis 31.12.2024 verausgabt Mio. €
Festgesetzte Baumaßnahmen	42	2.257,2	1.320,4
<i>davon wegfallend ab 2026</i>	3	43,4	40,3
<i>wegfallend ab 2027</i>	-	-	-
Planungstitel	33		
<i>davon neu aufgenommen</i>	2		

2025 standen 188,0 Mio. € zur Verfügung.

2. Gemäß Nr. 1.3 DBestHG sind die in der Anlage S veranschlagten Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen innerhalb des Einzelplans gegenseitig deckungsfähig.
3. Bei Baumaßnahmen mit geschätzten Gesamtkosten über 3 Mio. € wird die Höhe der künftigen jährlichen Haushaltsmehrbelastungen bei der Aufstellung der Projektunterlage ermittelt und mit dieser dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags anlässlich des Antrages auf Projektfreigabe zur Kenntnis gebracht.
4. Eine Baumaßnahme wird außerhalb der Anlage S im Rahmen einer Öffentlich-Privaten-Partnerschaft finanziert (vgl. Kap. 04 05 Tit. 823 10).

Epl. 04 Bayerisches Staatsministerium der Justiz
Anlage S

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2026	2027	A B C	Soll 2025 Ist 2024 Ist 2023 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
04 04		Gerichte und Staatsanwaltschaften				
710 42-5	051	Justizgebäude in München, Prielmayerstraße 7 (Justizpalast) Brandschutz- und Sanierungsmaßnahmen - z. T. Planung -	---	---	A	---
710 50-4	051	Justizgebäude in München, Prielmayerstraße 5 Brandschutz- und Sanierungsmaßnahmen - z. T. Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2026 Tsd. € 650,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	---	400,0	A	---
711 01-3	051	Baumaßnahmen zur Unterbringung der Gerichte und Justizbehörden in München (Strafjustizzentrum) <i>Die Verpflichtungsermächtigung ist von der allgemeinen</i> <i>Deckungsfähigkeit innerhalb der Anlage S gem. Nr. 1.3</i> <i>DBestHG ausgenommen.</i> <i>Die am Jahresende nicht in Anspruch genommenen</i> <i>Verpflichtungsermächtigungen 2015 i.H.v. 216.000,0 Tsd. €</i> <i>und 2017 i.H.v. 84.000,0 Tsd. € gelten abweichend von</i> <i>Art. 38 i.V.m. Art. 45 BayHO für die Haushaltsjahre 2016 ff in</i> <i>jeweils verbliebener Höhe fort.</i>	20.000,0	12.000,0	A B C	32.000,0 53.217,5 57.378,9
711 06-8	051	Sanierung des Amtsgerichts Fürstfeldbruck - Planung -	***	***	A	---
712 20-9	051	Baumaßnahmen zur Unterbringung des Amtsgerichts Erding - Planung -	---	---	A	---
713 01-1	051	Baumaßnahmen zur Verbesserung der Unterbringung der Justizbehörden in Ingolstadt - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2026 Tsd. € 1.300,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	200,0	900,0	A	500,0
714 02-9	051	Baumaßnahmen zur Unterbringung der Gerichte und Justizbehörden in Rosenheim (Justizzentrum) - Planung -	---	---	A	---

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Gesamtkosten Tsd. €	bis 31.12.2024 verausgabt Tsd. €	ab 2028 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
16.10.2007 08.11.2010	28.500,0	27.192,4	-	- Das 1891-97 errichtete und in die Denkmalliste eingetragene Justizgebäude wird seit einigen Jahren saniert. Die Maßnahme ist in mehrere Bauabschnitte gegliedert. Die Maßnahmen des 1. Bauabschnitts (u.a. Sanierung der Fenster Innenhofseite, Sanierung der Sanitärbereiche, Erneuerung der Lüftungs- und elektrotechnischen Anlagen und Aufzüge, Einbau eines behindertengerechten Zugangs, Durchführung von Brandschutzmaßnahmen) sind abgeschlossen. Der Inhalt und Umfang des 2. Bauabschnitts wird ermittelt. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt.
19.10.2007 14.04.2014	8.000,0	7.768,8	-	- Das 1906-08 errichtete und in die Denkmalliste eingetragene Justizgebäude bedarf dringend der Sanierung. Die Maßnahme umfasst u.a. folgende Teilbereiche: Sanierung der Fenster und Sanitärbereiche, Erneuerung der Aufzüge, Einbau eines behindertengerechten Zugangs, Durchführung von Brandschutzmaßnahmen. Die Baumaßnahmen werden in mehrere Bauabschnitte unterteilt. Der 1. Bauabschnitt ist abgeschlossen. Aufgrund des schlechten Zustands der Dächer soll im Rahmen eines 2. Bauabschnitts eine Dachsanierung samt Sanierung der Fenster und Fassade des Justizgebäudes erfolgen. Die Kosten des 2. Bauabschnitts werden im Rahmen der Planung ermittelt. Mit den veranschlagten Mitteln soll die Planung durchgeführt werden.
03.02.2015 26.02.2026	434.000,0	327.084,9	-	- Im Verlauf der im Jahr 2004 begonnenen Sanierungsarbeiten im Bauteil C des Strafjustizentrums München, Nymphenburger Straße 16/Linprunstraße 25 hat sich herausgestellt, dass eine Sanierung auch der Bauteile A und B nicht mehr mit vertretbaren Kosten erfolgen kann. Aus diesem Grund wird derzeit am südlichen Oberwiesenfeld das neue Strafjustizzentrum München errichtet. Die Gesamtkosten wurden zuletzt am 16.04.2026 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt.
-	-	-	-	- Die Umsetzung der baulichen Maßnahme wird nicht weiterverfolgt.
-	-	-	-	- Das Amtsgericht Erding ist auf mehrere Standorte verteilt untergebracht. Die Raumverhältnisse sind äußerst beengt. Aus diesem Grund ist eine bauliche Erweiterung bzw. die Errichtung eines Neubaus erforderlich. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt.
-	-	-	-	- Die staatseigene Liegenschaft Auf der Schanz 37+37a in Ingolstadt wurde im Jahr 1966 errichtet und im Jahr 1986 vom Freistaat Bayern erworben. Wesentliche Teile des Gebäudes entsprechen nicht mehr den Sicherheits-, Brandschutz-, Lüftungs- und Schadstoffbelastungsstandards. Darüber hinaus besteht u.a. auch ein Bedarf zur energetischen Ertüchtigung des Gebäudes. Im Zuge einer Maßnahme sollen die bestehenden Mängel beseitigt und es soll das Gebäude - insbesondere energetisch - ertüchtigt werden. Insbesondere aus Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten wird alternativ die Errichtung eines Neubaus geprüft. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt. Mit den veranschlagten Mitteln soll die Planung durchgeführt werden.
-	-	-	-	- Das Amtsgericht Rosenheim und die Zweigstelle der Staatsanwaltschaft Traunstein sind sehr beengt und in fünf räumlich weit voneinander entfernten Gebäuden im Stadtgebiet (teilweise Mietgebäude) untergebracht. Bereits im Jahr 1991 wurde vom Freistaat Bayern ein Grundstück auf dem sog. "Beilhackgelände" für die Errichtung eines Zentraljustizgebäudes erworben. In den Jahren 2009/2010 wurde mit einem Kostenaufwand von 4,3 Mio. € ein Teilneubau als erstes Modul des Justizentrums Rosenheim errichtet. Nunmehr soll der Teilneubau in weiteren Bauabschnitten um die noch fehlenden Module ergänzt werden. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt.

Epl. 04 Bayerisches Staatsministerium der Justiz
Anlage S

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2026	2027	A B C	Soll 2025 Ist 2024 Ist 2023 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
04 04						
716 01-8	051	Baumaßnahmen zur Verbesserung der Unterbringung der Justizbehörden in Traunstein - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2026 Tsd. € 1.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2027 Tsd. € 4.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	400,0	750,0	A	---
720 05-8	051	Sanierung des Zentraljustizgebäudes in Landshut - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2026 Tsd. € 1.700,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2027 Tsd. € 750,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	900,0	1.450,0	A	800,0
720 10-1	051	Baumaßnahmen zur Unterbringung des Amtsgerichts Kelheim - Planung -	***	***	A	---
725 03-5	051	Baumaßnahmen zur Unterbringung des Amtsgerichts Memmingen	---	---	A B C	--- -67,7 155,4
725 04-4	051	Amtsgericht Kaufbeuren Erweiterung und Sanierung	---	---	A B C	1.700,0 3.237,7 3.742,7
<u>726 01-6</u>	051	Justizbehörden Augsburg, Am Alten Einlaß 1, Dach-, Fassaden- und Fenstersanierung - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2026 Tsd. € 150,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	50,0	100,0	A	
730 10-9	051	Baumaßnahmen zur Unterbringung des Amtsgerichts Erlangen - Planung -	***	***	A	---
730 35-0	051	Justizgebäude in Nürnberg, Fürther Straße 110 - 112 Bau- und Installationsmaßnahmen - z. T. Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2026 Tsd. € 1.300,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	700,0	1.000,0	A B C	800,0 135,5 398,6
730 40-3	051	Errichtung eines Sitzungssaalgebäudes auf dem ehemaligen VAG-Gelände in Nürnberg	---	---	A B C	--- 57,8 7,0
730 45-8	051	Baumaßnahmen zur Unterbringung der Gerichte und Justizbehörden in Nürnberg (Strafjustizzentrum) - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2027 Tsd. € 1.500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	---	400,0	A B C	400,0 44,7 23,8
731 10-8	051	Baumaßnahmen zur Verbesserung der Unterbringung des Amtsgerichts Fürth	***	***	A C	--- 9,2

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Gesamtkosten Tsd. €	bis 31.12.2024 verausgabt Tsd. €	ab 2028 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
-	-	-	-	- Bereits vor einigen Jahren wurde im Rahmen einer Hochbaumaßnahme ein Neubau für die Staatsanwaltschaft Traunstein (1. Bauabschnitt) errichtet und der amtsgerichtliche Erweiterungsbau (2. Bauabschnitt) fertiggestellt. Im Rahmen des 3. Bauabschnitts sollen nunmehr die Aufstockung des Sitzungssaalgebäudes und die Sanierung des Gebäudes erfolgen. Insbesondere aus Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten wird alternativ die Errichtung eines Neubaus geprüft. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt. Mit den veranschlagten Mitteln soll die Planung durchgeführt werden.
-	-	-	-	- Das staatseigene Zentraljustizgebäude in Landshut, Maximilianstraße 22, das sich in ein Sitzungssaal- sowie ein atriumförmiges Bürogebäude gliedert, beherbergt das Landgericht und große Teile des Amtsgerichts. Im Gebäude besteht erheblicher Sanierungsbedarf, vor allem im Hinblick auf Brandschutz, Elektrik, Lüftungsanlagen, Böden, Büroeinbauten und Flachdächer. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt. Mit den veranschlagten Mitteln soll die Planung durchgeführt werden.
-	-	-	-	- Die Umsetzung der baulichen Maßnahme wird nicht weiterverfolgt.
26.03.2014 15.11.2018	13.250,0	12.507,4	-	- Die Baumaßnahme ist abgeschlossen. Der Vortrag dient der Abrechnung.
30.04.2019 08.03.2023	20.700,0	18.393,6	-	- Die Baumaßnahme ist abgeschlossen. Der Vortrag dient der Abrechnung.
-	-	-	-	- Das Dach der denkmalgeschützten Liegenschaft Am Alten Einlaß 1 muss dringend saniert werden. Im Zuge der Maßnahme soll zudem eine Fassaden- und Fenstersanierung durchgeführt und die Errichtung einer Photovoltaik-Anlage auf dem Dach geprüft werden. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt. Mit den veranschlagten Mitteln soll die Planung durchgeführt werden.
-	-	-	-	- Die Umsetzung der baulichen Maßnahme wird nicht weiterverfolgt.
15.11.2000 06.09.2012	40.140,0	35.926,8	-	- Im Justizgebäude an der Fürther Straße 110-112 in Nürnberg sind umfangreiche Bau- und Installationsmaßnahmen erforderlich: u.a. Erweiterung des EDV-, Telekommunikations- und Starkstromnetzes, Erneuerung von Aufzügen, Brandschutzmaßnahmen, Umbau der Hauptpforte einschließlich Erneuerung der Gebäudemeldeeinrichtungen, eine Anpassung der Kantinenküche an die hygienischen Anforderungen, Sanierung bzw. Teilerneuerung des Kanalsystems, Sanierung der sanitären Anlagen, der Flure und der Heizungsanlage sowie weitere Sicherheitsmaßnahmen. Die Baumaßnahmen werden in Bauabschnitte unterteilt. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt. Mit den veranschlagten Mitteln sollen die 4. Teilbaumaßnahme schlussgerechnet und die 5. Teilbaumaßnahme geplant werden.
02.06.2014 15.07.2020	32.140,0	29.167,6	-	- Die Baumaßnahme ist abgeschlossen. Der Vortrag dient der Abrechnung.
-	-	-	-	- Das direkt an die Anstaltsmauer angebaute Ermittlungsrichtergebäude soll aus Sicherheitsgründen abgerissen werden. Es ist vorgesehen, das Ermittlungsrichtergebäude im Rahmen einer vorgezogenen Teilbaumaßnahme des 2. Bauabschnitts der Errichtung des Strafjustizzentrums Nürnberg auf dem sog. VAG-Gelände zu errichten. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt. Mit den veranschlagten Mitteln soll die Planung durchgeführt werden.
04.05.2018	2.750,0	2.460,5	-	- Die Baumaßnahme ist abgeschlossen.

Epl. 04 Bayerisches Staatsministerium der Justiz
Anlage S

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2026	2027	A	Soll 2025
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2024
1	2	3	4	5	C	Ist 2023
						Tsd. €
						6
04 04						
735 02-4	051	Baumaßnahmen zur Unterbringung der Gerichte und Justizbehörden in Hof, Berliner Platz 1	***	***	A	---
					B	16,3
					C	107,2
735 03-3	051	Erweiterung der Bayerischen Justizakademie in Pegnitz - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2026 Tsd. € 500,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2027 Tsd. € 1.800,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	300,0	900,0	A	1.000,0
735 04-2	051	Errichtung eines Sitzungssaalgebäudes für das Amts- und Landgericht Hof - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2027 Tsd. € 2.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	650,0	2.000,0	A	800,0
735 10-4	051	Amtsgericht Wunsiedel, Sanierung - Planung -	***	***	A	---
740 02-7	051	Baumaßnahmen zur Unterbringung der Gerichte und Justizbehörden in Aschaffenburg	2.000,0	1.000,0	A	4.000,0
					B	2.911,7
					C	2.661,1
742 01-6	051	Baumaßnahmen zur Unterbringung der Gerichte und Justizbehörden in Schweinfurt <i>Verpflichtungsermächtigung 2026 Tsd. € 6.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2027 Tsd. € 12.000,0</i> <i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2027 in Höhe von 12.000,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i> <i>2028 Tsd. € 8.000,0</i> <i>2029 Tsd. € 4.000,0</i>	6.500,0	5.500,0	A	7.000,0
					B	4.157,1
					C	5.545,9
743 01-5	051	Neubau eines Gebäudes für das Amtsgericht Haßfurt	---	---	A	---
					B	4,1
					C	-11,0

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Gesamtkosten Tsd. €	bis 31.12.2024 verausgabt Tsd. €	ab 2028 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
11.02.2009 07.04.2010	28.925,0	26.284,5	-	- Die Baumaßnahme ist abgeschlossen.
-	-	-	-	- Schul- und Unterakunftsgebäude der Justizakademie Pegnitz wurden in den Jahren 2003 bis 2008 letztmals erweitert, umgebaut und saniert. Dennoch ist bereits seit dem Jahr 2012 die Kapazitätsgrenze erneut erheblich überschritten. Neben der Ausbildung der zweiten Qualifikationsebene obliegt der Schule auch die Ausbildung der Gerichtsvollzieher und der Justizwachtmeister. Im Jahr 2013 kam die zentrale Schulung neu eingestellter Beschäftigter hinzu. Außerdem musste das Fortbildungsangebot (insbesondere im Bereich der EDV) kontinuierlich ausgebaut und den aktuellen Erfordernissen an einen zeitgemäßen Bürobetrieb angepasst werden. Dies hat zur Folge, dass aufgrund der fehlenden räumlichen Kapazitäten zahlreiche Fortbildungsveranstaltungen in andere Tagungsstätten verlegt werden müssen. Lehrgangsteilnehmer müssen in nicht unerheblicher Zahl außerhalb des Schulgeländes in privat angebotenen Unterkünften oder in einem Motel in der Stadt Pegnitz untergebracht werden. Bei der Planung sollen Synergieeffekte der Behördenverlagerung des Fachbereichs Rechtspflege der Hochschule für den öffentlichen Dienst in Bayern von Sarnberg nach Pegnitz berücksichtigt werden. Die Gesamtkosten der Baumaßnahme werden im Rahmen der Planung ermittelt. Mit den veranschlagten Mitteln soll die Planung durchgeführt werden.
-	-	-	-	- Entsprechend der baufachlichen Festsetzung vom 11.02.2009 wurde für die Justizbehörden Hof ein neues Zentraljustizgebäude errichtet (vgl. Tit. 735 02). Im Verlauf der Baumaßnahme hat sich herausgestellt, dass auch der Sitzungssaalbau nicht mehr mit vertretbaren Kosten saniert werden kann. Zudem hat sich der Flächenbedarf der Justizbehörden Hof seit dem Beginn der Baumaßnahmen u.a. durch die Gründung des Zentralen Vollstreckungsgerichts in Hof erhöht. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt. Mit den veranschlagten Mitteln soll die Planung durchgeführt werden.
-	-	-	-	- Die Umsetzung der baulichen Maßnahme wird nicht weiterverfolgt.
27.05.2016 15.05.2023	35.000,0	24.419,2	-	- Die Baumaßnahme ist abgeschlossen. Der Vortrag dient der Abrechnung.
02.06.2006 15.05.2023	85.920,0	42.693,8	24.226,2	Die Sanierung des staatseigenen Dienstgebäudes Friedenstraße 2 in Schweinfurt für die Zwecke der Justiz ist nicht wirtschaftlich. Das Gebäude soll abgerissen und durch einen Neubau ersetzt werden. Die Baumaßnahme wird in Teilbaumaßnahmen durchgeführt. Die Kostenfestsetzung beinhaltet die 1. Teilbaumaßnahme, die den Abbruch des fünfstöckigen Nordflügels des ehemaligen Finanzamts, die Sanierung des restlichen Teils für Zwecke des Grundbuchamts und das denkmalgeschützte ehemalige Rentamt umfasste. Die 1. Teilbaumaßnahme ist abgeschlossen. Mit den veranschlagten Mitteln wird die 2. Teilbaumaßnahme fortgeführt. Die 2. Teilbaumaßnahme wird in mehreren Bauabschnitten durchgeführt (1. Bauabschnitt - Abriss des restlichen Finanzamts, 2. Bauabschnitt - Errichtung eines neuen Justizgebäudes und 3. Bauabschnitt - Sanierung des historischen Justizgebäudes). Die Gesamtkosten wurden zuletzt am 05.07.2023 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt.
08.09.2014 19.12.2019	12.040,0	11.562,9	-	- Die Baumaßnahme ist abgeschlossen. Der Vortrag dient der Abrechnung.

Epl. 04 Bayerisches Staatsministerium der Justiz
Anlage S

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2026	2027	A B C	Soll 2025 Ist 2024 Ist 2023 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
04 04						
744 01-4	051	Baumaßnahmen zur Unterbringung des Amtsgerichts Obernburg a. Main - Planung -	---	---	A	---
746 01-2	051	Justizbehörden in Regensburg, Sanierung der Tiefgarage - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2026 Tsd. € 450,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	---	100,0	A	300,0
746 21-8	051	Baumaßnahmen zur Verbesserung der Unterbringung des Amtsgerichts Schwandorf - Planung -	---	---	A	200,0
747 01-1	051	Justizgebäude in Amberg, Regierungsstraße 8-10 Generalsanierung	---	---	A	---
747 02-0	051	Amtsgericht Amberg Erweiterung und Sanierung - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2026 Tsd. € 1.200,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	150,0	500,0	A	500,0
Summe Kapitel 04 04			31.850,0	27.000,0	A B C	50.000,0 63.714,8 70.018,7
04 05		Justizvollzugsanstalten				
710 17-3	056	Justizvollzugsanstalt München Sanierung der Entwässerungsanlagen sowie der Versorgungs- und Arbeitsbetriebe - z. T. Planung -	---	---	A	---

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Gesamtkosten Tsd. €	bis 31.12.2024 verausgabt Tsd. €	ab 2028 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
-	-	-	-	- Das Amtsgericht Obernburg a. Main ist derzeit in einem Gebäude in der Römerstraße 80 (staatseigen) und einem Mietgebäude untergebracht. Im Rahmen der Behördenverlagerung ist geplant, das bisher vom Finanzamt Obernburg genutzte Gebäude in der Römerstraße für die Zwecke der Justiz zu übernehmen. Im Anschluss daran sollen Sanierungsmaßnahmen in den staatseigenen Gebäuden in der Römerstraße durchgeführt werden. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt.
-	-	-	-	- Die Tiefgarage der Justizbehörden in Regensburg unter dem Amtsgerichtsgebäude Augustenstraße 3 ist dringend umfassend sanierungsbedürftig. Neben einer Sanierung des Betons wird insbesondere auch die Erneuerung der Technik (u. a. Brandmeldeanlage, [Sicherheits-]Beleuchtung, Sprinkleranlage, Lüftungsanlage) erforderlich. Aufgrund der starken Schädigungen ist eine Sanierung in Teilen und bei laufendem Betrieb nicht möglich. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt. Mit den veranschlagten Mitteln soll die Planung durchgeführt werden.
-	-	-	-	- Das Amtsgericht Schwandorf ist auf drei Gebäude verteilt untergebracht. Im Hauptgebäude "Kreuzbergstraße 19" und im Gebäude "Kantstraße 1" besteht jeweils Bedarf zur baulichen Verbesserung der Barrierefreiheit, insbesondere im Bereich der Sanitärräume sowie im Zugangs- und Eingangsbereich. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt.
31.08.2004 11.02.2016	27.350,0	27.137,8	-	- Die Baumaßnahme ist abgeschlossen. Der Vortrag dient der Abrechnung.
-	-	-	-	- Das Amtsgericht Amberg ist in mehreren Gebäuden (Paulanerplatz 4 mit Anbau, Baustadelgasse 1) aus unterschiedlichen Bauzeiten untergebracht. In allen Gebäuden besteht erheblicher Sanierungsbedarf (Brandschutz, Barrierefreiheit, Sicherheit, Energieeinsparung). Vorgesehen ist, den funktional absolut unzulänglichen Anbau (ehemaliges Werkstattgebäude) am Paulanerplatz abzureißen und das verbleibende Hauptgebäude durch ein Verbindungsbauwerk an die Baustadelgasse 1 anzubinden. Anschließend sollen die Bestandsbauten am Paulanerplatz und in der Baustadelgasse saniert werden. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt. Mit den veranschlagten Mitteln soll die Planung durchgeführt werden.
30.04.2009	3.750,0	3.056,7	-	- Die Entwässerungsanlagen sowie die Versorgungs- und Arbeitsbetriebe der Justizvollzugsanstalt München müssen dringend erneuert bzw. saniert werden. 1. Teilbaumaßnahme: Erneuerung bzw. Sanierung der Abwasserkanäle und Errichtung eines Regenwasserkanals (Trennung von Schmutz- und Regenwasser). 2. Teilbaumaßnahme: Sanierung der Versorgungs- und der Arbeitsbetriebe. Die Kostenfestsetzung beinhaltet die 1. Teilbaumaßnahme, welche mit Gesamtkosten von 3.056,7 Tsd. € abgeschlossen worden ist. Die Kosten der 2. Teilbaumaßnahme werden im Rahmen der Planung ermittelt.

Epl. 04 Bayerisches Staatsministerium der Justiz
Anlage S

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2026	2027	A	Soll 2025
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2024
1	2	3	4	5	C	Ist 2023
						Tsd. €
						6
04 05						
711 01-0	056	Justizvollzugsanstalt München Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit (Erneuerung der Außenumwehrung und der Videoüberwachungsanlagen)	---	---	A	500,0
					B	2.568,4
					C	7.190,8
711 02-9	056	Justizvollzugsanstalt München Neubau einer Krankenabteilung <i>Verpflichtungsermächtigung 2026 Tsd. € 500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	5.000,0	400,0	A	6.000,0
					B	9.319,9
					C	14.808,3
<u>711 10-9</u>	056	Justizvollzugsanstalt München Sanierungs- und Umbaumaßnahmen im Nordbau - Planung -	---	---	A	
711 20-7	056	Justizvollzugsanstalt München Brandschutzmaßnahmen und Instandsetzung der betriebstechnischen Anlagen - z. T. Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2027 Tsd. € 500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	100,0	100,0	A	650,0
					B	340,9
					C	698,7

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Gesamtkosten Tsd. €	bis 31.12.2024 verausgabt Tsd. €	ab 2028 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
24.02.2016 15.02.2022	33.860,0	29.585,0	3.775,0	<p>Die Justizvollzugsanstalt München muss aufgrund ihrer Zuständigkeit und dem neu hinzugekommenen Hochsicherheitsgerichtssaal die höchsten Sicherheitsanforderungen erfüllen. Die vorhandenen baulichen und elektrotechnischen Sicherheitsanlagen entsprechen nur noch bedingt dem aktuellen Bedarf. Zur Verbesserung der Sicherheitslage sind entsprechende Maßnahmen vorgesehen.</p> <p>Die Gesamtkosten wurden zuletzt am 31.03.2022 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt. Die Baumaßnahme wird mit Gesamtkosten von ca. 33.860,0 Tsd. € abgeschlossen.</p>
13.05.2019 04.10.2022	62.300,0	44.696,5	6.203,5	<p>Die Krankenabteilung der Justizvollzugsanstalt München ist im Nordbau unzureichend untergebracht. Die dort anzutreffenden baulichen, vollzuglichen und hygienischen Rahmenbedingungen sind stark veraltet. Eine Sanierung des Bestandsgebäudes für die Gesundheitsfürsorge von Gefangenen ist im Hinblick auf die Bausubstanz unwirtschaftlich. Es ist deshalb dringend notwendig, einen Neubau zu errichten. Der Neubau wird als zentrale Krankenabteilung konzipiert. Dezentrale Einheiten in anderen Anstalten sollen insoweit überprüft und entsprechende Einsparpotentiale realisiert werden. Die Gesamtkosten wurden zuletzt am 09.11.2022 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt. Mit den veranschlagten Mitteln wird die Baumaßnahme fortgeführt.</p>
-	-	-	-	<p>Die Justizvollzugsanstalt München muss aufgrund ihrer Zuständigkeit die höchsten Sicherheitsstandards erfüllen. Die Bausubstanz sowie die Gebäude- und Sicherheitstechnik des aus dem Jahr 1896 stammenden Unterkunftsgebäudes Nordbau sind veraltet und verbraucht. Deshalb sollen auf Grundlage der Gesamtausbauplanung die dringend notwendigen, umfassenden Sanierungs- und Umbaumaßnahmen durchgeführt werden. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt.</p>
30.01.2015 18.08.2022	8.950,0	7.355,1	-	<p>In der Justizvollzugsanstalt München werden im Rahmen der 1. Teilbaumaßnahme bauliche Brandschutzmaßnahmen sowie die Erneuerung der Trink- und Löschwasserversorgung durchgeführt. Die Gesamtkosten wurden zuletzt am 13.10.2022 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt.</p> <p>In der anschließenden 2. Teilbaumaßnahme sollen weitere bauliche Brandschutzmaßnahmen durchgeführt werden. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt. Mit den veranschlagten Mitteln wird die 1. Teilbaumaßnahme abgeschlossen und mit der Planung der 2. Teilbaumaßnahme begonnen.</p>

Epl. 04 Bayerisches Staatsministerium der Justiz
Anlage S

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2026	2027	A	Soll 2025
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2024
					C	Ist 2023
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
04 05						
711 21-6	056	Justizvollzugsanstalt München Neubau eines Unterkunftsgebäudes - Planung - <i>Die Verpflichtungsermächtigung ist von der allgemeinen Deckungsfähigkeit innerhalb der Anlage S gem. Nr. 1.3 DBestHG ausgenommen.</i> <i>Die am Jahresende nicht in Anspruch genommene Verpflichtungsermächtigung 2027 i.H.v. 46.800,0 Tsd. € gilt abweichend von Art. 38 i.V.m. Art. 45 BayHO für die Haushaltsjahre 2028 ff. in jeweils verbliebener Höhe fort.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2027 Tsd. € 46.800,0</i> <i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2027 in Höhe von 46.800,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i> 2028 Tsd. € 5.000,0 2029 Tsd. € 14.000,0 2030 Tsd. € 19.000,0 2031 Tsd. € 8.800,0	500,0	1.000,0	A	2.300,0
711 34-1	056	Justizvollzugsanstalt Bernau a. Chiemsee Erweiterung, Umbau, Instandsetzung - z. T. Planung -	---	---	A	---
712 02-8	056	Justizvollzugsanstalt Mühldorf am Inn Errichtung eines Unterkunftsgebäudes - Planung -	---	---	A	---

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Gesamtkosten Tsd. €	bis 31.12.2024 verausgabt Tsd. €	ab 2028 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
-	-	-	-	- Die in der Justizvollzugsanstalt München vorhandenen Unterkunftsgebäude Nordbau sowie der West- und der Ostbau mit zusammen ca. 660 Haftplätzen und weiteren ca. 50 Plätzen in der Transportabteilung sind in der kompletten Bausubstanz vollständig verbraucht. In der Vergangenheit wurde gutachterlich festgestellt, dass die Unterkunftsgebäude West- und Ostbau nicht mehr sanierungsfähig sind, sondern durch Neubauten ersetzt werden müssen. Mittelfristig ist der Umbau und die Sanierung des Nordbaus notwendig. Für den Westbau und für den Ostbau müssen Ersatzbauten errichtet werden. Nachdem die genannten Unterkunftsgebäude einen wesentlichen Teil der Belegungsfähigkeit der Anstalt abdecken, muss in einem ersten Schritt ein zusätzliches Unterkunftsgebäude als Ausweichquartier errichtet werden, welches später als zusätzliche Haftplatzkapazität eingebunden wird. In diesem Rahmen soll dort eine weitere psychiatrische Abteilung für den Justizvollzug entstehen. Derzeit verfügen die Justizvollzugsanstalten Straubing und Würzburg über eine solche Abteilung. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt. Mit den veranschlagten Mitteln soll die Planung abgeschlossen und mit der Baumaßnahme begonnen werden.
12.04.1999 11.06.2001	9.663,4	9.663,4	-	- Die Justizvollzugsanstalt Bernau wird auf der Grundlage der Gesamtausbauplanung sukzessive im Rahmen von Teilbaumaßnahmen erweitert, umgebaut, instandgesetzt und modernisiert: 1. Teilbaumaßnahme: Generalsanierung der Wärme- und Energieversorgung. 2. Teilbaumaßnahme: Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit (äußerer Sicherheitszaun, innerer Sicherheitszaun, Einfriedungszaun, Ordnungszaun, Videosensoranlage, Umbau der Torwache 2). 3. Teilbaumaßnahme: Neubau eines Versorgungszentrums mit zentraler Funktion für die Versorgung benachbarter Justizvollzugsanstalten. Die Kostenfestsetzung beinhaltet die 1. und die 2. Teilbaumaßnahme, die abgeschlossen sind. Die Gesamtkosten der 3. Teilbaumaßnahme werden im Rahmen der Planung ermittelt.
-	-	-	-	- Durch den Neubau eines Unterkunftsgebäudes mit ca. 74 Haftplätzen in der Justizvollzugsanstalt Mühldorf am Inn soll Ersatz für den Fall geschaffen werden, dass Straf- und Untersuchungshaftplätze in anderen Justizvollzugsanstalten umgewidmet und für die Abschiebungshaft zur Verfügung gestellt werden müssen. Die vorgesehene Baufläche befindet sich im umwehrten Bereich der Justizvollzugsanstalt Mühldorf am Inn. Aufgrund der bereits vorhandenen Infrastruktur und der baulichen Gegebenheiten ist dort eine zügige und wirtschaftliche Realisierung im laufenden Anstaltsbetrieb möglich. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt.

Epl. 04 Bayerisches Staatsministerium der Justiz
Anlage S

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2026	2027	A B C	Soll 2025 Ist 2024 Ist 2023 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
04 05						
714 01-7	056	Justizvollzugsanstalt Landsberg a. Lech Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit, Instandsetzung, Brandschutzmaßnahmen <i>Verpflichtungsermächtigung 2026 Tsd. € 1.500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.500,0	500,0	A B C	2.000,0 1.147,3 2.155,9
714 02-6	056	Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit (Umwehrungsmauer, Fahrzeugschleuse, Videoüberwachungsanlage) sowie Brandschutz- und Sanierungsmaßnahmen - Planung -	---	100,0	A	500,0
715 21-2	056	Justizvollzugsanstalt Laufen-Lebenau Neubau eines Unterkunftsgebäudes und einer Abteilung für den offenen Vollzug	***	***	A C	--- -28,0
715 30-1	056	Justizvollzugsanstalt Laufen-Lebenau Erneuerung der Anstaltsküche sowie der zentralen Energieversorgung - z.T. Planung -	500,0	100,0	A B C	2.850,0 1.610,0 425,8
718 22-8	056	Justizvollzugsanstalt Neuburg-Herrenwörth Sanierungs- und Brandschutzmaßnahmen	---	---	A B C	--- 161,7 387,8
719 01-2	056	Justizvollzugsanstalt Neuburg a. d. Donau Brandschutz- und Sanierungsmaßnahmen - Planung -	***	***	A	---

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Gesamtkosten Tsd. €	bis 31.12.2024 verausgabt Tsd. €	ab 2028 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
16.11.1999 28.10.2016	33.145,0	25.350,7	7.794,3	<p>In der Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech sind umfangreiche Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen notwendig, die sich wie folgt darstellen:</p> <p>1. Teilbaumaßnahme: Erneuerung bzw. Einbau von elektrotechnischen Sicherheitsanlagen (Kommunikations-, Hausalarm-, Elektroakustik-, Brandmelde-, Rauchmelde-, Wächterkontroll-, Wächtersicherungsanlage) und dringende bauliche Brandschutzmaßnahmen.</p> <p>2. Teilbaumaßnahme: Erneuerung der Stromversorgung, bauliche Brandschutzmaßnahmen (Sicherung der Rettungswege, bauliche Trennung und Unterteilung der Gebäude in Brandabschnitte), Sicherheitsmaßnahmen (Errichtung eines inneren Sicherheitszauns), Erneuerung der Entwässerungsanlagen und Umstellung auf das Trennsystem.</p> <p>Die 1. Teilbaumaßnahme ist abgeschlossen. Mit den veranschlagten Mitteln wird die 2. Teilbaumaßnahme fortgeführt.</p> <p>Die Gesamtkosten wurden zuletzt am 06.12.2016 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt.</p>
-	-	-	-	<p>Zur Verbesserung der Sicherheit muss in der Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech die vorhandene Umwehrungsmauer saniert und der Geländeumgriff mit einer neuen Umwehrungsmauer erweitert sowie eine Fahrzeugschleuse errichtet werden. Die Unterkunftsgebäude sind mit einer neuen Videosensoranlage abzusichern. Die Bereiche Krankenabteilung, Schulgebäude, Torwache, Verwaltung, Anstaltskirche, Wirtschaftsgebäude und das Dach des Gefangenen-Speisesaals müssen saniert sowie die notwendigen Brandschutzmaßnahmen durchgeführt werden. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt.</p>
08.10.2009 11.02.2014	11.710,0	11.538,9	-	<p>Die Baumaßnahme ist abgeschlossen.</p>
02.02.2023	8.100,0	2.396,7	-	<p>Nach über 30-jährigem Vollbetrieb ist die Anstaltsküche der Justizvollzugsanstalt Laufen-Lebenau baulich weitgehend verbraucht und entspricht nur noch bedingt den Anforderungen der Lebensmittelhygiene, den arbeitsmedizinischen Vorschriften und den technischen Regeln für den Arbeitsschutz. Im Rahmen der 1. Teilbaumaßnahme soll deshalb der dringend notwendige Neubau eines Küchengebäudes erfolgen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags hat die Gesamtkosten am 23.03.2023 genehmigt. Für die Neuausrichtung der Energieversorgung in Richtung erneuerbare Energien soll im Vorfeld eines Projektantrags für den Neubau der Energiezentrale zur Bedarfsermittlung ein Energiekonzept erstellt werden. Im Rahmen der 2. Teilbaumaßnahme soll eine Energiezentrale für eine moderne, klimaschonende Energieversorgung für die Gesamtliegenschaft errichtet werden. Mit den veranschlagten Mitteln wird die 1. Teilbaumaßnahme abgeschlossen und die 2. Teilbaumaßnahme geplant. Die Kosten der 2. Teilbaumaßnahme werden im Rahmen der Planung ermittelt.</p>
17.10.2016 15.07.2020	8.360,0	8.098,9	261,1	<p>In der Justizvollzugsanstalt Neuburg-Herrenwörth werden die Küche saniert und das Dach des Arbeitsbetriebsgebäudes instandgesetzt. Ferner werden Maßnahmen zur Verbesserung des baulichen Brandschutzes und die Erneuerung der Haftraumkommunikationsanlage durchgeführt. Die Gesamtkosten wurden zuletzt am 22.09.2020 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt. Die Baumaßnahme wird mit Gesamtkosten von ca. 8.360,0 Tsd. € abgeschlossen.</p>
-	-	-	-	<p>Die Umsetzung der baulichen Maßnahme wird nicht weiterverfolgt.</p>

Epl. 04 Bayerisches Staatsministerium der Justiz
Anlage S

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2026	2027	A B C	Soll 2025 Ist 2024 Ist 2023 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
04 05						
720 13-5	056	Justizvollzugsanstalt Straubing Erweiterung, Instandsetzung, Brandschutzmaßnahmen	---	---	A C	--- 4,0
720 14-4	056	Justizvollzugsanstalt Straubing Umbaumaßnahmen zur Unterbringung einer Sozialtherapeutischen Abteilung	---	---	A B C	--- 0,1 1,3
720 15-3	056	Justizvollzugsanstalt Straubing Umbau- und Sanierungsmaßnahmen (Psychiatrische Abteilung, Mehrzweckhalle, Anstaltskirche, Wirtschaftsgebäude) - z.T. Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2026 Tsd. € 800,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	---	200,0	A B C	200,0 410,1 1.797,5
720 51-8	056	Bayerische Justizvollzugsakademie Straubing Erweiterung und Sanierung - Planung - <i>Die Verpflichtungsermächtigung ist von der allgemeinen</i> <i>Deckungsfähigkeit innerhalb der Anlage S gem. Nr. 1.3</i> <i>DBestHG ausgenommen.</i> <i>Die am Jahresende nicht in Anspruch genommene</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2025 i.H.v. 15.000,0 Tsd. € gilt</i> <i>abweichend von Art. 38 i.V.m. Art. 45 BayHO für die</i> <i>Haushaltsjahre 2026 ff. in jeweils verbliebener Höhe fort.</i>	1.000,0	7.000,0	A B	400,0 131,6
<u>721 10-7</u>	056	Justizvollzugsanstalt Landshut Neubau einer Justizvollzugsanstalt	100,0	---	A	***

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Gesamtkosten Tsd. €	bis 31.12.2024 verausgabt Tsd. €	ab 2028 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
26.05.2003 31.03.2016	31.773,5	31.461,8	-	<p>Die Baumaßnahme im Bereich der Justizvollzugsanstalt Straubing besteht aus den Teilbaumaßnahmen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Brandschutz, Kanalsanierung, Ersatzstromanlagen. 2. Neubau einer Einrichtung für Sicherungsverwahrung. <p>Die Gesamtkosten wurden zuletzt am 13.07.2016 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt. Die Baumaßnahme wird mit Gesamtkosten von ca. 31.500,0 Tsd. € abgeschlossen.</p>
22.10.2015	2.500,0	2.107,1	-	<p>In der Justizvollzugsanstalt Straubing wird eine Sozialtherapeutische Abteilung mit 24 Haftplätzen errichtet. Diese Abteilung wird in den durch den 2013 fertiggestellten Neubau der Einrichtung für Sicherungsverwahrung frei gewordenen Räumen der ehemaligen Sicherungsverwahrung im Haus 2 untergebracht. Hierfür sind Umbau-, Modernisierungs- und Anpassungsmaßnahmen zur Unterbringung von Haft-, Therapie-, Gruppen- und Diensträumen erforderlich. Die Gesamtkosten wurden am 03.12.2015 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt. Die Baumaßnahme wird mit Gesamtkosten von ca. 2.150,0 Tsd. € abgeschlossen.</p>
30.07.2018 19.05.2022	7.520,0	7.179,6	-	<p>Eine RÜV-Begehung hat ergeben, dass das Dachtragwerk der Mehrzweckhalle erhebliche statische Mängel aufweist und vordringlich erneuert werden muss. Die Kostenfestsetzung beinhaltet diese 1. Teilbaumaßnahme, die mit Gesamtkosten von ca. 7.300,0 Tsd. € abgeschlossen wird. Ferner ist das Dach der Anstaltskirche aus statischen Gründen sanierungsbedürftig. Mit den veranschlagten Mitteln wird die 2. Teilbaumaßnahme geplant. Das aus dem Jahre 1917 stammende Haus 3 der Justizvollzugsanstalt Straubing dient der Unterbringung und Behandlung von psychisch auffälligen Gefangenen. Nach über 100-jährigem vollzuglichen Betrieb stehen dringende bauliche Sanierungs- und vollzugsbedingte Modernisierungsmaßnahmen an. Das bisherige Wirtschaftsgebäude soll einer anderen vollzuglichen Nutzung zugeführt werden. Unter anderem müssen für die aus Brandschutzgründen unzureichend untergebrachte Bekleidungskammer neue geeignete Räume geschaffen werden. Die Gesamtkosten der weiteren Teilbaumaßnahmen werden im Rahmen der Planungen ermittelt.</p>
-	-	-	-	<p>Die baulichen Anlagen der Bayerischen Justizvollzugsakademie in Straubing sind dringend sanierungsbedürftig. Wegen der hohen Auslastung müssen zusätzliche Unterkunfts- und Unterrichtsräume, ein neuer Versorgungsbereich, ein größeres Verwaltungsgebäude sowie eine Sporthalle mit vollzuglichen Trainingsräumen geschaffen werden. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags hat die Projektfreigabe für die 1. Teilbaumaßnahme am 17.10.2024 erteilt. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt. Mit den veranschlagten Mitteln wird die Planung für den im Rahmen der 1. Teilbaumaßnahme durchzuführenden Neubau eines Unterkunftsgebäudes abgeschlossen und mit der Baumaßnahme begonnen.</p>
10.04.2000 07.09.2006	72.400,0	69.103,4	-	<p>Die Baumaßnahme wird mit Gesamtkosten von ca. 70.650,0 Tsd. € abgeschlossen.</p>

Epl. 04 Bayerisches Staatsministerium der Justiz
Anlage S

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2026	2027	A	Soll 2025
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2024
1	2	3	4	5	C	Ist 2023
						Tsd. €
						6
04 05						
722 01-7	056	Justizvollzugsanstalt Passau Neubau einer Justizvollzugsanstalt <i>Die Verpflichtungsermächtigung ist von der allgemeinen Deckungsfähigkeit innerhalb der Anlage S gem. Nr. 1.3 DBestHG ausgenommen. Die am Jahresende nicht in Anspruch genommene Verpflichtungsermächtigung 2019 i.H.v. 150.000,0 Tsd. € gilt abweichend von Art. 38 i.V.m. Art. 45 BayHO für die Haushaltsjahre 2020 ff. in jeweils verbliebender Höhe fort. Verpflichtungsermächtigung 2026 Tsd. € 5.000,0 Verpflichtungsermächtigung 2027 Tsd. € 3.000,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	45.000,0	42.000,0	A B C	45.000,0 48.956,5 25.512,4
725 11-2	056	Justizvollzugsanstalt Niederschönenfeld Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit, Erweiterung, Umbau, Instandsetzung - z.T. Planung -	50,0	100,0	A B C	400,0 1.613,8 1.086,4
725 23-8	056	Justizvollzugsanstalt Kaisheim Neubau eines Versorgungszentrums und einer Sporthalle sowie Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit	---	---	A B C	--- 231,1 805,1
726 10-2	056	Justizvollzugsanstalt Aichach Umbau- und Brandschutzmaßnahmen sowie Sanierung der Gebäude- und Sicherheitstechnik - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2026 Tsd. € 600,0 Verpflichtungsermächtigung 2027 Tsd. € 1.000,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	50,0	200,0	A	500,0

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Gesamtkosten Tsd. €	bis 31.12.2024 verausgabt Tsd. €	ab 2028 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
01.08.2018 17.09.2024	286.500,0	92.731,2	61.302,1	Für den Bereich der Straf- und Abschiebungshaft müssen Maßnahmen ergriffen werden, um den Herausforderungen der Migrationskriminalität im südostbayerischen Raum wirksam zu begegnen. Ferner bedingt ein konsequenter Vollzug des Asyl- und Ausländerrechts einen vierten Standort zum Vollzug der Abschiebungshaft. Es ist deshalb unabweisbar, mit zeitlich höchster Priorität, an dem günstig gelegenen Standort in Passau eine neue Justizvollzugsanstalt mit 450 Haftplätzen in Kombination mit einer baulich separaten Einrichtung für Abschiebungshaft mit bis zu 200 Haftplätzen nach modernsten Gesichtspunkten zu errichten. Die Gesamtkosten wurden zuletzt am 04.12.2024 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt. Mit den veranschlagten Mitteln wird die Baumaßnahme durchgeführt.
07.10.2016 10.12.2020	23.800,0	20.221,6	2.000,0	Die Justizvollzugsanstalt Niederschönenfeld soll auf der Grundlage der Gesamtausbauplanung wie folgt erweitert, modernisiert, umgebaut und saniert werden: 1. Teilbaumaßnahme: Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit (Umwehrungsmauer, innerer Sicherheitszaun, Videoüberwachungsanlagen, Torwache mit Sicherheitszentrale, Fahrzeugschleuse, Funktionsgebäude). 2. Teilbaumaßnahme: Der Zellenbau muss mittelfristig saniert und umgebaut werden. Nachdem dieses Unterakunftsgebäude einen wesentlichen Teil der Belegungsfähigkeit der Anstalt abdeckt, muss in einem ersten Schritt ein zusätzliches Unterakunftsgebäude als Ausweichquartier errichtet werden, welches später als zusätzliche Haftplatzkapazität eingebunden wird. Aus vollzuglichen Gründen ist außerdem die Errichtung einer Sporthalle notwendig. Die Gesamtkosten der 1. Teilbaumaßnahme wurden zuletzt am 17.03.2021 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt. Mit den veranschlagten Mitteln wird die 1. Teilbaumaßnahme abgeschlossen und die Planung der 2. Teilbaumaßnahme begonnen. Die Gesamtkosten der 2. Teilbaumaßnahme werden im Rahmen der Planungen ermittelt.
29.05.2015 28.09.2021	35.150,0	34.119,8	-	- Die Versorgungsbetriebe der Justizvollzugsanstalt Kaisheim sind sowohl in der Bausubstanz als auch technisch völlig verbraucht sowie nach Erhöhung der Haftplatzkapazitäten auch nicht mehr ausreichend dimensioniert. Da eine Erweiterung und Sanierung am bisherigen Standort nicht möglich ist, muss dringend ein neues Versorgungszentrum (Küche, Metzgerei, Kantine für Bedienstete) errichtet und mit einem unterirdischen Verbindungsgang an die Unterakunftsgebäude angeschlossen werden. Aus vollzuglichen Gründen ist die Errichtung einer Sporthalle notwendig. Die Gesamtkosten wurden zuletzt am 02.12.2021 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt. Die Baumaßnahme wird mit Gesamtkosten von ca. 34.500,0 Tsd. € abgeschlossen.
-	-	-	-	- Auf der Grundlage des aktuellen Brandschutzkonzepts müssen in der Justizvollzugsanstalt Aichach die geforderten, notwendigen baulichen Brandschutzmaßnahmen durchgeführt werden. Ebenso sind die verbrauchten Anlagen in den Bereichen Gebäude- und Sicherheitstechnik zu erneuern und die begleitenden baulichen Sanierungsmaßnahmen auszuführen. Ferner sind Maßnahmen zur barrierefreien Erschließung erforderlich. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt. Mit den veranschlagten Mitteln wird die Planung durchgeführt.

Epl. 04 Bayerisches Staatsministerium der Justiz
Anlage S

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2026	2027	A B C	Soll 2025 Ist 2024 Ist 2023 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
04 05						
726 21-9	056	Justizvollzugsanstalt Aichach Neubau eines Versorgungszentrums	---	---	A B C	--- -1.029,6 37,7
726 53-0	056	Justizvollzugsanstalt Aichach Umbau und Sanierung des Wirtschaftsgebäudes - Planung -	---	---	A	---
728 10-0	056	Justizvollzugsanstalt Augsburg Neubau einer Justizvollzugsanstalt	---	---	A B C	--- 570,7 122,7
728 11-9	056	Justizvollzugsanstalt Augsburg Neubau einer Jugendarrestanstalt und einer Abteilung des offenen Vollzugs - Planung -	***	***	A	---
730 08-0	056	Justizvollzugsanstalt Nürnberg Neubau eines Gebäudes für Aufnahme und Entlassung, Verwaltung, Besuch und Torwache sowie einer Fahrzeugschleuse	5.000,0	1.000,0	A B C	10.000,0 10.791,1 7.018,9
730 12-4	056	Justizvollzugsanstalt Nürnberg Sanierung der Untersuchungshaftanstalt - z. T. Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2026 Tsd. € 8.200,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2027 Tsd. € 8.300,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	3.000,0	5.500,0	A B C	3.000,0 841,5 24,0
730 20-4	056	Justizvollzugsanstalt Nürnberg Brandschutz- und Sicherheitsmaßnahmen - Planung -	---	---	A	---

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Gesamtkosten Tsd. €	bis 31.12.2024 verausgabt Tsd. €	ab 2028 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
19.05.2010 21.05.2015	21.000,0	19.833,2	-	- Die Versorgungsbetriebe der Justizvollzugsanstalt Aichach (Küche, Wäscherei, Bäckerei, Kantine für Bedienstete) sind baulich sowie ausstattungsmäßig völlig verbraucht und werden durch den Neubau eines Versorgungszentrums ersetzt. Die neuen Gesamtkosten wurden zuletzt am 15.07.2015 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt. Die Baumaßnahme wird mit Gesamtkosten von ca. 20.000,0 Tsd. € abgeschlossen.
-	-	-	-	- Das bisherige Wirtschaftsgebäude in der Justizvollzugsanstalt Aichach kann nunmehr einer anderen vollzuglichen Nutzung zugeführt werden. Nach den vorgesehenen Umbau- und Sanierungsmaßnahmen werden ca. 50 zusätzliche Haftplätze zur Verfügung stehen. Die Gesamtkosten werden zu gegebener Zeit im Rahmen der Planung ermittelt.
19.10.1998 11.04.2014	104.740,0	103.718,5	-	- Neubau der Justizvollzugsanstalt Augsburg in Gablingen mit einer Belegungsfähigkeit von 609 Haftplätzen. Die neuen Gesamtkosten wurden zuletzt am 21.05.2014 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt. Die Baumaßnahme wird mit Gesamtkosten von ca. 104.100,0 Tsd. € abgeschlossen.
-	-	-	-	- Die Maßnahme ist derzeit nicht vorgesehen. Eine Wiederaufnahme erfolgt bei entsprechender Veranschlagungsreife.
15.05.2020 12.10.2021	56.750,0	22.895,1	17.854,9	In der Justizvollzugsanstalt Nürnberg soll auf der Grundlage der Gesamtausbauplanung ein neues Gebäude mit den Funktionen Aufnahme und Entlassung, Verwaltung und Besuch, sowie eine Torwache mit Fahrzeugschleuse errichtet werden. Die Gesamtkosten wurden am 02.12.2021 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt. Mit den veranschlagten Mitteln wird die Baumaßnahme fortgeführt.
26.05.1998 06.02.2025	46.690,0	16.611,3	20.047,8	Die Untersuchungshaftanstalt (Erweiterungsbau und Altbau) der Justizvollzugsanstalt Nürnberg muss dringend umfassend instandgesetzt werden (Hafttraumfenster und -türen, Brandschutzmaßnahmen, Sicherheitszaun, Sanitär- und Elektroinstallation, Lüftungsanlage, Kommunikationsanlage, Fassaden). Die Kostenfestsetzung beinhaltet die 1. - 4. Teilbaumaßnahme. Die Teilkosten der 1. - 4. Teilbaumaßnahme sind zuletzt am 03.04.2025 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt worden. Die Teilbaumaßnahmen 1 - 3 sind abgeschlossen. Mit den veranschlagten Mitteln wird die 4. Teilbaumaßnahme durchgeführt und mit den Planungen für die 5. Teilbaumaßnahme begonnen.
-	-	-	-	- In der Justizvollzugsanstalt Nürnberg müssen dringende Maßnahmen zur Verbesserung des baulichen Brandschutzes und der vollzuglichen Sicherheit durchgeführt werden. Die Gesamtkosten werden zu gegebener Zeit im Rahmen der Planung ermittelt.

Epl. 04 Bayerisches Staatsministerium der Justiz
Anlage S

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2026	2027	A B C	Soll 2025 Ist 2024 Ist 2023 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
04 05						
735 10-1	056	Justizvollzugsanstalt Ebrach Erweiterung, Umbau, Instandsetzung - z.T. Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2026 Tsd. € 11.300,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2027 Tsd. € 15.900,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.300,0	3.500,0	A B C	3.600,0 1.031,8 1.181,1
735 20-9	056	Justizvollzugsanstalt Ebrach Erneuerung der Trink- und Löschwasserversorgung sowie Instandsetzung der Abwasserkanäle <i>Verpflichtungsermächtigung 2026 Tsd. € 2.200,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2027 Tsd. € 2.500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.500,0	1.500,0	A B C	800,0 123,2 334,1
736 30-6	056	Justizvollzugsanstalt Hof Neubau einer Einrichtung für Abschiebungshaft	---	---	A B C	200,0 123,2 55,3
736 51-0	056	Justizvollzugsanstalt Hof Neubau eines Verwaltungsgebäudes - Planung -	***	***	A	---
737 01-0	056	Justizvollzugsanstalt Bamberg Maßnahmen zur Sicherstellung der Betriebssicherheit - Planung -	---	---	A	---

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Gesamtkosten Tsd. €	bis 31.12.2024 verausgabt Tsd. €	ab 2028 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
30.04.2009 21.03.2014	21.140,0	15.685,4	5.481,2	<p>In der Justizvollzugsanstalt Ebrach sollen auf der Grundlage der Gesamtausbauplanung in Abschnitten die dringend notwendigen Umbau-, Neubau- und Sanierungsmaßnahmen durchgeführt werden:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Teilbaumaßnahme: Umbau des Gebäudes "Alte Mühle" zur Errichtung einer Abteilung für den offenen Vollzug mit 25 Haftplätzen und 5 Plätzen für die nachsorgende Betreuung (sog. "Notanker"). 2. Teilbaumaßnahme: Kanalsanierung und Erneuerung des Sportplatzes. 3. Teilbaumaßnahme: Instandsetzung der Dächer und Sanierung des Kaisersaals. 4. Teilbaumaßnahme: Verlegung der Torwache und des Besuchsbereichs, Abbruch der Unterkunftsgebäude II und III mit Ersatzneubau, Umbau und Sanierung des Unterkunftgebäudes I. <p>Die Kostenfestsetzung beinhaltet die 1. - 3. Teilbaumaßnahme. Die Gesamtkosten wurden zuletzt am 21.05.2014 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt. Die 1. und die 2. Teilbaumaßnahme sind abgeschlossen. Mit den veranschlagten Mitteln wird die 3. Teilbaumaßnahme fortgeführt und die 4. Teilbaumaßnahme geplant. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags hat am 15.05.2024 die Projektfreigabe für die 4. Teilbaumaßnahme erteilt. Die Kosten der 4. Teilbaumaßnahme werden im Rahmen der Planung ermittelt.</p>
22.07.2025	15.300,0	780,3	10.719,7	<p>Die gesamte Trink- und Löschwasserversorgung der Justizvollzugsanstalt Ebrach ist nach Maßgabe der gesetzlichen Vorgaben der Trinkwasserverordnung zu erneuern. Gleichzeitig müssen die defekten Abwasserkanäle instandgesetzt werden. Die Gesamtkosten wurden am 15.10.2025 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt. Mit den veranschlagten Mitteln wird die Baumaßnahme durchgeführt.</p>
20.06.2018 01.07.2019	78.500,0	68.940,6	-	<p>Abschiebungshaft wird in Bayern in Amtshilfe für das zuständige Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration in der Justizvollzugsanstalt Eichstätt vollzogen, die zur Einrichtung für Abschiebungshaft umgewidmet wurde. Nachdem Asylverfahren weiter beschleunigt und die Anzahl der Rückführungen weiter erhöht werden sollen, werden in der Folge die Abschiebungshaftzahlen noch weiter ansteigen. Bereits jetzt können die vorhandenen Kapazitäten den Bedarf nicht jederzeit abdecken. Zur konsequenten Durchsetzung des geltenden Ausländerrechts ist aber die Möglichkeit, Abschiebungshaft vollziehen zu können, unabdingbar. Deshalb soll eine weitere Einrichtung mit 150 Abschiebungshaftplätzen geschaffen werden. In Hof ist direkt neben der Justizvollzugsanstalt ein geeignetes, bebaubares Grundstück verfügbar, welches sich im Staatseigentum befindet. Im Rahmen einer 1. Teilbaumaßnahme werden bauvorbereitende Maßnahmen vorweg durchgeführt. Die Gesamtkosten dieser 1. Teilbaumaßnahme wurden am 04.07.2018 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt. Die Gesamtkosten der 2. Teilbaumaßnahme wurden am 09.07.2019 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt. Die Baumaßnahme wird mit Gesamtkosten von ca. 70.000,0 Tsd. € abgeschlossen.</p>
-	-	-	-	<p>- Die Maßnahme ist derzeit nicht vorgesehen. Eine Wiederaufnahme erfolgt bei entsprechender Veranschlagungsreife.</p>
-	-	-	-	<p>- Die Justizvollzugsanstalt Bamberg ist in einer baulichen Anlage untergebracht, welche ursprünglich wohl aus dem Jahre 1754 stammt. Die Bausubstanz sowie die Gebäude- und Sicherheitstechnik sind veraltet und verbraucht. Der bauliche Brandschutz genügt nicht mehr den Anforderungen. Ein sicherer vollzoglicher Betrieb ist kaum noch möglich. Nachdem sich der Neubau (siehe Kap. 04 05 Tit. 737 55) wegen des bisher ungesicherten Grunderwerbs nicht in der vorgesehenen Geschwindigkeit realisieren lässt, muss der Altbestand soweit ertüchtigt werden, dass ein zuverlässiger vollzoglicher Betrieb bis zur Inbetriebnahme des Neubaus möglich ist. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt.</p>

Epl. 04 Bayerisches Staatsministerium der Justiz
Anlage S

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2026	2027	A B C	Soll 2025 Ist 2024 Ist 2023 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
04 05						
737 55-5	056	Justizvollzugsanstalt Bamberg Neubau einer Justizvollzugsanstalt - Planung -	---	100,0	A	100,0
738 01-9	056	Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth Umbau, Instandsetzung, Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit	---	---	A B C	--- 430,6 94,5
738 21-5	056	Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth Neubau einer Sozialtherapeutischen Abteilung und einer Sporthalle - Planung -	---	---	A	---
738 25-1	056	Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth Neubau eines Versorgungszentrums und Erneuerung Wärmeversorgung - Planung -	100,0	200,0	A B C	6.000,0 27,4 57,4
738 53-6	056	Justizvollzugsanstalt Marktredwitz Neubau einer Justizvollzugsanstalt <i>Die Verpflichtungsermächtigung ist von der allgemeinen Deckungsfähigkeit innerhalb der Anlage S gem. Nr. 1.3 DBestHG ausgenommen. Die am Jahresende nicht in Anspruch genommene Verpflichtungsermächtigung 2024 i.H.v. 191.000,0 Tsd. € gilt abweichend von Art. 38 i.V.m. Art. 45 BayHO für die Haushaltsjahre 2025 ff. in jeweils verbliebener Höhe fort. Verpflichtungsermächtigung 2026 Tsd. € 9.000,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	45.000,0	50.000,0	A B C	45.000,0 8.537,7 6.723,1
740 02-4	056	Justizvollzugsanstalt Würzburg Ersatzneubau der Anstaltsküche, Errichtung einer Fahrzeugschleuse und Rückbau der Bestandsküche <i>Verpflichtungsermächtigung 2026 Tsd. € 9.800,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	3.000,0	3.500,0	A B C	4.000,0 719,4 374,6

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Gesamtkosten Tsd. €	bis 31.12.2024 verausgabt Tsd. €	ab 2028 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
-	-	-	-	- Die alte Justizvollzugsanstalt befindet sich im Stadtkern von Bamberg und hat keine Umweh rung. Die baulichen Voraussetzungen und die schlechte Gebäudesubstanz sind für einen sicheren und modernen Justizvollzug nur noch bedingt geeignet. Es ist deshalb unabweisbar, an einem günstigeren Standort eine neue Justizvollzugsanstalt nach modernsten Gesichtspunkten zu bauen. Die Gesamtkosten werden zu gegebener Zeit im Rahmen der Planung ermittelt.
01.02.2007 15.05.2023	15.050,0	14.479,9	-	- Die Kostenfestsetzung beinhaltet die 1. Teilbaumaßnahme mit dem Umbau und der Sanierung der Häuser G und H sowie der Instandsetzung der Entwässerungsanlagen (Anstalt II) und die 2. Teilbaumaßnahme mit der Instandsetzung der Entwässerungsanlagen in der Anstalt I und der Außenstelle St. Johannis der Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth. Im Rahmen der 3. Teilbaumaßnahme soll eine Personen-Notsignal-Anlage und eine BOS-Objektfunkanlage für den gesamten Anstaltsbereich errichtet werden. Die Gesamtkosten wurden zuletzt am 05.07.2023 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt. Die Baumaßnahme wird mit Gesamtkosten von ca. 15.050,0 Tsd. € abgeschlossen.
-	-	-	-	- Entsprechend dem Konzept für den Ausbau der Sozialtherapie soll in der Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth eine Sozialtherapeutische Abteilung für Gewaltstraftäter mit 24 Haftplätzen und eine aus vollzuglichen Gründen dringend notwendige Sporthalle errichtet werden. Die Gesamtkosten werden zu gegebener Zeit im Rahmen der Planung ermittelt.
-	-	-	-	- Bei den Versorgungsbetrieben in der Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth ist der bauliche und technische Bestand veraltet, verbraucht und entspricht nicht mehr den Anforderungen. Da eine Sanierung nicht wirtschaftlich ist, muss ein Neubau errichtet werden. Zur Erzielung von Synergieeffekten sollen diese Versorgungsbetriebe die neue Justizvollzugsanstalt in Marktredwitz, die Einrichtung für Abschiebungshaft in Hof sowie die Justizvollzugsanstalten Hof und Kronach teils mit Verpflegung und Waschleistungen mitversorgen. Gleichzeitig sollen weitere Bereiche der Bestandsliegenschaft hinsichtlich der Wärmeversorgung auf regenerative Energie umgestellt werden. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt. Mit den veranschlagten Mitteln wird die Planung der Baumaßnahme durchgeführt.
20.07.2018 23.09.2024	369.000,0	22.045,5	206.954,5	Im Rahmen des Konzepts der Heimatstrategie "Regionalisierung von Verwaltung - Behördenverlagerungen 2015" wird in der Stadt Marktredwitz (Landkreis Wunsiedel) eine neue Justizvollzugsanstalt gebaut. Sie soll eine Belegungsfähigkeit von 364 Haftplätzen haben, die sich wie folgt zusammensetzt: 120 Haftplätze für weibliche Gefangene einschließlich einer Mutter-Kind-Abteilung mit 10 Haftplätzen, 220 Haftplätze für männliche Gefangene und 24 Haftplätze in einer geriatrischen Abteilung. Im Rahmen einer 1. Teilbaumaßnahme wurden bauvorbereitende Maßnahmen vorweg durchgeführt. Die Gesamtkosten dieser 1. Teilbaumaßnahme wurden am 19.09.2018 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt. Die 1. Teilbaumaßnahme ist abgeschlossen. Im Rahmen der 2. Teilbaumaßnahme wird die Justizvollzugsanstalt errichtet. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags hat am 05.12.2024 die Gesamtkosten der 2. Teilbaumaßnahme genehmigt. Mit den veranschlagten Mitteln wird die Baumaßnahme durchgeführt.
14.10.2025	46.000,0	1.242,4	34.257,6	Die Anstaltsküche in der Justizvollzugsanstalt Würzburg ist in ihrem baulichen Bestand dringend sanierungsbedürftig. Da eine Sanierung am bisherigen Standort unwirtschaftlich ist, wird ein Ersatzneubau an anderer Stelle errichtet. Im Rahmen des Bauvorhabens soll durch einen werthaltigen Ausbau der Baustellenzufahrt mit Fahrzeugschleuse gleichzeitig eine auf Dauer nutzbare, zweite Zufahrtsmöglichkeit in die Anstalt geschaffen werden. Die Bestandsküche soll bis auf den Rohbau zurückgebaut werden, um das Gebäude einer anderweitigen Nutzung zuzuführen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags hat die Gesamtkosten am 03.12.2025 genehmigt. Mit den veranschlagten Mitteln wird die Baumaßnahme durchgeführt.

Epl. 04 Bayerisches Staatsministerium der Justiz
Anlage S

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2026	2027	A	Soll 2025
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2024
1	2	3	4	5	C	Ist 2023
						Tsd. €
						6
04 05						
745 21-6	056	Justizvollzugsanstalt Amberg Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des baulichen Brandschutzes <i>Verpflichtungsermächtigung 2026 Tsd. € 1.300,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2027 Tsd. € 1.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.000,0	1.000,0	A B C	1.000,0 790,0 920,5
745 23-4	056	Justizvollzugsanstalt Amberg Erweiterungs- und Instandsetzungsmaßnahmen (Arbeitsbetriebe) - Planung -	***	***	A	---
745 31-4	056	Justizvollzugsanstalt Amberg Bauliche Brandschutzmaßnahmen und Sanierung <i>Verpflichtungsermächtigung 2026 Tsd. € 2.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2027 Tsd. € 1.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.500,0	1.500,0	A B C	2.000,0 84,6 450,9
746 01-9	056	Justizvollzugsanstalt Regensburg Erweiterung, Umbau, Instandsetzung - z. T. Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2026 Tsd. € 3.100,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2027 Tsd. € 400,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.000,0	1.500,0	A B C	1.000,0 84,2 50,8
		Summe Kapitel 04 05	116.200,0	121.000,0	A B C	138.000,0 89.617,0 72.291,3
		Verpflichtungsermächtigung 2026 Tsd. € 55.300,0 Verpflichtungsermächtigung 2027 Tsd. € 80.400,0				
		Summe Epl. 04	148.050,0	148.000,0	A B C	188.000,0 153.331,8 142.310,0
		Verpflichtungsermächtigung 2026 Tsd. € 69.550,0 Verpflichtungsermächtigung 2027 Tsd. € 102.450,0				

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Gesamtkosten Tsd. €	bis 31.12.2024 verausgabt Tsd. €	ab 2028 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
15.05.2018 03.06.2024	17.500,0	4.673,1	9.826,9	In der Justizvollzugsanstalt Amberg müssen zur Verbesserung der Sicherheit die Torwache umgebaut und saniert sowie ein neuer Beobachtungsturm errichtet werden. Im Zuge des Einbaus der Personen-Notsignal-Anlage werden begleitend bauliche Brandschutzmaßnahmen durchgeführt. Die Gesamtkosten wurden zuletzt am 10.07.2024 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt. Mit den veranschlagten Mitteln wird die Baumaßnahme durchgeführt.
-	-	-	-	Die Umsetzung der baulichen Maßnahme wird nicht weiterverfolgt.
03.01.2024	18.600,0	638,0	12.962,0	In der Justizvollzugsanstalt Amberg ist eine Verbesserung des baulichen Brandschutzes unbedingt erforderlich. Begleitend dazu müssen die notwendigen Sanierungen am Gebäudebestand durchgeführt werden. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags hat die Gesamtkosten am 21.02.2024 genehmigt. Mit den veranschlagten Mitteln wird die Baumaßnahme durchgeführt.
08.09.2009 11.05.2018	38.690,0	37.625,0	-	Die Justizvollzugsanstalt Regensburg wird auf der Grundlage der Gesamtausbauplanung saniert, umgebaut, erweitert und modernisiert: 1. Teilbaumaßnahme: Neubau eines Betriebsgebäudes (Arbeits- und Versorgungsbetriebe), Errichtung des Westflügels (Besuchsbereich, Transportabteilung, Aufnahme und Entlassung, Hafträume, Verwaltung), Neubau der Torwache mit Fahrzeugschleuse, Sanierung des Südbaus und Erstellung der Außenanlagen. 2. Teilbaumaßnahme: Sanierung des Mittel- und des Nordbaus, Errichtung des Ostflügels (Unterkunftsgebäude) sowie Erstellung der Außenanlagen. Die Kostenfestsetzung beinhaltet die 1. Teilbaumaßnahme, welche mit Gesamtkosten von ca. 38.690,0 Tsd. € abgeschlossen wird. Die Gesamtkosten der 2. Teilbaumaßnahme werden im Rahmen der Planung ermittelt. Mit den veranschlagten Mitteln wird die Planung der 2. Teilbaumaßnahme fortgeführt.

Stellenplan

für den Geschäftsbereich des
Bayerischen Staatsministeriums der Justiz

- Einzelplan 04 -

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2025	2026	2027
1	2	3	4	5	6
422 01	Planmäßige Beamte				
	Ministerialdirektor, Ministerialdirektorin	B9	1	1	1
	Ministerialdirigenten, Ministerialdirigentinnen	B6	8	8	8
	Leitender Ministerialrat, Leitende Ministerialrätin	B4	1	1	1
	Leitende Ministerialräte, Leitende Ministerialrätinnen	B3	5	5	5
	Ministerialräte, Ministerialrätinnen		22,10	25,10	25,10
	Ministerialräte, Ministerialrätinnen	A16	24	28	28
	Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	A15	18	23	23
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	A14	13,59	13,59	13,59
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen	A13+AZ	2	2	2
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen	A13	15,25	16,25	16,25
	Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	A12	8	8	8
	Regierungsamtswänner, Regierungsamtswfrauen	A11	5,51	7,51	7,51
	Regierungsoberinspektor, Regierungsoberinspektorin	A10	1	1	1
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	A9+AZ	15	12	12
	Technischer Inspektor, Technische Inspektorin		1	1	1
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	A9	7,50	10,50	10,50
	Technischer Inspektor, Technische Inspektorin		1	1	1
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	A8	2	1	1
	Verwaltungsbetriebshauptsekretäre, Verwaltungsbetriebshauptsekretärinnen		2	3	3
	Regierungsobersekretär, Regierungsobersekretärin	A7	0,50	0,50	0,50
	Verwaltungsbetriebsobersekretäre, Verwaltungsbetriebsobersekretärinnen		3	2	2
	Verwaltungsbetriebssekretäre, Verwaltungsbetriebssekretärinnen	A6+AZ	3	3	3
	Zusammen		159,45	173,45	173,45
	Zugang/Abgang			+14	-
	Leerstellen				
	Ministerialdirigent, Ministerialdirigent	B6	1	1	1
	Ministerialrat, Ministerialrätin	B3	1	1	1
	Ministerialräte, Ministerialrätinnen	A16	4	4	4
	Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	A15	4	4	4
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	A14	6	6	6
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen	A13	7	7	7
	Regierungsamtsrat, Regierungsamtsrätin	A12	1	1	1
	Regierungsamtswänner, Regierungsamtswfrauen	A11	2	2	2
	Regierungsinspektor, Regierungsinspektorin	A9+AZ	1	1	1
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	A9	3	3	3
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	A8	4	4	4
	Zusammen		34	34	34
422 31	Abgeordnete Beamte (Richter)				
		R9- R1,A16- A3	10	34	34
		A16+AZ -A3	4	2	2
	Zusammen		14	36	36
	Zugang/Abgang			+22	-

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2026	2027	
1	2	3	4
Personalsoll A (Personal auf Stellen)			
Umsetzung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
B3 Ministerialräte, Ministerialrätinnen	+2	-	Umsetzung und Umwandlung von 04 04 / 422 01 BesGr R3
A16 Ministerialräte, Ministerialrätinnen	+1	-	Umsetzung und Umwandlung von 04 04 / 422 01 BesGr R2
	+2	-	Umsetzung und Umwandlung von 04 04 / 422 01 BesGr R2
	+1	-	Umsetzung und Umwandlung von 04 04 / 422 01 BesGr R2
A15 Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	+2	-	Umsetzung und Umwandlung von 04 04 / 422 01 BesGr R1
	+2	-	Umsetzung und Umwandlung von 04 04 / 422 01 BesGr R1
Summe Umsetzung	+10	-	
Umwandlung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A15 Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	+1	-	Umwandlung von 428 01 EGr 15
	+1	-	Umwandlung von 428 01 EGr 15
A9 Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	+1	-	Umwandlung von 428 01 EGr 9
A8 Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	+1	-	Umwandlung von 428 01 EGr 8
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E15 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr A15
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr A15
E9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr A9
E8 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr A8
Summe Umwandlung	-	-	
kostenneutrale Hebung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
B3 Ministerialräte, Ministerialrätinnen	+1	-	kostenneutrale Hebung von BesGr A16
A16 Ministerialräte, Ministerialrätinnen	-1	-	kostenneutrale Hebung nach BesGr B3
	+1	-	kostenneutrale Hebung von BesGr A15
A15 Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	-1	-	kostenneutrale Hebung nach BesGr A16
A13 Regierungsräte, Regierungsrätinnen	+1	-	kostenneutrale Hebung von BesGr A12
A12 Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	-1	-	kostenneutrale Hebung nach BesGr A13
	+1	-	kostenneutrale Hebung von BesGr A11
A11 Regierungsamtswänner, Regierungsamtswfrauen	-1	-	kostenneutrale Hebung nach BesGr A12
	+3	-	kostenneutrale Hebung von BesGr A10
A10 Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	-3	-	kostenneutrale Hebung nach BesGr A11
	+3	-	kostenneutrale Hebung von BesGr A9+AZ

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2025	2026	2027
1	2	3	4	5	6
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 15	E15	2	-	-
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 10	E10	3	4	4
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E9	26	24	24
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E8	8	7	7
	Zusammen		39	35	35
	Zugang/Abgang			-4	-
428 21	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen		3,34	3,34	3,34
	Zusammen		3,34	3,34	3,34
	Gesamtübersicht				
422 01	Planmäßige Beamte		159,45	173,45	173,45
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		39	35	35
	Personalsoll A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		198,45	208,45	208,45
	Ferner:				
428 21	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		3,34	3,34	3,34
	Personalsoll B		3,34	3,34	3,34
	Gesamtsumme Personalsoll A + B		201,79	211,79	211,79

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2026	2027	
1	2	3	4
A9 Regierungsinspektoren, +AZ Regierungsinspektorinnen	-3	-	kostenneutrale Hebung nach BesGr A10
A9 Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	+1	-	kostenneutrale Hebung von BesGr A8
	+1	-	kostenneutrale Hebung von BesGr A8
A8 Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	-1	-	kostenneutrale Hebung nach BesGr A9
	-1	-	kostenneutrale Hebung nach BesGr A9
	+1	-	kostenneutrale Hebung von BesGr A7
A7 Verwaltungsbetriebshauptsekretäre, Verwaltungsbetriebshauptsekretärinnen	-1	-	kostenneutrale Hebung nach BesGr A8
	-1	-	kostenneutrale Hebung nach BesGr A9
	+1	-	kostenneutrale Hebung von BesGr A7
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E10 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	-	kostenneutrale Hebung von EGr 9
E9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	kostenneutrale Hebung nach EGr 10
Summe kostenneutrale Hebung	-	-	
Zu- und Abgang Personalsoll A	+10	-	
STELLEN FÜR ABGEORDNETE BEAMTE			
neu			
Titel 422 31 (Abgeordnete Beamte (Richter))			
R9-R1,A16-A3	+12	-	neu
	+10	-	neu
Summe neu	+22	-	
Umwandlung			
Titel 422 31 (Abgeordnete Beamte (Richter))			
R9-R1,A16-A3	+2	-	Umwandlung von 422 31 BesGr A16+AZ-A3
A16+AZ-A3	-2	-	Umwandlung nach 422 31 BesGr R9-R1,A16-A3
Summe Umwandlung	-	-	
Zu- und Abgänge insgesamt	+22	-	

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl																																						
			2025	2026	2027																																				
1	2	3	4	5	6																																				
	<p><i>Folgende (Plan-) Stellen sowie die entsprechenden Personalmittel erhalten den Vermerk „kw gemäß Art. 6 Abs. 9 Haushaltsgesetz 2026/2027“:</i></p> <table border="1"> <thead> <tr> <th>Kapitel</th> <th>Titel</th> <th>BesGr/EGr</th> <th>Stellenzahl</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>04 04</td> <td>422 01</td> <td>A10</td> <td>7,00</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> <td>A9+AZ</td> <td>3,00</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> <td>A8</td> <td>7,00</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> <td>A7</td> <td>2,00</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> <td>A6</td> <td>54,00</td> </tr> <tr> <td></td> <td>428 11</td> <td>-</td> <td>35,00</td> </tr> <tr> <td>04 05</td> <td>422 01</td> <td>A7</td> <td>40,00</td> </tr> <tr> <td></td> <td>Summe</td> <td></td> <td>148,00</td> </tr> </tbody> </table>					Kapitel	Titel	BesGr/EGr	Stellenzahl	04 04	422 01	A10	7,00			A9+AZ	3,00			A8	7,00			A7	2,00			A6	54,00		428 11	-	35,00	04 05	422 01	A7	40,00		Summe		148,00
Kapitel	Titel	BesGr/EGr	Stellenzahl																																						
04 04	422 01	A10	7,00																																						
		A9+AZ	3,00																																						
		A8	7,00																																						
		A7	2,00																																						
		A6	54,00																																						
	428 11	-	35,00																																						
04 05	422 01	A7	40,00																																						
	Summe		148,00																																						
422 01	Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte)																																								
	Ersatzstellen für Altersteilzeit																																								
	Vizepräsident, Vizepräsidentin des Oberlandesgerichts als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin eines Präsidenten oder einer Präsidentin der Besoldungsgruppe R 9	R5	1	-	-																																				
	Richter, Richterin am Bayerischen Obersten Landesgericht	R3	1	-	-																																				
	Vorsitzende Richter, Vorsitzende Richterinnen an Oberlandesgerichten		2	3	3																																				
	Direktoren, Direktorinnen der Amtsgerichte an Gerichten mit sechs und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen	R2+AZ	2	4	4																																				
	Richter, Richterin am Amtsgericht als Leiter oder Leiterin einer Hauptabteilung an einem Gericht mit 151 und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen		1	-	-																																				
	Vizepräsident, Vizepräsidentin des Landgerichts als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin eines Präsidenten oder einer Präsidentin der Besoldungsgruppe R 3 oder R 4		-	1	1																																				
	Vorsitzender Richter, Vorsitzende Richterin am Landgericht als weiterer aufsichtführender Richter oder aufsichtführende Richterin an einem Landgericht mit 30 und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen, einschließlich der Planstellen für Richter und Richterinnen der Gerichte, über die der Präsident oder die Präsidentin die Dienstaufsicht führt		-	1	1																																				
	Richter, Richterinnen an Oberlandesgerichten	R2	6	8	8																																				
	Richter, Richterinnen an Amtsgerichten als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Direktoren oder Direktorinnen an Gerichten mit sechs und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen		-	2	2																																				
	Vorsitzende Richter, Vorsitzende Richterinnen an Landgerichten		6	3	3																																				
	Richter, Richterinnen an Amts- und Landgerichten	R1	0,70	2,97	2,97																																				
	Staatsanwalt, Staatsanwältin		1	-	-																																				
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	A14	-	1,75	1,75																																				
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen	A13	3	4,63	4,63																																				
	Studienrat, Studienrätin		-	0,40	0,40																																				
	Rechtspflegeinspektoren, Rechtspflegeinspektorinnen	A9	5,31	8,27	8,27																																				

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2026	2027	
1	2	3	4
ERSATZSTELLEN FÜR ALTERSTEILZEIT			
neu			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte))			
R3 Vorsitzende Richter, Vorsitzende Richterinnen an Oberlandesgerichten	+1	-	neu im Vollzug des Art. 6d HG
R2 Direktoren, Direktorinnen der +AZ Amtsgerichte	+2	-	neu im Vollzug des Art. 6d HG
an Gerichten mit sechs und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen			
Vizepräsidenten, Vizepräsidentinnen der Landgerichte	+1	-	neu im Vollzug des Art. 6d HG
als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Präsidenten oder Präsidentinnen der Besoldungsgruppe R 3 oder R 4			
Vorsitzende Richter, Vorsitzende Richterinnen an Landgerichten	+1	-	neu im Vollzug des Art. 6d HG
als weitere aufsichtführende Richter oder aufsichtführende Richterinnen an Landgerichten mit 30 und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen, einschließlich der Planstellen für Richter und Richterinnen der Gerichte, über die die Präsidenten oder die Präsidentinnen die Dienstaufsicht führen			
R2 Richter, Richterinnen an Oberlandesgerichten	+2	-	neu im Vollzug des Art. 6d HG
Richter, Richterinnen an Amtsgerichten	+2	-	neu im Vollzug des Art. 6d HG
als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Direktoren oder Direktorinnen an Gerichten mit sechs und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen			
R1 Richter, Richterinnen an Amts- und Landgerichten	+2,27	-	neu im Vollzug des Art. 6d HG
A14 Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	+1,75	-	neu im Vollzug des Art. 6d HG
A13 Regierungsräte, Regierungsrätinnen	+1,63	-	neu im Vollzug des Art. 6d HG
Studienräte, Studienrätinnen	+0,40	-	neu im Vollzug des Art. 6d HG
A9 Rechtspflegeinspektoren, Rechtspflegeinspektorinnen	+2,96	-	neu im Vollzug des Art. 6d HG
A6 Justizsekretäre, Justizsekretärinnen	+0,46	-	neu im Vollzug des Art. 6d HG
Summe neu	+18,47	-	
Einsparung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte))			
R5 Vizepräsidenten, Vizepräsidentinnen der Oberlandesgerichte	-1	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Präsidenten oder Präsidentinnen der Besoldungsgruppe R 9			
R3 Richter, Richterinnen am Bayerischen Obersten Landesgericht	-1	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2025	2026	2027
1	2	3	4	5	6
noch 422 01	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen		4	2,58	2,58
	Sozialinspektoren, Sozialinspektorinnen		4,74	3	3
	Gerichtsvollzieher, Gerichtsvollzieherinnen	A8	6	1	1
	Justizsekretäre, Justizsekretärinnen	A6	12,95	13,41	13,41
	Justizoberwachtmeister, Justizoberwachtmeisterinnen	A4	7	4	4
	Zusammen		63,70	64,01	64,01
	Zugang/Abgang			+0,31	-
	Allgemeine Vermerke zu Titel 422 01 (Ersatzstellen für Altersteilzeit):				
	1) Die Stellen können für alle Kapitel des Einzelplans 04 in Anspruch genommen werden. Die Bezüge sind beim jeweiligen Haushaltskapitel nachzuweisen, für das die Ersatzstellen in Anspruch genommen werden.				
	2) Alle Stellen kw gemäß Art. 6d Abs. 3 Satz 1 und 3 HG.				
	Ersatzstellen für begrenzte Dienstfähigkeit				
	Richter, Richterin am Oberlandesgericht	R2	0,25	0,25	0,25
	Richter, Richterin am Amtsgericht als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin eines Direktors oder einer Direktorin an einem Gericht mit sechs und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen		0,25	0,38	0,38
	Vorsitzender Richter, Vorsitzende Richterin am Landgericht		0,25	0,25	0,25
	Richter, Richterin am Amts- oder Landgericht	R1	0,63	0,50	0,50
	Rechtspflegedirektor, Rechtspflegedirektorin	A15	0,10	-	-
	Rechtspflegerat, Rechtspflegerätin	A13	0,15	0,15	0,15
	Rechtspflegeamtsrat, Rechtspflegeamtsrätin	A12	0,30	0,50	0,50
	Rechtspflegeamt Männer, Rechtspflegeamt Frauen	A11	0,70	1,18	1,18
	Hauptgerichtsvollzieher, Hauptgerichtsvollzieherin	A10	0,25	0,25	0,25
	Rechtspflegeoberinspektor, Rechtspflegeoberinspektorin		0,66	0,72	0,72
	Justizverwaltungsinspektor, Justizverwaltungsinspektorin	A9+AZ	0,37	0,12	0,12
	Justizverwaltungsinspektoren, Justizverwaltungsinspektorinnen	A9	1,33	1,88	1,88
	Obergerichtsvollzieher, Obergerichtsvollzieherin		0,25	0,15	0,15
	Justizhauptsekretäre, Justizhauptsekretärinnen	A8	1,45	1,48	1,48
	Justizobersekretär, Justizobersekretärin	A7	-	0,38	0,38
	Justizsekretär, Justizsekretärin	A6	0,20	0,25	0,25
	Zusammen		7,14	8,44	8,44
	Zugang/Abgang			+1,30	-
	Allgemeine Vermerke zu Titel 422 01 (Ersatzstellen für begrenzte Dienstfähigkeit):				
	1) Die Stellen können für alle Kapitel des Einzelplans 04 in Anspruch genommen werden. Die Bezüge sind beim jeweiligen Haushaltskapitel nachzuweisen, für das die Ersatzstellen in Anspruch genommen werden.				
	2) Alle Stellen kw gemäß Art. 6d Abs. 2 HG.				
	Ersatzstellen für Arbeitszeitmodelle				
	Richter, Richterin am Amtsgericht als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin eines Direktors oder einer Direktorin an einem Gericht mit sechs und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen	R2	0,40	0,40	0,40
	Richter, Richterin am Amtsgericht als weiterer aufsichtführender Richter oder weitere aufsichtführende Richterin		0,40	0,40	0,40
	Vorsitzende Richter, Vorsitzende Richterinnen an Landgerichten		0,80	1,20	1,20
	Richter, Richterinnen an Amts- und Landgerichten	R1	5,40	2,20	2,20

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2026	2027	
1	2	3	4
R2 Richter, Richterinnen am Amtsgericht +AZ als Leiter oder Leiterinnen von Hauptabteilungen an Gerichten mit 151 und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen	-1	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
R2 Vorsitzende Richter, Vorsitzende Richterinnen an Landgerichten	-3	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
R1 Staatsanwälte, Staatsanwältinnen	-1	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
A9 Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	-1,42	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
Sozialinspektoren, Sozialinspektorinnen	-1,74	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
A8 Gerichtsvollzieher, Gerichtsvollzieherinnen	-5	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
A4 Justizoberwachmeister, Justizoberwachmeisterinnen	-3	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
Summe Einsparung	-18,16	-	
Zu- und Abgänge insgesamt	+0,31	-	
ERSATZSTELLEN FÜR BEGRENZTE DIENSTFÄHIGKEIT			
neu			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte))			
R2 Richter, Richterinnen an Amtsgerichten als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Direktoren oder Direktorinnen an Gerichten mit sechs und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen	+0,13	-	neu im Vollzug des Art. 6d HG
A12 Rechtspflegeamtsräte, Rechtspflegeamtsrätinnen	+0,20	-	neu im Vollzug des Art. 6d HG
A11 Rechtspflegeamtänner, Rechtspflegeamtfrauen	+0,48	-	neu im Vollzug des Art. 6d HG
A10 Rechtspflegeoberinspektoren, Rechtspflegeoberinspektorinnen	+0,06	-	neu im Vollzug des Art. 6d HG
A9 Justizverwaltungsinspektoren, Justizverwaltungsinspektorinnen	+0,55	-	neu im Vollzug des Art. 6d HG
A8 Justizhauptsekretäre, Justizhauptsekretärinnen	+0,03	-	neu im Vollzug des Art. 6d HG
A7 Justizobersekretäre, Justizobersekretärinnen	+0,38	-	neu im Vollzug des Art. 6d HG
A6 Justizsekretäre, Justizsekretärinnen	+0,05	-	neu im Vollzug des Art. 6d HG
Summe neu	+1,88	-	
Einsparung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte))			
R1 Richter, Richterinnen an Amts- und Landgerichten	-0,13	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
A15 Rechtspflegedirektoren, Rechtspflegedirektorinnen	-0,10	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2025	2026	2027
1	2	3	4	5	6
noch 422 01	Staatsanwälte, Staatsanwältinnen		-	2	2
	Ministerialrat, Ministerialrätin	A16	1	-	-
	Rechtspflegeamtsrat, Rechtspflegeamtsrätin	A12	-	1	1
	Rechtspflegeinspektor, Rechtspflegeinspektorin	A9	-	1	1
	Justizsekretär, Justizsekretärin	A6	1	-	-
	Justizoberwachtmeister, Justizoberwachtmeisterin	A4	-	1	1
	Zusammen		9	9,20	9,20
	Zugang/Abgang			+0,20	-
	Allgemeine Vermerke zu Titel 422 01 (Ersatzstellen für Arbeitszeitmodelle):				
	1) Die Stellen können für alle Kapitel des Einzelplans 04 in Anspruch genommen werden. Die Bezüge sind beim jeweiligen Haushaltskapitel nachzuweisen, für das die Ersatzstellen in Anspruch genommen werden.				
	2) Alle Stellen kw gemäß Art. 6d Abs. 7 Satz 1 HG.				
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	Ersatzstellen für Arbeitszeitmodelle				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E9	0,65	3,37	3,37
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E8	1,75	1	1
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E6	6,23	1,41	1,41
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E5	0,50	1,20	1,20
	Zusammen		9,13	6,98	6,98
	Zugang/Abgang			-2,15	-
	Allgemeine Vermerke zu Titel 428 01 (Ersatzstellen für Arbeitszeitmodelle):				
	1) Die Stellen können für alle Kapitel des Einzelplans 04 in Anspruch genommen werden. Die Bezüge sind beim jeweiligen Haushaltskapitel nachzuweisen, für das die Ersatzstellen in Anspruch genommen werden.				
	2) Alle Stellen kw gemäß Art. 6d Abs. 7 Satz 1 HG.				
	Gesamtübersicht				
	Nachrichtlich:				
	Ersatzstellen für begrenzte Dienstfähigkeit		7,14	8,44	8,44
	Ersatzstellen für Altersteilzeit		63,70	64,01	64,01
	Ersatzstellen für Arbeitszeitmodelle		18,13	16,18	16,18

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2026	2027	
1	2	3	4
A9 Justizverwaltungsinspektoren, +AZ Justizverwaltungsinspektorinnen	-0,25	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
A9 Obergerichtsvollzieher, Obergerichtsvollzieherinnen	-0,10	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
Summe Einsparung	-0,58	-	
Zu- und Abgänge insgesamt	+1,30	-	
ERSATZSTELLEN FÜR ARBEITSZEITMODELLE			
neu			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte))			
R2 Vorsitzende Richter, Vorsitzende Richterinnen an Landgerichten	+0,40	-	neu im Vollzug des Art. 6d HG
R1 Staatsanwälte, Staatsanwältinnen	+2	-	neu im Vollzug des Art. 6d HG
A12 Rechtspflegeamtsräte, Rechtspflegeamtsrätinnen	+1	-	neu im Vollzug des Art. 6d HG
A9 Rechtspflegeinspektoren, Rechtspflegeinspektorinnen	+1	-	neu im Vollzug des Art. 6d HG
A4 Justizoberwachmeister, Justizoberwachmeisterinnen	+1	-	neu im Vollzug des Art. 6d HG
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+2,72	-	neu im Vollzug des Art. 6d HG
E5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+0,70	-	neu im Vollzug des Art. 6d HG
Summe neu	+8,82	-	
Einsparung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte))			
R1 Richter, Richterinnen an Amts- und Landgerichten	-3,20	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
A16 Ministerialräte, Ministerialrätinnen	-1	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
A6 Justizsekretäre, Justizsekretärinnen	-1	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E8 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-0,75	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
E6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-4,82	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
Summe Einsparung	-10,77	-	
Zu- und Abgänge insgesamt	-1,95	-	

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2025	2026	2027
1	2	3	4	5	6
	<p><i>Die Planstellen und die Stellen für abgeordnete Beamte der Gerichte und Staatsanwaltschaften können mit Beamten oder Beamtinnen besetzt werden, die die Voraussetzungen des Art. 34 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 BayBesG (Zulage für besondere Berufsgruppen) erfüllen. Dies gilt auch für Planstellen anderer Kapitel, soweit Beamte oder Beamtinnen an die Gerichte abgeordnet werden.</i></p> <p><i>Alle Beschäftigten der Gerichte und Staatsanwaltschaften, die die Voraussetzungen des Art. 51 Abs. 1 Nr. 1 BayBesG i.V.m. §§ 1 bis 4 BayZulV erfüllen, erhalten eine Lehrzulage.</i></p> <p><i>Alle Beschäftigten der Gerichte und Staatsanwaltschaften, die die Voraussetzungen des Art. 51 Abs. 1 Nr. 8 BayBesG i.V.m. § 7a BayZulV erfüllen, erhalten eine Justizwachmeisterzulage.</i></p>				
422 01	Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte)				
	Präsident, Präsidentin des Oberlandesgerichts an einem Gericht mit 800 und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen im Bezirk	R9	1	1	1
	Präsident, Präsidentin des Bayerischen Obersten Landesgerichts	R8	1	1	1
	Präsidenten, Präsidentinnen der Oberlandesgerichte an Gerichten mit bis zu 799 Planstellen für Richter und Richterinnen im Bezirk		2	2	2
	Generalstaatsanwalt, Generalstaatsanwältin als Leiter oder Leiterin einer Generalstaatsanwaltschaft mit 300 und mehr Planstellen für Staatsanwälte und Staatsanwältinnen im Bezirk	R7+AZ	1	1	1
	Generalstaatsanwälte, Generalstaatsanwältinnen als Leiter oder Leiterinnen von Generalstaatsanwaltschaften mit bis zu 299 Planstellen für Staatsanwälte und Staatsanwältinnen im Bezirk	R6	2	2	2
	Leitender Oberstaatsanwalt, Leitende Oberstaatsanwältin als Leiter oder Leiterin einer Staatsanwaltschaft mit 120 und mehr Planstellen für Staatsanwälte und Staatsanwältinnen		1	1	1
	Präsident, Präsidentin des Amtsgerichts an einem Gericht mit 151 und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen einschließlich der Planstellen für Richter und Richterinnen der Gerichte, über die der Präsident oder die Präsidentin die Dienstaufsicht führt		1	1	1
	Präsidenten, Präsidentinnen der Landgerichte an Gerichten mit 151 und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen einschließlich der Planstellen für Richter und Richterinnen der Gerichte, über die die Präsidenten oder die Präsidentinnen die Dienstaufsicht führen		2	2	2
	Leitende Oberstaatsanwälte, Leitende Oberstaatsanwältinnen als Leiter oder Leiterinnen von Staatsanwaltschaften mit 60 bis 119 Planstellen für Staatsanwälte und Staatsanwältinnen	R5	2	3	3
	Präsidenten, Präsidentinnen der Landgerichte an Gerichten mit 81 bis 150 Planstellen für Richter und Richterinnen einschließlich der Planstellen für Richter und Richterinnen der Gerichte, über die die Präsidenten oder die Präsidentinnen die Dienstaufsicht führen		6	6	6
	Vizepräsident, Vizepräsidentin des Oberlandesgerichts als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin eines Präsidenten oder einer Präsidentin der Besoldungsgruppe R 9		1	1	1
	Vizepräsident, Vizepräsidentin des Bayerischen Obersten Landesgerichts	R4+AZ	1	1	1

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2026	2027	
1	2	3	4
Personalsoll A (Personal auf Stellen)			
neu			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte))			
R3 Vorsitzende Richter, Vorsitzende Richterinnen an Oberlandesgerichten	-	+2	neu (neue Strafkammern und Staatsschutzsenate)
R2 Richter, Richterinnen an Oberlandesgerichten	-	+6	neu (neue Strafkammern und Staatsschutzsenate)
Vorsitzende Richter, Vorsitzende Richterinnen an Landgerichten	-	+2	neu (neue Strafkammern und Staatsschutzsenate)
R1 Richter, Richterinnen an Amts- und Landgerichten	-	+5	neu (neue Strafkammern und Staatsschutzsenate)
Summe neu	-	+15	
Einsparung			
Titel 422 21 (Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst)			
A6 Justizsekretäranwärter, Justizsekretäranwärterinnen	-5	-1,50	Einsparung gemäß Art. 6f Haushaltsgesetz (Verlängerung der Arbeitszeit)
Summe Einsparung	-5	-1,50	
Umsetzung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte))			
R3 Vorsitzende Richter, Vorsitzende Richterinnen an Oberlandesgerichten	-2	-	Umsetzung und Umwandlung nach 04 01 / 422 01 BesGr B3
R2 Oberstaatsanwälte, Oberstaatsanwältinnen als Abteilungsleiter oder Abteilungsleiterinnen bei Staatsanwaltschaften	-1	-	Umsetzung und Umwandlung nach 04 01 / 422 01 BesGr A16
Richter, Richterinnen an Oberlandesgerichten	-1	-	Umsetzung und Umwandlung nach 04 01 / 422 01 BesGr A16
Vorsitzende Richter, Vorsitzende Richterinnen an Landgerichten	-2	-	Umsetzung und Umwandlung nach 04 01 / 422 01 BesGr A16
R1 Richter, Richterinnen an Amts- und Landgerichten	-2	-	Umsetzung und Umwandlung nach 04 01 / 422 01 BesGr A15
Staatsanwälte, Staatsanwältinnen	-2	-	Umsetzung und Umwandlung nach 04 01 / 422 01 BesGr A15
A12 Rechtspflegeamtsräte, Rechtspflegeamtsrätinnen	-3	-	Umsetzung nach 06 14
A11 Rechtspflegeamtsträger, Rechtspflegeamtsträgerinnen	+2	-	Umsetzung von 06 14
	+1	-	Umsetzung von 06 14
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E2 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-0,10	-	Umsetzung und Umwandlung nach 06 15 / 422 01 BesGr A11 (Reiseservice Bayern)
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-0,40	-	Umsetzung und Umwandlung nach 06 15 / 422 01 BesGr A8 (Reiseservice Bayern)
Summe Umsetzung	-10,50	-	

04 04
Gerichte und Staatsanwaltschaften

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2025	2026	2027
1	2	3	4	5	6
noch 422 01	Leitender Oberstaatsanwalt, Leitende Oberstaatsanwältin als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin eines Generalstaatsanwalts oder einer Generalstaatsanwältin der Besoldungsgruppe R 7	R4	1	1	1
	Leitende Oberstaatsanwälte, Leitende Oberstaatsanwältinnen als Leiter oder Leiterinnen von Staatsanwaltschaften mit 20 bis 59 Planstellen für Staatsanwälte und Staatsanwältinnen		10	10	10
	Präsidenten, Präsidentinnen der Amtsgerichte an Gerichten mit 41 bis 80 Planstellen für Richter und Richterinnen einschließlich der Planstellen für Richter und Richterinnen der Gerichte, über die die Präsidenten oder die Präsidentinnen die Dienstaufsicht führen		2	2	2
	Präsidenten, Präsidentinnen der Landgerichte an Gerichten mit 41 bis 80 Planstellen für Richter und Richterinnen einschließlich der Planstellen für Richter und Richterinnen der Gerichte, über die die Präsidenten oder die Präsidentinnen die Dienstaufsicht führen		10	10	10
	Vizepräsidenten, Vizepräsidentinnen der Oberlandesgerichte als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Präsidenten oder Präsidentinnen der Besoldungsgruppe R 8		2	2	2
	Vorsitzende Richter, Vorsitzende Richterinnen am Bayerischen Obersten Landesgericht		10	10	10
	Leitende Oberstaatsanwälte, Leitende Oberstaatsanwältinnen als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Generalstaatsanwälten oder Generalstaatsanwältinnen der Besoldungsgruppe R 6	R3+AZ	2	2	2
	Oberstaatsanwalt, Oberstaatsanwältin als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin eines Leitenden Oberstaatsanwalts oder einer Leitenden Oberstaatsanwältin der Besoldungsgruppe R 6		1	1	1
	Direktor, Direktorin des Amtsgerichts als Leiter oder Leiterin eines Gerichts mit Zentralstellenfunktion als Zentrales Mahngericht für Bayern	R3	1	1	1
	Direktoren, Direktorinnen der Amtsgerichte an Gerichten mit 20 bis 40 Planstellen für Richter und Richterinnen		10	10	10
	Leitende Oberstaatsanwälte, Leitende Oberstaatsanwältinnen als Abteilungsleiter oder Abteilungsleiterinnen bei Generalstaatsanwaltschaften		12	12	12
	Leitende Oberstaatsanwälte, Leitende Oberstaatsanwältinnen als Leiter oder Leiterinnen von Staatsanwaltschaften mit bis zu 19 Planstellen für Staatsanwälte und Staatsanwältinnen		9	8	8
	Oberstaatsanwälte, Oberstaatsanwältinnen als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Leitenden Oberstaatsanwälten oder Leitenden Oberstaatsanwältinnen der Besoldungsgruppe R 5 oder R 6		2	3	3
	Oberstaatsanwälte, Oberstaatsanwältinnen als Hauptabteilungsleiter oder Hauptabteilungsleiterinnen bei Staatsanwaltschaften mit 120 und mehr Planstellen für Staatsanwälte und Staatsanwältinnen		4	4	4
	Präsidenten, Präsidentinnen der Landgerichte an Gerichten mit bis zu 40 Planstellen für Richter und Richterinnen einschließlich der Planstellen für Richter und Richterinnen der Gerichte, über die die Präsidenten oder die Präsidentinnen die Dienstaufsicht führen		5	5	5
	Richter, Richterinnen am Bayerischen Obersten Landesgericht		28	28	28
	Vizepräsident, Vizepräsidentin des Amtsgerichts als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin eines Präsidenten oder einer Präsidentin der Besoldungsgruppe R 5 oder R 6		1	1	1

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2026	2027	
1	2	3	4
kostenneutrale Hebung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte))			
R2 Vorsitzende Richter, Vorsitzende +AZ Richterinnen an Landgerichten als weitere aufsichtführende Richter oder aufsichtführende Richterinnen an Landgerichten mit 30 und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen, einschließlich der Planstellen für Richter und Richterinnen der Gerichte, über die die Präsidenten oder die Präsidentinnen die Dienstaufsicht führen	+1	-	kostenneutrale Hebung von BesGr R2
R2 Vorsitzende Richter, Vorsitzende Richterinnen an Landgerichten	-1	-	kostenneutrale Hebung nach BesGr R2+AZ
R1 Richter, Richterinnen an Amts- und Landgerichten	+0,50 -0,50	- -	kostenneutrale Hebung von BesGr R1 kostenneutrale Hebung nach BesGr R2
A13 Rechtspflegeräte, Rechtspflegerätinnen	+2	-	kostenneutrale Hebung von BesGr A12
A12 Rechtspflegeamtsräte, Rechtspflegeamtsrätinnen	-2	-	kostenneutrale Hebung nach BesGr A13
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E11 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+2	-	kostenneutrale Hebung von EGr 10
E10 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-2	-	kostenneutrale Hebung nach EGr 11
Summe kostenneutrale Hebung	-	-	
kostenwirksame Hebung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte))			
R5 Leitende Oberstaatsanwälte, Leitende Oberstaatsanwältinnen als Leiter oder Leiterinnen von Staatsanwaltschaften mit 60 bis 119 Planstellen für Staatsanwälte und Staatsanwältinnen	+1	-	kostenwirksame Hebung von BesGr R4
R4 Leitende Oberstaatsanwälte, Leitende Oberstaatsanwältinnen als Leiter oder Leiterinnen von Staatsanwaltschaften mit 20 bis 59 Planstellen für Staatsanwälte und Staatsanwältinnen	-1	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr R5
R3 Leitende Oberstaatsanwälte, Leitende Oberstaatsanwältinnen als Leiter oder Leiterinnen von Staatsanwaltschaften mit bis zu 19 Planstellen für Staatsanwälte und Staatsanwältinnen	+1 -1	- -	kostenwirksame Hebung von BesGr R3 kostenwirksame Hebung nach BesGr R4
Oberstaatsanwälte, Oberstaatsanwältinnen als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Leitenden Oberstaatsanwälten oder Leitenden Oberstaatsanwältinnen der Besoldungsgruppe R 5 oder R 6	+1	-	kostenwirksame Hebung von BesGr R2+AZ

04 04
Gerichte und Staatsanwaltschaften

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2025	2026	2027
1	2	3	4	5	6
noch 422 01	Vizepräsidenten, Vizepräsidentinnen der Landgerichte als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Präsidenten oder Präsidentinnen der Besoldungsgruppe R 5 oder R 6		7	7	7
	Vorsitzende Richter, Vorsitzende Richterinnen an Oberlandesgerichten		80	78	80
	Direktoren, Direktorinnen der Amtsgerichte an Gerichten mit sechs und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen	R2+AZ	54	54	54
	Oberstaatsanwälte, Oberstaatsanwältinnen als Abteilungsleiter oder Abteilungsleiterinnen bei Staatsanwaltschaften und als Leiter oder Leiterinnen bei staatsanwaltschaftlichen Zweigstellen mit neun und mehr Planstellen für Staatsanwälte und Staatsanwältinnen		1	3	3
	Oberstaatsanwälte, Oberstaatsanwältinnen als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Leitenden Oberstaatsanwälten oder Leitenden Oberstaatsanwältinnen der Besoldungsgruppe R 3 oder R 4		27	26	26
	Oberstaatsanwälte, Oberstaatsanwältinnen als Hauptabteilungsleiter oder Hauptabteilungsleiterinnen bei Staatsanwaltschaften mit 60 bis 119 Planstellen für Staatsanwälte und Staatsanwältinnen		3	3	3
	Richter, Richterinnen an Amtsgerichten als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Direktoren oder Direktorinnen der Besoldungsgruppe R 3		11	11	11
	Richter, Richterinnen am Amtsgericht als Leiter oder Leiterinnen von Hauptabteilungen an Gerichten mit 151 und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen		4	4	4
	Vizepräsidenten, Vizepräsidentinnen der Amtsgerichte als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Präsidenten oder Präsidentinnen der Besoldungsgruppe R 3 oder R 4		2	2	2
	Vizepräsidenten, Vizepräsidentinnen der Landgerichte als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Präsidenten oder Präsidentinnen der Besoldungsgruppe R 3 oder R 4		15	15	15
	Vorsitzende Richter, Vorsitzende Richterinnen an Landgerichten als weitere aufsichtführende Richter oder aufsichtführende Richterinnen an Landgerichten mit 30 und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen, einschließlich der Planstellen für Richter und Richterinnen der Gerichte, über die die Präsidenten oder die Präsidentinnen die Dienstaufsicht führen		18	19	19
	Direktoren, Direktorinnen der Amtsgerichte an Gerichten mit bis zu fünf Planstellen für Richter und Richterinnen	R2	5	5	5
	Oberstaatsanwälte, Oberstaatsanwältinnen als Abteilungsleiter oder Abteilungsleiterinnen bei Staatsanwaltschaften		103	97	97
	Oberstaatsanwälte, Oberstaatsanwältinnen als Dezernenten oder Dezernentinnen bei Generalstaatsanwaltschaften		55	55	55
	Richter, Richterinnen an Oberlandesgerichten		208	207	213
	Richter, Richterinnen an Amtsgerichten als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Direktoren oder Direktorinnen an Gerichten mit sechs und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen		54	54	54
	Richter, Richterinnen an Amtsgerichten als weitere aufsichtführende Richter oder weitere aufsichtführende Richterinnen		81	81	81
	Vorsitzende Richter, Vorsitzende Richterinnen an Landgerichten		275	272,50	274,50
	Richter, Richterinnen an Amtsgerichten als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Direktoren oder Direktorinnen an Amtsgerichten mit bis zu fünf Planstellen für Richter und Richterinnen	R1+AZ	5	5	5

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2026	2027	
1	2	3	4
R2 Oberstaatsanwälte, +AZ Oberstaatsanwältinnen als Abteilungsleiter oder Abteilungsleiterinnen bei Staatsanwaltschaften und als Leiter oder Leiterinnen bei staatsanwaltschaftlichen Zweigstellen mit neun und mehr Planstellen für Staatsanwälte und Staatsanwältinnen	+2	-	kostenwirksame Hebung von BesGr R2
Oberstaatsanwälte, Oberstaatsanwältinnen als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Leitenden Oberstaatsanwälten oder Leitenden Oberstaatsanwältinnen der Besoldungsgruppe R 3 oder R 4	-1	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr R3
R2 Oberstaatsanwälte, Oberstaatsanwältinnen als Abteilungsleiter oder Abteilungsleiterinnen bei Staatsanwaltschaften	-2	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr R2+AZ
Summe kostenwirksame Hebung	-	-	
Absenkung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte))			
R2 Oberstaatsanwälte, Oberstaatsanwältinnen als Abteilungsleiter oder Abteilungsleiterinnen bei Staatsanwaltschaften	-2	-	Absenkung nach BesGr R1 (Finanzierung Umwandlung Reiseservice Bayern)
	-1	-	Absenkung nach BesGr R1+AZ (Finanzierung Umwandlung Reiseservice Bayern)
R1 Staatsanwälte, Staatsanwältinnen +AZ als Gruppenleiter oder Gruppenleiterinnen bei Staatsanwaltschaften	-9,70	-	Absenkung nach BesGr R1
	-0,30	-	Absenkung nach BesGr R1 (Finanzierung Umwandlung Reiseservice Bayern)
	+1	-	Absenkung von BesGr R2 (Finanzierung Umwandlung Reiseservice Bayern)
R1 Staatsanwälte, Staatsanwältinnen	+9,70	-	Absenkung von BesGr R1+AZ
	+0,30	-	Absenkung von BesGr R1+AZ (Finanzierung Umwandlung Reiseservice Bayern)
	+2	-	Absenkung von BesGr R2 (Finanzierung Umwandlung Reiseservice Bayern)
A7 Justizobersekretäre, Justizobersekretärinnen	-0,07	-	Absenkung nach BesGr A6 (Finanzierung Umwandlung Reiseservice Bayern)
A6 Justizsekretäre, Justizsekretärinnen	+0,07	-	Absenkung von BesGr A7 (Finanzierung Umwandlung Reiseservice Bayern)
Summe Absenkung	-	-	
Zu- und Abgang Personalsoll A	-15,50	+13,50	

04 04
Gerichte und Staatsanwaltschaften
Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2025	2026	2027
1	2	3	4	5	6
noch 422 01	Staatsanwälte, Staatsanwältinnen als Gruppenleiter oder Gruppenleiterinnen bei Staatsanwaltschaften		221	212	212
	Richter, Richterinnen an Amts- und Landgerichten	R1	1.386,50	1.384	1.389
	Staatsanwälte, Staatsanwältinnen		626,75	636,75	636,75
	Direktor, Direktorin des IT-Servicezentrums der bayerischen Justiz	B3	1	1	1
	Leitende Rechtspflegedirektoren, Leitende Rechtspflegedirektorinnen	A16	3	3	3
	Technischer Leitender Direktor, Technische Leitende Direktorin		1	1	1
	Rechtspflegedirektoren, Rechtspflegedirektorinnen	A15	41	41	41
	Regierungsdirektor, Regierungsdirektorin <i>für die Wirtschaftsabteilungen von Staatsanwaltschaften</i>		1	1	1
	Technische Direktoren, Technische Direktorinnen		12	12	12
	Oberregierungsrat, Oberregierungsrätin <i>für die Wirtschaftsabteilungen von Staatsanwaltschaften</i>	A14	1	1	1
	Rechtspflegeoberräte, Rechtspflegeoberrätinnen		42	42	42
	Sozialoberräte, Sozialoberrätinnen		2	2	2
	Technische Oberräte, Technische Oberrätinnen		23	23	23
	Rechtspflegeräte, Rechtspflegerätinnen	A13+AZ	22	22	22
	Justizverwaltungsrat, Justizverwaltungsrätin	A13	1	1	1
	Rechtspflegeräte, Rechtspflegerätinnen		165	167	167
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen <i>für die Wirtschaftsabteilungen von Staatsanwaltschaften</i>		6	6	6
	Sozialräte, Sozialrätinnen		38	38	38
	Technische Räte, Technische Rätinnen		33	33	33
	Justizverwaltungsamtsräte, Justizverwaltungsamtsrätinnen	A12	5	5	5
	Rechtspflegeamtsräte, Rechtspflegeamtsrätinnen		455,50	450,50	450,50
	Sozialamtsräte, Sozialamtsrätinnen		53	53	53
	Steueramtsräte, Steueramtsrätinnen		3	3	3
	Justizverwaltungsamt Männer, Justizverwaltungsamt Frauen	A11	49	49	49
	Rechtspflegeamt Männer, Rechtspflegeamt Frauen		759,75	762,75	762,75
	Sozialamt Männer, Sozialamt Frauen		108	108	108
	Steueramt Mann, Steueramt Frau		1	1	1
	Technische Amt Männer, Technische Amt Frauen		3	3	3
	Hauptgerichtsvollzieher, Hauptgerichtsvollzieherinnen	A10	168	168	168
	Justizverwaltungsoberspektoren, Justizverwaltungsoberspektorinnen		35	35	35
	Rechtspflegeoberinspektoren, Rechtspflegeoberinspektorinnen		549,39	549,39	549,39
	Sozialoberinspektoren, Sozialoberinspektorinnen <i>Die Stellen können bei Bedarf für Bewährungshelfer der EGr S 15 in Anspruch genommen werden.</i>		151	151	151
	Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen		18,33	18,33	18,33
	Justizverwaltungsinspektoren, Justizverwaltungsinspektorinnen	A9+AZ	231	231	231
	Technische Inspektoren, Technische Inspektorinnen		5	5	5
	Justizsicherheitsinspektoren, Justizsicherheitsinspektorinnen	A9	6	6	6
	Justizverwaltungsinspektoren, Justizverwaltungsinspektorinnen		584,75	584,75	584,75
	Obergerichtsvollzieher, Obergerichtsvollzieherinnen		307	307	307
	Rechtspflegeinspektoren, Rechtspflegeinspektorinnen		376,83	376,83	376,83
	Sozialinspektoren, Sozialinspektorinnen		5	5	5
	Technische Inspektoren, Technische Inspektorinnen		5	5	5
	Gerichtsvollzieher, Gerichtsvollzieherinnen	A8	246	246	246
	Hauptwerkmeister, Hauptwerkmeisterinnen		9	9	9
	Justizhauptsekretäre, Justizhauptsekretärinnen		737,55	737,55	737,55

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2026	2027	
1	2	3	4
LEERSTELLEN			
neu			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte))			
R3 Vorsitzende Richter, Vorsitzender Richterinnen an Oberlandesgerichten, Leitende Oberstaatsanwälte, Leitende Oberstaatsanwältinnen	+0,50	-	neu
R2 Vorsitzende Richter, Vorsitzende Richterinnen an Landgerichten	+0,20	-	neu
	+0,30	-	neu
	+1	-	neu
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+15	-	neu
Summe neu	+17	-	
Zu- und Abgänge insgesamt	+17	-	

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2025	2026	2027
1	2	3	4	5	6
noch 422 01	Justizsicherheitshauptsekretäre, Justizsicherheitshauptsekretärinnen		70	70	70
	Justizobersekretäre, Justizobersekretärinnen	A7	339,85	339,78	339,78
	Justizsicherheitsobersekretäre, Justizsicherheitsobersekretärinnen		73	73	73
	Oberwerkmeister, Oberwerkmeisterinnen		8	8	8
	Justizsicherheitssekretäre, Justizsicherheitssekretärinnen	A6+AZ	196	196	196
	Technische Sekretäre, Technische Sekretärinnen		9	9	9
	Justizsekretäre, Justizsekretärinnen	A6	438,35	438,42	438,42
	Justizsicherheitssekretäre, Justizsicherheitssekretärinnen		462	462	462
	Technische Sekretäre, Technische Sekretärinnen		21	21	21
	Werkmeister, Werkmeisterinnen		3	3	3
	Betriebsoberwarte, Betriebsoberwartinnen	A5	3	3	3
	Justizhauptwachtmeister, Justizhauptwachtmeisterinnen <i>Die Stellen können bei Bedarf auch mit Justizhelfern der EGr 4 besetzt werden.</i>		179	179	179
	Justizoberwachtmeister, Justizoberwachtmeisterinnen <i>Bis zu 10 Stellen können bei Bedarf auch mit Justizhelfern der EGr 4 besetzt werden.</i>	A4	96	96	96
	Zusammen Zugang/Abgang		10.535,55	10.525,55 -10	10.540,55 +15
Allgemeine Vermerke zu Titel 422 01 :					
1) Zu BesGr R 2 und R 1:					
5 Stellen für Richter an Oberlandesgerichten					
2 Stellen für Vorsitzende Richter an Landgerichten					
6 Stellen für Richter an Amts- und Landgerichten kw nach Abschluss der Entschädigungsverfahren, spätestens am 1.7.2028.					
6 Stellen für Staatsanwälte kw nach Abschluss der Großverfahren wegen Kriegsverbrechen, spätestens am 1.7.2028.					
2) a) Die Stellen der BesGr R 1 bis R 3 dürfen für das Kap. 04 05 in Anspruch genommen werden.					
b) Bis zu insgesamt 3 Stellen der BesGr A 8 bis A 16 und der BesGr R 1 bis R 3 dürfen für das Kap. 04 01 in Anspruch genommen werden. Dabei dürfen die Stellen der BesGr R 1 mit Beamten der BesGr A 13 bis A 15, die Stellen der BesGr R 2 mit Beamten der BesGr A 16 und die Stellen der BesGr R 3 mit Beamten der BesGr B 3 besetzt werden.					
c) Die Stellen der BesGr R 1 für Richter an Amts- und Landgerichten und für Staatsanwälte dürfen bei Bedarf gegenseitig in Anspruch genommen werden.					
3) Die im Doppelhaushalt 2007/2008 abgesenkten und umgewandelten Stellen der Besoldungsordnung R des Bayerischen Obersten Landesgerichts dürfen mit ehemaligen Richtern oder Staatsanwälten des Obersten Landesgerichts besetzt werden, die weiterhin der Höhe nach ihre bisherigen Bezüge gemäß Art. 97 Abs. 2 Satz 3 GG bzw. § 33 DRiG oder eine Zulage gemäß Art. 108 Abs. 2 Satz 2 BayBesG erhalten.					
4) Sechs Stellen können für die Kap. 06 04 und 06 14 zum Zwecke des Stellentauschs in Anspruch genommen werden.					
5) Eine Stelle ist mit einer Zulage gemäß Art. 56 Abs. 1 BayBesG ausgestattet.					

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2025	2026	2027
1	2	3	4	5	6
noch 422 01	<p>6) Zu Titel 422 01 und 428 01 <i>Bis zu 140 freie und besetzbare Stellen für Arbeitnehmer und Beamte können unbefristet mit Arbeitnehmern besetzt werden, die zum jeweiligen Besetzungszeitpunkt seit mindestens drei Jahren befristet beschäftigt waren. Steht in diesen Fällen bei Rückkehr des ursprünglichen Stelleninhabers keine freie und besetzbare Stelle zur Verfügung, kann dieser bis eine solche vorhanden ist, auf der ausgebrachten Leerstelle verrechnet werden. Die hierdurch entstehenden Mehrausgaben sind an geeigneter Stelle bei den Personalausgaben einzusparen.</i></p> <p><i>7) Bis zu 3 Stellen der BesGr R1 bis R2+AZ dürfen vorübergehend mit Richtern und Richterinnen besetzt werden, die gemäß Art. 21 BayBesG ein höheres Grundgehalt entsprechend der BesGr B3 erhalten. Weiterhin darf eine Stelle der BesGr R4 bis R5 vorübergehend mit einem Richter oder einer Richterin besetzt werden, der bzw. die gemäß Art. 21 BayBesG ein höheres Grundgehalt entsprechend der BesGr B6 erhält.</i></p> <p>Leerstellen Vorsitzende Richter, Vorsitzender Richterinnen an Oberlandesgerichten, Leitende Oberstaatsanwälte, Leitende Oberstaatsanwältinnen Vizepräsident, Vizepräsidentin des Landgerichts als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin eines Präsidenten oder einer Präsidentin der Besoldungsgruppe R 3 oder R 4 Richter, Richterinnen an Oberlandesgerichten, Vorsitzende Richter, Vorsitzende Richterinnen an Landgerichten, Oberstaatsanwälte, Oberstaatsanwältinnen Vorsitzende Richter, Vorsitzende Richterinnen an Landgerichten Staatsanwälte, Staatsanwältinnen als Gruppenleiter oder Gruppenleiterinnen bei Staatsanwaltschaften Richter, Richterinnen an Amts- und Landgerichten, Staatsanwälte, Staatsanwältinnen Rechtspflegedirektor, Rechtspflegedirektorin Rechtspflegerat, Rechtspflegerätin Räte, Rätinnen Rechtspflegerat, Rechtspflegerätin Amtsräte, Amtsrätinnen Amtmänner, Amtfrauen Hauptgerichtsvollzieher, Hauptgerichtsvollzieherinnen Oberinspektoren, Oberinspektorinnen Justizverwaltungsinspektoren, Justizverwaltungsinspektorinnen Inspektoren, Inspektorinnen Justizverwaltungsinspektoren, Justizverwaltungsinspektorinnen Obergerichtsvollzieher, Obergerichtsvollzieherinnen Gerichtsvollzieher, Gerichtsvollzieherinnen Justizhauptsekretäre, Justizhauptsekretärinnen Justizobersekretäre, Justizobersekretärinnen Justizsicherheitssekretäre, Justizsicherheitssekretärinnen Justizsekretäre, Justizsekretärinnen Justizsicherheitssekretäre, Justizsicherheitssekretärinnen Justizhauptwachtmeister, Justizhauptwachtmeisterinnen</p>				
		R3	3	3,50	3,50
		R2+AZ	1	1	1
		R2	20	20	20
			-	1,50	1,50
		R1+AZ	28	28	28
		R1	311	311	311
		A15	1	1	1
		A13+AZ	1	1	1
		A13	3	3	3
			1	1	1
		A12	9	9	9
		A11	112	112	112
		A10	2	2	2
			243	243	243
		A9+AZ	6	6	6
		A9	62	62	62
			38	38	38
			19	19	19
		A8	15	15	15
			142	142	142
		A7	539	539	539
		A6+AZ	10	10	10
		A6	477	477	477
			24	24	24
		A5	21	21	21

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2025	2026	2027
1	2	3	4	5	6
noch 422 01	Justizoberwachtmeister, Justizoberwachtmeisterinnen	A4	2	2	2
	Zusammen		2.090	2.092	2.092
	Zugang/Abgang			+2	-
	Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 01 (Leerstellen):				
	<i>Bis zu 3 Leerstellen der Besoldungsordnung R können mit jeweils einem an die Europäische Staatsanwaltschaft zugewiesenen Delegierten Europäischen Staatsanwalt im Sinne des Artikels 13 der Verordnung (EU) 2017/1939 des Rates vom 12. Oktober 2017 zur Durchführung einer Verstärkten Zusammenarbeit zur Errichtung der Europäischen Staatsanwaltschaft besetzt werden, wenn vom Freistaat Bayern keine Bezüge an den jeweiligen Delegierten Europäischen Staatsanwalt gezahlt werden.</i>				
422 21	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst				
	Rechtspflegeranwärter, Rechtspflegeranwärterinnen	A9	328	328	328
	Justizsekretäranwärter, Justizsekretäranwärterinnen	A6	288	283	281,50
	Zusammen		616	611	609,50
	Zugang/Abgang			-5	-1,50
422 26	Rechtsreferendare				
	Rechtsreferendare, Rechtsreferendarinnen, Rechtspraktikanten, Rechtspraktikantinnen	A13	4.000	4.000	4.000
	Zusammen		4.000	4.000	4.000
	Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 26:				
	<i>Bei der im Stellenplan veranschlagten Stellenzahl handelt es sich um eine Durchschnittszahl (wegen der unterschiedlichen Einstellungszeiten / Prüfungszeiten). Die tatsächliche Zahl schwankt zwischen rd. 3.300 und 4.500.</i>				
422 31	Abgeordnete Beamte (Richter)				
		R2	2	2	2
		A16+AZ -A3	7	7	7
	Zusammen		9	9	9
427 01	Nebenamtlich und -beruflich Tätige				
	Studenten, Studentinnen in den praktischen Studiensemestern		40	40	40
	Zusammen		40	40	40
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 15	E15	1	1	1
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 14	E14	3	3	3
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 13	E13	4	4	4
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 11	E11	33	35	35
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 10	E10	29	27	27
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E9	3.115,02	3.115,02	3.115,02
	<i>a. 6,00 Stellen ku nach BesGr A6, 295,55 Stellen ku nach BesGr A7 und 34,20 Stellen ku nach BesGr A8. Art. 47 Abs. 3 BayHO ist nicht anzuwenden.</i>				
	<i>b. Nach Buchst. a umgewandelte Stellen können bei Bedarf in EGr 9 rückumgewandelt werden.</i>				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E8	12,22	12,22	12,22
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 4	E4	22,35	22,35	22,35

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2025	2026	2027
1	2	3	4	5	6
noch 428 01	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 2	E2	0,50	-	-
	Zusammen Zugang/Abgang		3.220,09	3.219,59 -0,50	3.219,59 -
	Leerstellen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 10	E10	4	4	4
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E9	461	476	476
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 3	E3	11	11	11
	Zusammen Zugang/Abgang		476	491 +15	491 -
	Allgemeiner Vermerk zu Titel 428 01 (Leerstellen): <i>Bis zu 20 Leerstellen dürfen mit Arbeitnehmern besetzt werden, die im Zeitpunkt der Besetzung seit mehr als zwei Jahren erkrankt waren und für die keine Entgelte mehr gezahlt werden. Art. 50 Abs. 4 und 5 BayHO gelten entsprechend.</i>				
428 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen		150	150	150
	Zusammen		150	150	150
428 21	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen		104,51	104,51	104,51
	Zusammen		104,51	104,51	104,51
	Gesamtübersicht				
422 01	Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte)		10.535,55	10.525,55	10.540,55
422 21	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst		616	611	609,50
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		3.220,09	3.219,59	3.219,59
	Personalsoll A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		14.371,64	14.356,14	14.369,64
	Ferner:				
422 26	Rechtsreferendare		4.000	4.000	4.000
427 01	Nebenamtlich und -beruflich Tätige		40	40	40
428 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		150	150	150
428 21	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		104,51	104,51	104,51
	Personalsoll B		4.294,51	4.294,51	4.294,51
	Gesamtsumme Personalsoll A + B		18.666,15	18.650,65	18.664,15

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2025	2026	2027
1	2	3	4	5	6
	<p><i>Die Planstellen und die Stellen für abgeordnete Beamte der Justizvollzugsanstalten können mit Beamten oder Beamtinnen besetzt werden, die die Voraussetzungen des Art. 34 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 BayBesG (Zulage für besondere Berufsgruppen) erfüllen. Dies gilt auch für Planstellen anderer Kapitel, soweit Beamte oder Beamtinnen an die Justizvollzugsanstalten abgeordnet werden.</i></p> <p><i>Alle Beschäftigten der Justizvollzugsanstalten, die die Voraussetzungen des Art. 51 Abs. 1 Nr. 1 BayBesG i.V.m. §§ 1 bis 4 BayZuIV erfüllen, erhalten eine Lehrzulage.</i></p>				
422 01	Planmäßige Beamte				
	Leitende Regierungsdirektoren, Leitende Regierungsdirektorinnen	A16+AZ	7	7	7
	Leitende Medizinaldirektoren, Leitende Medizinaldirektorinnen <i>Die Stellen können bei Bedarf auch mit Ärzten der EGr Ä3 besetzt werden.</i>	A16	10	10	10
	Leitende Regierungsdirektoren, Leitende Regierungsdirektorinnen		21	21	22
	Dekane, Dekaninnen - im Justizvollzugsdienst	A15	5	5	5
	Medizinaldirektoren, Medizinaldirektorinnen <i>Die Stellen können bei Bedarf auch mit Ärzten der EGr Ä2 besetzt werden.</i>		30	30	34
	Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen		53	53	59
	Medizinaloberräte, Medizinaloberrätinnen <i>Die Stellen können bei Bedarf auch mit Ärzten der EGr Ä1 besetzt werden.</i>	A14	14	14	16
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen		78	78	82
	Pfarrer, Pfarrerinnen - im Justizvollzugsdienst		22	22	24
	Rektoren, Rektorinnen		4	4	4
	Studienräte, Studienrätinnen im Mittelschuldienst (Justizvollzug)	A13+AZ	32	32	34
	Pfarrer, Pfarrerinnen - im Justizvollzugsdienst	A13	7	7	9
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen		78,75	79,75	85,75
	Sozialräte, Sozialrätinnen		1	1	2
	Studienräte, Studienrätinnen im Mittelschuldienst (Justizvollzug)		18	18	20
	Amtsräte, Amtsrätinnen - im Justizvollzugsdienst	A12	3	3	3
	Fachoberlehrer, Fachoberlehrerinnen		2	2	2
	Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen		49	49	49
	Sozialamtsräte, Sozialamtsrätinnen		21	21	23
	Technische Amtsräte, Technische Amtsrätinnen		2	2	2
	Amtmänner, Amtfrauen - im Justizvollzugsdienst	A11	40	40	40
	Amtmänner, Amtfrauen - im Krankenpflegedienst		6	6	9
	Regierungsamtmänner, Regierungsamtfrauen		73	73	73
	Sozialamtmänner, Sozialamtfrauen		38	38	41
	Technische Amtmänner, Technische Amtfrauen		20	20	20
	Förderlehrer, Förderlehrerin	A10	1	1	1
	Oberinspektoren, Oberinspektorinnen - im Justizvollzugsdienst		68	68	68
	Oberinspektoren, Oberinspektorinnen - im Krankenpflegedienst		5	5	8
	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen		56,73	56,54	56,54
	Sozialoberinspektoren, Sozialoberinspektorinnen <i>Die Stellen können bei Bedarf für Sozialarbeiter im Justizvollzugsdienst der EGr S 15 in Anspruch genommen werden.</i>		85	85	87
	Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen		20	20	20

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2026	2027	
1	2	3	4
Personalsoll A (Personal auf Stellen)			
neu			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A16	-	+1	neu (JVA Passau)
A15	-	+2	neu (Psychiatrische Abteilung)
	-	+1	neu (JVA Marktredwitz)
	-	+1	neu (JVA Passau)
	-	+5	neu (Besonders gesicherte Hafträume)
A14	-	+1	neu (JVA Passau)
	-	+1	neu (JVA Marktredwitz)
	-	+1	neu (JVA Passau)
	-	+1	neu (Besonders gesicherte Hafträume)
	-	+1	neu (JVA Marktredwitz)
	-	+2	neu (JVA Passau)
	-	+1	neu (JVA Marktredwitz)
A13	-	+1	neu (JVA Passau)
+AZ	-	+1	neu (JVA Marktredwitz)
	-	+1	neu (JVA Passau)
A13	-	+1	neu (JVA Marktredwitz)
	-	+1	neu (JVA Passau)
	-	+1	neu (Besonders gesicherte Hafträume)
	-	+2	neu (JVA Marktredwitz)
	-	+3	neu (JVA Passau)
	-	+1	neu (JVA Passau)
	-	+1	neu (JVA Marktredwitz)
A12	-	+1	neu (JVA Passau)
	-	+1	neu (JVA Marktredwitz)
	-	+1	neu (JVA Passau)
A11	-	+1	neu (Psychiatrische Abteilung)
	-	+1	neu (JVA Marktredwitz)
	-	+1	neu (JVA Passau)
	-	+1	neu (JVA Marktredwitz)
	-	+2	neu (JVA Passau)
A10	-	+1	neu (Psychiatrische Abteilung)
	-	+1	neu (JVA Marktredwitz)
	-	+1	neu (JVA Passau)
	-	+1	neu (JVA Marktredwitz)
A9	-	+1	neu (JVA Passau)
+AZ	-	+3	neu (JVA Passau)
	-	+3	neu (Psychiatrische Abteilung)

**04 05
Justizvollzugsanstalten**
Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2025	2026	2027
1	2	3	4	5	6
noch 422 01	Inspektoren, Inspektorinnen - im Justizvollzugsdienst	A9+AZ	416	416	419
	Pflegevorsteher, Oberinnen		22	22	27
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen		21	21	21
	Technische Inspektoren, Technische Inspektorinnen		54	54	54
	Inspektoren, Inspektorinnen - im Justizvollzugsdienst	A9	979,33	979,33	986,33
	Oberpfleger, Oberschwesterinnen		47	47	52
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen		81,67	81,67	81,67
	Sozialinspektoren, Sozialinspektorinnen		2	2	5
	Technische Inspektoren, Technische Inspektorinnen		115	115	115
	Abteilungspfleger, Abteilungsschwesterinnen	A8	85	85	93
	Hauptsekretäre, Hauptsekretärinnen - im Justizvollzugsdienst		1.459	1.459	1.474
	Hauptwerkmeister, Hauptwerkmeisterinnen		197	197	198
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen		75	75	75
	Stationspfleger, Stationsschwesterinnen	A7+AZ	47	47	55
	Krankenpfleger, Krankenschwesterinnen	A7	57	57	65
	Obersekretäre, Obersekretärinnen - im Justizvollzugsdienst		1.171,17	1.171,17	1.187,17
	Oberwerkmeister, Oberwerkmeisterinnen		103	103	105
	Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen		79	79	79
	Betriebssekretäre, Betriebssekretärinnen	A6	23	23	23
	Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen		24,67	24,67	24,67
	Zusammen		5.929,32	5.930,13	6.056,13
	Zugang/Abgang			+0,81	+126
Allgemeine Vermerke zu Titel 422 01 :					
1) Die Stellen der BesGr R 1 bei Kap. 04 04 Tit. 422 01 dürfen für das Kap. 04 05 in Anspruch genommen werden.					
2) Die im Haushalt 2021 für die Justizvollzugsanstalt Passau neu ausgebrachten Planstellen der BesGr A7 bis A11 für den Allgemeinen Vollzugsdienst und den Werkdienst dürfen bis zum 01.02.2027 nur mit Beamten und Beamtinnen auf Widerruf im Vorbereitungsdienst oder Beamten und Beamtinnen im Eingangsamtsamt der jeweiligen Fachlaufbahn besetzt werden; die im Doppelhaushalt 2026/2027 für die Justizvollzugsanstalt Passau neu ausgebrachten Planstellen der BesGr A7 bis A11 für den Allgemeinen Vollzugsdienst und den Werkdienst dürfen bis zum 01.02.2033 nur mit Beamten und Beamtinnen auf Widerruf im Vorbereitungsdienst oder Beamten und Beamtinnen im Eingangsamtsamt der jeweiligen Fachlaufbahn besetzt werden. Dies gilt nicht für Planstellen, die im Wege der Versetzung aus anderen Justizvollzugsanstalten besetzt werden.					
3) Die im Doppelhaushalt 2024/2025 für die Justizvollzugsanstalt Marktredwitz neu ausgebrachten Planstellen der BesGr A7 bis A11 für den Allgemeinen Vollzugsdienst und den Werkdienst dürfen bis zum 01.02.2029 nur mit Beamten und Beamtinnen auf Widerruf im Vorbereitungsdienst oder Beamten und Beamtinnen im Eingangsamtsamt der jeweiligen Fachlaufbahn besetzt werden. Dies gilt nicht für Planstellen, die im Wege der Versetzung aus anderen Justizvollzugsanstalten besetzt werden.					
Leerstellen					
	Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	A15	6	6	6
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	A14	12	12	12
	Studienräte, Studienrätinnen im Mittelschuldienst (Justizvollzug)	A13+AZ	5	5	5
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen	A13	12	12	12
	Studienräte, Studienrätinnen im Mittelschuldienst (Justizvollzug)		3	3	3
	Regierungsamtswärter, Regierungsamtswärterinnen	A11	15	15	15

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2026	2027	
1	2	3	4
A9 Inspektoren, Inspektorinnen - im Justizvollzugsdienst Oberpfleger, Oberschwestern	-	+1	neu (JVA Marktredwitz)
	-	+1	neu (JVA Passau)
	-	+7	neu (JVA Passau)
	-	+3	neu (Psychiatrische Abteilung)
	-	+1	neu (JVA Marktredwitz)
	-	+1	neu (JVA Passau)
Sozialinspektoren, Sozialinspektorinnen	-	+1	neu (JVA Marktredwitz)
A8 Abteilungspfleger, Abteilungsschwestern	-	+2	neu (JVA Passau)
	-	+4	neu (Psychiatrische Abteilung)
	-	+2	neu (JVA Marktredwitz)
	-	+2	neu (JVA Passau)
Hauptsekretäre, Hauptsekretärinnen - im Justizvollzugsdienst	-	+6	neu (JVA Marktredwitz)
	-	+9	neu (JVA Passau)
Hauptwerkmeister, Hauptwerkmeisterinnen	-	+1	neu (JVA Marktredwitz)
A7 Stationspfleger, Stationsschwestern +AZ	-	+4	neu (Psychiatrische Abteilung)
	-	+2	neu (JVA Marktredwitz)
	-	+2	neu (JVA Passau)
A7 Krankenpfleger, Krankenschwestern	-	+4	neu (Psychiatrische Abteilung)
	-	+2	neu (JVA Marktredwitz)
	-	+2	neu (JVA Passau)
Obersekretäre, Obersekretärinnen - im Justizvollzugsdienst	-	+6	neu (JVA Marktredwitz)
	-	+10	neu (JVA Passau)
Oberwerkmeister, Oberwerkmeisterinnen	-	+2	neu (JVA Marktredwitz)
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E8 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-	+4	neu (JVA Marktredwitz)
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-	+1	neu (JVA Passau)
E6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-	+1	neu (JVA Marktredwitz)
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-	+1	neu (JVA Passau)
E5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-	+1	neu (JVA Marktredwitz)
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-	+1	neu (JVA Passau)
Summe neu	-	+135	
Einsparung			
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-	-3,50	Einsparung gemäß Art. 6f Haushaltsgesetz (Verlängerung der Arbeitszeit)
Summe Einsparung	-	-3,50	
Umwandlung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A13 Regierungsräte, Regierungsrätinnen	+1	-	Umwandlung von 428 01 EGr 14
A10 Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	-0,19	-	Umsetzung und Umwandlung nach 06 15 / 422 01 (Reiseservice Bayern)

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2025	2026	2027
1	2	3	4	5	6
noch 422 01	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen Hauptsekretäre, Hauptsekretärinnen - im Justizvollzugsdienst Obersekretäre, Obersekretärinnen - im Justizvollzugsdienst Zusammen	A10 A9 A8 A7	21 18 46 90 228	21 18 46 90 228	21 18 46 90 228
422 21	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst Regierungsinspektoranwärter, Regierungsinspektoranwärterinnen Regierungssekretäranwärter, Regierungssekretäranwärterinnen, Obersekretäranwärter, Obersekretäranwärterinnen im Justizvollzugsdienst, Oberwerkmeisteranwärter, Oberwerkmeisteranwärterinnen Zusammen	A9 A6-A7	20 228 248	20 228 248	20 228 248
422 31	Abgeordnete Beamte (Richter) Zusammen	A16+AZ -A3	10 10	10 10	10 10
427 01	Nebenamtlich und -beruflich Tätige Studenten, Studentinnen in den praktischen Studiensemestern Zusammen		45 45	45 45	45 45
427 41	Praktikanten Praktikanten, Praktikantinnen Zusammen		3 3	3 3	3 3
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 14 <i>6 Stellen ku nach BesGr A13 (Regierungsrat) jeweils mit Ausscheiden des Stelleninhabers</i> Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 11 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8 <i>15 Stellen ku nach EGr 7 mit Ausscheiden der Stelleninhaber</i> Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 7 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 3 Zusammen Zugang/Abgang	E14 E11 E9 E8 E7 E6 E5 E3	9 32 15 134 53 37 2 4 286	8 32 15 128 59 37 2 4 285 -1	8 32 15 133 59 35,50 4 4 290,50 +5,50
	Leerstellen Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 10 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 3 Zusammen	E10 E9 E8 E6 E5 E3	6 2 9 28 10 5 60	6 2 9 28 10 5 60	6 2 9 28 10 5 60

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2026	2027	
1	2	3	4
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E14 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr A13
Summe Umwandlung	-0,19	-	
Absenkung			
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E8 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-6	-	Absenkung nach EGr 7
E7 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+6	-	Absenkung von EGr 8
Summe Absenkung	-	-	
Zu- und Abgang Personalsoll A	-0,19	+131,50	
Personalsoll B (Personal aus Mitteln)			
neu			
Titel 428 21 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+20	-	neu zur Anpassung der Stellen an die Mittel
Summe neu	+20	-	
Zu- und Abgang Personalsoll B	+20	-	

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2025	2026	2027
1	2	3	4	5	6
428 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen		44	44	44
	Zusammen		44	44	44
	<i>Allgemeiner Vermerk zu Titel 428 11: Zu Lasten der Ausgabemittel dürfen auf bis zu 44 Stellen Arbeitnehmer mit unbefristeten Arbeitsverträgen beschäftigt werden.</i>				
428 21	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen		36	56	56
	Zusammen		36	56	56
	Zugang/Abgang			+20	-
	Gesamtübersicht				
422 01	Planmäßige Beamte		5.929,32	5.930,13	6.056,13
422 21	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst		248	248	248
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		286	285	290,50
	Personalsoll A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		6.463,32	6.463,13	6.594,63
	Ferner:				
427 01	Nebenamtlich und -beruflich Tätige		45	45	45
427 41	Praktikanten		3	3	3
428 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		44	44	44
428 21	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		36	56	56
	Personalsoll B		128	148	148
	Gesamtsumme Personalsoll A + B		6.591,32	6.611,13	6.742,63

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2025	2026	2027
1	2	3	4	5	6
	Gesamtübersicht Einzelplan 04				
422 01	Planmäßige Beamte		16.624,32	16.629,13	16.770,13
422 21	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst		864	859	857,50
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		3.545,09	3.539,59	3.545,09
	Personalsoll A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		21.033,41	21.027,72	21.172,72
	Ferner:				
422 26	Rechtsreferendare		4.000	4.000	4.000
427 01	Nebenamtlich und -beruflich Tätige		85	85	85
427 41	Praktikanten		3	3	3
428 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		194	194	194
428 21	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		143,85	163,85	163,85
	Personalsoll B (ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		4.425,85	4.445,85	4.445,85
	Gesamtsumme Personalsoll A + B		25.459,26	25.473,57	25.618,57
	Nachrichtlich:				
	Ersatzstellen für begrenzte Dienstfähigkeit		7,14	8,44	8,44
	Ersatzstellen für Altersteilzeit		63,70	64,01	64,01
	Ersatzstellen für Arbeitszeitmodelle		18,13	16,18	16,18

